

PARITÄTISCHER RUNDBRIEF

 **DER PARITÄTISCHE**
BERLIN

OKTOBER 2014



Schwerpunkt:
Wohnungsnot & Raumknappheit –
Wie sozial bleibt Berlin?



Stellv. Geschäftsführerin
Dr. Gabriele Schlimper im Amt



Von Kündigung bedroht
Provo befindet sich im Rechtsstreit



Jugendkultur ohne Barrieren
Workshops für Jugendliche von IN_Cultures

Wie soll der Paritätische Rundbrief aussehen?

Ihre Rückmeldung zur neu gestalteten Mitgliederzeitschrift

Seit Mai 2014 hat nicht nur die Redaktion gewechselt, der Rundbrief ist auch ganz neu gestaltet worden. Jedes Heft hat ein Schwerpunktthema, mit dem sich das Vorwort und ein Teil der redaktionellen Inhalte beschäftigen. In vielen Ausgaben gibt es einen herausnehmbaren Serviceteil in der Mitte, in dem Sie zusätzliche Informationen, Adressen oder Ansprechpartner finden. Der Rundbrief ist außerdem bunter geworden: Es gibt mehr Bilder und die Online-Ausgabe ist farbig. Außerdem gibt es seit dem Frühjahr mit den regelmäßigen „Fünf Fragen an...“ ein neues Interviewformat.

Der Paritätische Rundbrief soll Ihnen, unseren Mitgliedsorganisationen und anderen interessierten Leserinnen und Lesern, als umfassende Informationsquelle dienen und soll Freude machen,

sich mit den vielfältigen Paritätischen Themen auseinanderzusetzen. Deshalb wollen wir die Publikation an Ihren Wünschen und Lesegewohnheiten orientieren. Um den Rundbrief weiterzuentwickeln, brauchen wir Ihre Unterstützung!

Bitte beantworten Sie uns kurz folgende Fragen und senden Sie uns die Antworten per Fax oder Mail. Das Fragenformular finden Sie auch als Beilage zu diesem Rundbrief oder auf paritaet-berlin.de unter „Aktuelles“.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung
Ihr Team der Verbandskommunikation

Wie ansprechend finden Sie die neue Gestaltung insgesamt?

- | | | |
|----------------------------------------|----------------------------------------------|---------------------------------------|
| <input type="radio"/> Sehr ansprechend | <input type="radio"/> Eher nicht ansprechend | <input type="radio"/> Weiß ich nicht. |
| <input type="radio"/> Eher ansprechend | <input type="radio"/> Gar nicht ansprechend | |

Wie interessant finden Sie die Auswahl der Schwerpunktthemen (zum Beispiel Suchthilfe, Ehrenamt etc.)?

- | | | |
|----------------------------------------|------------------------------------------|---------------------------------------|
| <input type="radio"/> Sehr interessant | <input type="radio"/> Eher uninteressant | <input type="radio"/> Weiß ich nicht. |
| <input type="radio"/> Eher interessant | <input type="radio"/> Ganz uninteressant | |

Wie finden Sie Umfang und Länge des Rundbriefs?

- | | | |
|--------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| <input type="radio"/> Umfang/Länge sind genau richtig. | <input type="radio"/> Der Rundbrief ist zu umfangreich. | <input type="radio"/> Weiß ich nicht. |
| <input type="radio"/> Umfang/Länge sind in Ordnung. | <input type="radio"/> Der Rundbrief sollte umfangreicher sein. | |

Wie ansprechend finden sie das Rundbrief-Cover (seit Mai 2014)?

- | | | |
|----------------------------------------|----------------------------------------------|---------------------------------------|
| <input type="radio"/> Sehr ansprechend | <input type="radio"/> Eher nicht ansprechend | <input type="radio"/> Weiß ich nicht. |
| <input type="radio"/> Eher ansprechend | <input type="radio"/> Gar nicht ansprechend | |

Welche Inhaltsformate sind Ihnen beim Rundbrief besonders wichtig?

Bitte ankreuzen, Mehrfachnennung möglich.

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Vorwort | <input type="checkbox"/> Veranstaltungsankündigungen |
| <input type="checkbox"/> Landesgeschäftsstelle | <input type="checkbox"/> Stellenteil |
| <input type="checkbox"/> Weiterbildungsinformationen (Akademie, Personalforum) | <input type="checkbox"/> Fünf Fragen/Interviews |
| <input type="checkbox"/> Fachliche Informationen
(Veranstaltungsberichte, fachpolitische Entwicklungen) | <input type="checkbox"/> Sonstige: _____ |

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten per Mail an rundbrief@paritaet-berlin.de oder per Fax an 030 860 01 140.

Wohnungsnot & Raumknappheit

Wie sozial bleibt Berlin?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

Berlin wird als Wohnort immer attraktiver. Das ist auf der einen Seite erfreulich – und hat auf der anderen Seite gravierende Folgen für den Wohnungsmarkt. Gentrifizierung, Luxussanierung, Mietensteigerung, diese Stichworte schwirren nicht erst in den letzten Monaten durch den städtischen Raum. Stimmt, wir leben gern in einer attraktiven, lebhaften und sich entwickelnden Stadt. Gleichzeitig wollen wir nicht, dass die Stadt nur denen gehört, die sie sich leisten können und die mit der rasanten Entwicklung Schritt halten. Denn nach diesem Prinzip bleiben all diejenigen auf der Strecke, die es ohnehin schwer haben: Menschen mit Behinderungen, suchtkranke Menschen, pflegebedürftige Ältere, Wohnungslose, aber auch junge Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind.

Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und ist schon jetzt in den Innenstadtbezirken kaum noch zu finden. Menschen mit geringem Einkommen, die auf Arbeitslosengeld oder Grundversicherung angewiesen sind, werden so automatisch an den Stadtrand verdrängt. Ähnliche Probleme haben Träger sozialer Wohnangebote, also viele Paritätische Organisationen: Für sie wird es immer schwieriger, Räume für ihre Klienten anzumieten oder zu halten. Immobilieneigentümer – häufig Investmentfirmen – kündigen langjährig bestehende Mietverträge für Räume, in denen therapeutische Angebote oder betreute Wohnformen untergebracht sind.

Aber wenn sozial Schwächere an den Stadtrand verdrängt werden, fernab von Verkehrsknotenpunkten, Einkaufsmöglichkeiten und sozialen Kontakten, wird ihnen die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe genommen. Soziale Inklusion und eine gesunde Durchmischung der Stadt sollten daher ebenso ein Grundrecht sein wie das Recht auf ein Dach über dem Kopf. Genau dafür kämpfen viele Paritätische Organisationen. Weil sozial Schwächere kaum noch selbst die Chance auf eine Wohnung haben, müssen soziale Träger immer öfter als Zwischenmieter auftreten und an Klientinnen und Klienten untervermieten. Dadurch tragen sie dabei nicht nur alle wirtschaftlichen Risiken, sondern müssen auch viel mehr Ressourcen für den Bereich Mieten und Immobilien aufwenden als früher.

Angesichts dieser Entwicklungen fragen wir uns: Wie sieht die Stadt aus, in der wir leben wollen und wer hat ein Recht darauf, in ihr zu leben? Wie gelingt es, bezahlbareren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und günstige Räume für gemeinwohlorientierte Zwecke zu schaffen? Wie sozial bleibt Berlin? Die Politik hat die Bedeutung des Themas begriffen und einige Schritte in die Wege geleitet. Das Bundeskabinett hat nun endlich die Mietpreisbremse gegen zu stark steigende Mieten beschlossen. Das Land Berlin fördert den sozialen Wohnungsbau, indem es städtischen Wohnungsbaugesellschaften einige Grundstücke aus Landesbesitz zur Verfügung stellt. Doch diese Vorhaben sind gemessen am Problem zunächst nur Tropfen auf dem heißen Stein.

Der Paritätische fordert ganz konkret, Bindungen im Sozialen Wohnungsbau durch Landesförderung zu verlängern. Ohne den Bau neuer Wohnungen im Niedrigpreissegment wird das nicht gehen. Der Berliner Senat ist deshalb dringend aufgefordert, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau mit Sozialbindung zu verbessern, indem städtische Liegenschaften nach



Barbara John ist Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin.

FOTO: GISELA SCHUSTER

dem Prinzip der sozialen Durchmischung veräußert werden, statt nur Gewinnmaximierung anzustreben.

Ebenso wichtig ist es, sozial schwache Menschen davor zu bewahren, dass sie ihren Wohnraum verlieren. Eine Wohnung, die der Bewohner zum Beispiel aufgrund von Mietschulden verlassen muss, ist für das Niedrigpreissegment verloren, da sie zu einem höheren Preis wiedervermietet wird. Daher empfiehlt der Paritätische, dass zuständige Organisationen und Behörden rechtzeitig aktiv werden und die Betroffenen dabei unterstützen, dass sie ihr Zuhause behalten können. Dies kann nur durch eine sinnvolle Zusammenarbeit von Bezirken, Freier Wohlfahrtspflege und Wohnungswirtschaft gelingen.

Wenn hilfebedürftige Menschen aus dem Zentrum Berlins verdrängt werden, schadet das dem Gemeinwesen. Der Rundbrief-Schwerpunkt „Wohnungsnot & Raumknappheit - Wie sozial bleibt Berlin?“ verdeutlicht, wie sich unsere Mitgliedsorganisationen für eine soziale Durchmischung der Stadt einsetzen, in der alle gesellschaftlichen Gruppen ein Recht auf Beteiligung haben.

Ihre

Barbara John

Barbara John

PARITÄTISCHER RUNDBRIEF

Impressum

Herausgeber:

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin
Brandenburgische Str. 80, 10713 Berlin
Tel. 030 8 60 01-0, Fax 030 8 60 01 110
info@paritaet-berlin.de
Geschäftsführung: Oswald Menninger

Redaktion:

Nina Peretz, Pressereferentin
Tel. 030 8 60 01 123
rundbrief@paritaet-berlin.de

Verantwortlich:

Miguel-Pascal Schaar, Pressesprecher
Tel. 030 8 60 01 175,
Fax 030 8 60 01 140
presse@paritaet-berlin.de

Facebook.com/ParitaetBerlin
Twitter.com/ParitaetBerlin
paritaet-berlin.de

Layout und Satz:

unicom werbeagentur gmbh
unicom-berlin.de

Titelbild:

groß: Planungskonferenz für das Junipark-Projekt, Schlesische27, Foto: Fred Moseley
klein: Dr. Gabriele Schlimper, Foto: Walter Weber;
Kinder fotografieren ihren Kiez, Projekt Hingucker, Humanistischer Verband LV Berlin e.V.;
Jugendkultur-Workshop von IN_Cultures, Foto: cultures interactive e.V.

Herstellung:

Union Sozialer Einrichtungen gemeinnützige GmbH.

Gedruckt auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Papier. Erscheinungsweise monatlich (Dop-
pelausgaben im Januar/Februar und August/
September). Der Rundbrief hat eine Auflage von
1.100 Stück. Der Verteiler umfasst alle Mitglieds-
organisationen der Paritätischen Landesverbände
Berlin und Brandenburg. Weitere Adressaten:
Gesellschaftliche Institutionen, Verbände, Ver-
waltung, Einrichtungen aus Politik, Wirtschaft
und Wissenschaft.

Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormo-
nats. Bitte senden Sie Pressemitteilungen, Beiträ-
ge, Stellenangebote und -gesuche per Mail an die
Redaktion (rundbrief@paritaet-berlin.de). Stel-
lenanzeigen werden online und, wenn zeitlich
sinnvoll (abhängig vom Erscheinungstermin), im
Rundbrief veröffentlicht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wie-
der. Der Rundbrief wird unter paritaet-berlin.de
veröffentlicht.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet
die Redaktion auf eine Genderschreibweise. Die
Bezeichnung von Personengruppen bezieht die
weibliche Form und Trans* jeweils ein.



Kindertagesstätten

Auszeichnung für vorbildliche soziale Inklusion:
Das Kinderfreizeitheim Ritterburg hat den
Karl Kübel Preis 2014 bekommen. **Seite 18**

3 Vorwort

6 Gesamtverband

- Bundesfamilienministerin und Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen fordern neue Wertedebatte

7 – 11 Landesgeschäftsstelle

- Neue Stellvertretende Geschäftsführerin: Dr. Gabriele
Schlimper
- Engagement als Potential der Freien Wohlfahrtspflege
im Paritätischen Berlin
- Stiftungsmittel: Abgabetermine Direktanträge beim
Landesverband
- Ehrenamtlich Engagierte beim Dankeschön-Brunch
- KinderZukunft – Hilfe für bedürftige Kinder und
Jugendliche 2014

12 – 14 Familie, Frauen, Mädchen

- »Das Leitbild der Deutschen hat sich verändert« – Fünf
Fragen an Zukunftsforscher Prof. Horst Opaschowski
- KinderKunstWerkstatt für Kinder von zwei bis acht
Jahren
- Jubiläums-Fachtagung des Feministischen FrauenGe-
sundheits Zentrums

14 – 15 Freiwilligenarbeit

- Freiwilligentag: Mitmachaktion zur Verschönerung des
Bürgerzentrums Neukölln
- Klassikvergügen für den guten Zweck – Benefizkon-
zert der Stiftung Gute-Tat.de
- 4. Ehrenamtsbörse des Bezirks Tempelhof-Schöneberg

16 – 17 Gesundheit

- Kneipp-Bund lädt ein zur Fachtagung »Zukunft
Prävention«
- »Pflege der Mundgesundheit soll mehr Aufmerksamkeit
geschenkt werden« – Fünf Fragen an Senator Mario Czaja
- 600 Leben: Symbolische Aktion am Welttag der Suizid-
prävention 2014



Kinder- und Jugendhilfe

Mentoring- und Paten-Projekte boomen. Die
Publikation „Ein Engagement, das wirkt“
lässt die Beteiligten zu Wort kommen. **Seite 19**

18 – 24 Menschen mit Behinderung

- Konzert der Klangspielgruppe Orfeus
- Malen mit gestohlenen Stiften – Schlüsselwerke von
Achim Maaz Galerie Art Cru
- Gedenkstätte für die »Euthanasie«-Opfer in Berlin
eingeweiht
- Delinquenz bei Menschen mit geistiger Behinderung –
Fachtagung der HpA Berlin
- Teilhabe ist machbar –Ideenkoffer erleichtert Assistenz-
planung
- Zugang zu bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum? –
Anfragen der Piratenfraktion
- IN_Cultures: Jugendkultur-Workshops ohne Barrieren
- Kulturloge Berlin erhält Phineo-Wirk-Siegel für
gelungene soziale Inklusion

18 Kindertagesstätten

- Kita Ritterburg erhält Karl Kübel Preis 2014 für
vorbildliche soziale Inklusion

18 – 19 Kinder- und Jugendhilfe

- Beiträge auf dem Blog »jugendhilfe-bewegt-berlin«
- Weiterbildung für Systemische Arbeit in der Kinder-
und Jugendhilfe
- Publikation »Ein Engagement, das wirkt« – Patenschat-
ten und Mentoring für Kinder und Jugendliche

24 Migration

- Kulturelle Vielfalt in der Pflege – Zertifikatsfeier des
IBBC für Pflege-Vorbereitungskurs

24 – 25 Stadtteilarbeit

- Stadtteilarbeit, Bildung und Kultur – Geschäftsbericht
2013/14 des Nachbarschaftshauses Urbanstraße e.V.
- Gemeinsam Verantwortung im Bezirk – Stadtteilzent-
renvertrag in Lichtenberg unterzeichnet
- 66 Ereignisse, Einblicke und Eindrücke – Jahrbuch von
Mittelhof e.V. zum Jubiläumjahr 2013

OKTOBER 2014

NEUE MITGLIEDSORGANISATIONEN
DES PARITÄTISCHEN BERLIN

Herzlich Willkommen!

**Bildungsteam
Berlin-Brandenburg e. V.**

Cuvrystraße 20
10997 Berlin

Telefon: 030 610 765 44
Fax: 610 765 45

*buero@bildungsteam.de
bildungsteam.de*

gss Schulpartner GmbH

Kopernikusstraße 23
10245 Berlin

Telefon: 030 347 47 61 80
Fax: 030 347 47 61 95

*embeneke@gss-schulpartner.de
gss-schulpartner.de*

Roma-Informations-Centrum e. V.

Fuldastraße 41
12045 Berlin

Telefon: 030 68 32 92 65

*milanpavlovic@rroma-info-centrum.de
rroma-info-centrum.de*

ÄNDERUNGEN

**Mitgliedsorganisationen des
Paritätischen Berlin**

**ZuGABe e. V. –
Zusammen geht alles besser e. V.**

alte Adresse:
Pallasstraße 12, 10781 Berlin

neue Adresse:
Gutzkowstraße 10, 10827 Berlin

Die Mitgliedsorganisation ist weiterhin
unter den bekannten Telefon-/
Faxnummern, Mail-Adressen sowie der
Homepage erreichbar.

**SPOK Sport- und Kulturzentrum
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung**

Neuer Name:
spok sport und kultur gmbh

alte Adresse:
Nordendstraße 56, 13156 Berlin

neue Adresse:
Heinrich-Mann-Straße 31, 13156 Berlin

Telefon neu: 030 48 52 23 0
Telefax neu: 030 48 52 23 50

Die Mitgliedsorganisation ist weiterhin
unter den bekannten Mail-Adressen
und der Homepage erreichbar.



Menschen mit Behinderung

Der Ideenkoffer ist eine kreative Hilfestellung für die Kommunikation mit Menschen, die Assistenzbedarf haben. **Seite 22**



Wohnraumknappheit

Wohnen ist eine Grundlage für Inklusion. Die ZIK gGmbH setzt sich dafür ein, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. **Seite 37**

26 – 27 Pflege

- Neue App »Interaktives Pflegetagebuch« erleichtert Pflegedokumentation
- Öffentlich Unmut geäußert – Pflegekräfte demonstrieren gegen die AOK Nordost
- Wohnangebot »Haus am Beerenpfuhl«

28 – 29 Recht

- Auch Tote haben Anspruch auf Urlaub
- Kein Anspruch Folgevertrages für Betriebsrats-Mitglied
- BGW: Versicherungsschutz von freiwillig Engagierten
- Beratungstermine der Servicestelle für Zuwendungsrecht und Finanzen

29 – 30 Schule

- Zukunftschancen durch Bildung: Stiftung Bildung legt Jahresbericht vor
- Herzlich willkommen in der Schule! – Eltern-Ratgeber zum Schulbeginn 2015

30 – 31 Soziales

- Brandmauer gegen soziale Armut – Soziale Infrastruktur als gesellschaftliche Aufgabe
- Anstoß Energie – Energie sparen am Arbeitsplatz
- »Die Stadt gehört allen« – Diskussionsveranstaltung mit Obdachlosen aus Ungarn

32 Wettbewerbe/Förderpreise

- Förderpreis für Öffentlichkeitsarbeit der Elternkreise Berlin-Brandenburg e.V.
- »Anders sein. Außenseiter in der Geschichte« – Wettbewerb des Bundespräsidenten
- Inklusive Schulen gesucht – Bewerbungsstart für Jakob Muth-Preis

33 – 40 Wohnraumknappheit

- Kündigung der Räume des obdachlose machen mobil e.V.
- Wohneinrichtung für Frauen von Kündigung bedroht – Provo e.V. im Rechtstreit

- Welche Chance hat Soziales Wohnen? – Kündigung für »Die Zwiebel«
- Wie ist die rechtliche Lage? – Das sagt der Anwalt.
- Wie Wohnraumknappheit jungen Menschen das selbständige Leben erschwert
- ZIK gGmbH: Wohnen ist Grundlage für Inklusion der Klienten
- (K)ein Zuhause im Kiez? – Fachtag zur Wohnraumversorgung sozial benachteiligter Menschen
- Lebenshilfe: Erster Spatenstich für inklusives Wohnprojekt der Lebenshilfe in Lichtenfelde
- Fachtagung »Wohnen für alle« – Sozialer Wohnungsbau für Menschen mit Behinderungen
- Initiative für soziale Fachdienste – VdK berät Berliner Pflegestützpunkte

40 – 41 Migration

- VdK: Broschüre zu Vorsorgethemen in türkischer Sprache

41 Fachgruppen und Arbeitskreise

42 – 44 Paritätische Akademie Berlin

- »Gleichgewicht von wirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verantwortung« – Fünf Fragen an Akademie-Geschäftsführer Prof. Stephan Wagner
- Freie Plätze im Master-Fernstudiengang Sozialmanagement
- Veranstaltungsinformationen der Paritätische Akademie Berlin

45 Paritätisches Personalforum

- Fortbildung und Vernetzung für Mitglieder – Das Paritätische Personalforum stellt sich vor
- Aktuelle Weiterbildungen

45 – 49 Pinnwand

50-51 Telefonverzeichnis

Bundesfamilienministerin und Hauptgeschäftsführer des Paritätischen fordern neue Wertedebatte

Pressemeldung des Paritätischen Gesamtverbands vom 3. September



Manuela Schwesig und Ulrich Schneider bei der Buchpräsentation Anfang September

FOTO: DER PARITÄTISCHE GESAMTVERBAND/ HOLGER GROSS

FORTSETZUNG VON SEITE 5

ÄNDERUNGEN

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin

Stiftung Synanon

alte Adresse:

Bernburger Straße 10, 10963 Berlin

neue Adresse:

Dorfstraße 9, 13051 Berlin

Die Mitgliedsorganisation ist weiterhin unter den bekannten Telefon-/ Faxnummern, Mail-Adressen sowie der Homepage erreichbar.

Flora e. V. Förderverein für psychosoziale Projekte

alte Adresse:

Kapweg 3, 13405 Berlin

neue Adresse:

Stubenrauchstraße 49, 12161 Berlin

Die Mitgliedsorganisation ist weiterhin unter den bekannten Telefon-/ Faxnummern, Mail-Adressen sowie der Homepage erreichbar.

Platane 19 e. V. – Verein zur Wiedereingliederung psychisch Kranker

alte Adresse:

Knobelsdorffstraße 15, 14059 Berlin

neue Adresse:

Gierkezeile 5, 10585 Berlin

Telefon neu: 030 330 06 50 30

Fax neu: 030 330 06 50 33

Die Mitgliedsorganisation ist weiterhin unter den bekannten Mail-Adressen und der Homepage erreichbar.

Anlässlich der Präsentation seines neuen Buches »Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen« (Westend Verlag 2014) forderte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, eine breite Wertediskussion im sozialen Bereich. Volkswirtschaftliche Verwertungslogik dürfe nicht länger Maßstab des Sozialen sein. Stattdessen müsse soziale Arbeit ein neues Selbstbewusstsein entwickeln und den »kalten Ökonomismus« in seine Schranken verweisen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die das Buch am Mittwoch in Berlin vorstellte, unterstrich die Notwendigkeit einer neuen Balance von Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit und lobte das Buch als wichtigen Beitrag zur richtigen Zeit.

»In den vergangenen Jahrzehnten ist die Ökonomisierung in Bereiche unserer Gesellschaft eingedrungen, in denen es früher nicht vorkam. Nicht nur in der Wohlfahrtspflege, sondern auch in die Kultur, in die Bildung, in die Politik. Diesen Trend kann und muss man kritisch sehen«, betonte Familienministerin Manuela Schwesig. »Wir stehen am Anfang einer neuen Balance von Gerechtigkeit und Ökonomie. Darüber müssen wir nachdenken und diskutieren.«

Scharfe Kritik übte der Autor Ulrich Schneider an Strukturen, in denen Menschen nur noch als Objekt betriebswirtschaftlicher Verrichtungen, als Renditefaktoren oder Humankapital eine Rolle spielten. »Spätestens mit der Wende hat sich die neoliberale Wirtschaftslogik kalt über das Land ausgebreitet. Auch vor Pflege, Erziehung und selbst der Familie macht der Ökonomismus keinen Halt mehr«, so Ulrich Schneider. »Geld regiert die Welt und das müssen wir dringend ändern.«

Schwesig und Schneider sprachen sich für eine neue Wertedebatte im Sozialen aus. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, so die Ministerin, seien geradezu selbstverständlich, »doch Maßstab bleibt der Mensch«.

Schneider versteht sein Buch nicht nur als einen Appell an die Politik, sondern vor allem an die Sozialbranche selbst: »Es geht um ein neues Selbstbewusstsein und die Entwicklung einer eigenen Ethik im Sozialen, die den Menschen kompromisslos in den Mittelpunkt stellt.«

Information:

Mehr Informationen und Fotos von der Veranstaltung finden Sie unter der-paritaetische.de/pressebereich/mehr-mensch

Neue Stellvertretende Geschäftsführerin des Paritätischen Berlin

Dr. Gabriele Schlimper ist seit September im Amt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. hat seit dem 1. September eine neue stellvertretende Geschäftsführerin. Die Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke des Paritätischen Berlin, Dr. Gabriele Schlimper, wurde Ende August vom Vorstand in dieses Amt berufen.

Dr. Gabriele Schlimper stammt aus Leipzig, ist gelernte Krankenschwester und absolvierte ein Pflegemanagementstudium mit dem Schwerpunkt »Betriebswirtschaft in Einrichtungen des Gesundheitswesens« sowie einen Master of Arts in Sozialmanagement. Sie promovierte zum Thema »Engagementförderung zwischen strategischem Verbandsinteresse und operativen Organisationshandeln«. Dr. Schlimper war von 2001 an Referentin für Ambulante Pflege und Hospize im Paritätischen Berlin. Seit 2010 leitet sie die Geschäftsstelle Bezirke. Sie ist zudem Geschäftsführerin des Bürgerzentrums Neukölln gGmbH. Diese leitenden Tätigkeiten wird sie zusätzlich zur Stellvertretung weiterhin beibehalten. Schlimper: »Ich freue mich auf die vielseitigen Aufgaben und Herausforderungen, die diese neue Tätigkeit mit sich bringt. Die Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen und ein teamorientiertes Arbeitsklima haben dabei für mich oberste Priorität.«

Die bisherige Stelleninhaberin, Elke Krüger, hat die Position aus persönlichen Gründen zur Verfügung gestellt und die Stabsstelle »Referentin der Geschäftsführung« übernommen. Geschäftsführer des Paritätischen Berlin ist Oswald Menninger:



Dr. Gabriele Schlimper

FOTO: WALTER WEBER

»Wir danken Elke Krüger für ihren engagierten Einsatz für den Landesverband und freuen uns, dass sie uns in neuer Funktion weiterhin unterstützen wird.«

Engagement als Potential der Freien Wohlfahrtspflege

Strategien, Initiativen und Programme des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin



Einsätze beim Freiwillingentag 2013



FOTOS: KETCHUM PLEON

Bürgerschaftliches Engagement gibt es an jedem Ort und zu jeder Zeit. Die Menschen spüren, wenn etwas nicht stimmt, wenn sie etwas verändert haben möchten. Sie engagieren sich dort, wo sie glauben und wissen, dass sie mit ihrem

Engagement etwas erreichen, etwas verbessern können. Sie engagieren sich in vielfacher und vielseitiger Weise. Dabei sind ihre Motivationslagen vielfältig und unterschiedlich. Manchmal, weil es einfach Spaß macht, manchmal, weil sie ihr soziales Umfeld

aktiv mitgestalten wollen, weil sie helfen möchten, mit anderen Menschen in Kontakt treten möchten, oder weil sie sich orientieren bzw. ihre Kenntnisse und Erfahrungen erweitern möchten und manchmal auch direkt vor der eigenen Haustür.

Bürgerschaftliches Engagement in allen seinen Formen, von der traditionellen ehrenamtlichen Arbeit über die Selbsthilfe bis hin zur Freiwilligenarbeit in neuer Form machen das sogenannte Subsidiaritätsprinzip und das Initiativrecht der Bürgerinnen und Bürger erst konkret. Dies sichert ein Stück Demokratie in unserer Gesellschaft. Dies sichert aber auch die soziale Grundversorgung der Zukunft, da eine alleinige wohlfahrtsstaatliche Vollversorgung nicht bestehen kann.

Herausforderungen für die Wohlfahrtspflege

Über Fragen des demografischen Wandels, die Alterung der Gesellschaft und den damit verbundenen vielschichtigen soziokulturellen und sozialstaatlichen Herausforderungen wird in der Fachwelt und der Öffentlichkeit vielfach diskutiert. Es ist davon auszugehen, dass die Leistungen der informellen Wohlfahrtsproduktion in Familie und Nachbarschaft zurückgehen werden. Die Bedeutung des nahen Sozial- und Lebensraums inklusive der regionalen Besonderheiten werden für die Ausgestaltung der sozialen Arbeit weiter zunehmen. Die Herausforderungen für den Wohlfahrtsstaat werden mit Auflösen traditioneller Sozialstrukturen, Pluralisierung und Individualisierung der Gemeinschaft, Alterung der Gesellschaft, zunehmenden Fachkräftemangel und allgemeinen Kostensteigerungen für gesundheitliche und soziale Leistungen umschrieben.

Die professionellen gemeinnützigen Dienste können diesen Herausforderungen nicht allein entgegen wirken. Der Sozialstaat muss um eine aktivierende Komponente erweitert werden, die alle Potentiale der Beteiligungs-, Selbsthilfe- und Mitwirkungskräfte der Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Nachbarschaftliche und stadtteilorientierte Netzwerke des ehrenamtlichen Engagements und der Selbsthilfe müssen ebenso wie professionelle soziale Arbeit organisiert werden. Dies parallel zueinander zu organisieren, genügt aber nicht. Vielmehr müssen ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe vor allem auf der lokalen Ebene mit den professionellen Diensten direkt und eng verzahnt werden.

Die Entwicklungspotentiale gemeinnütziger Organisation der freien Wohlfahrtspflege liegen dabei vorrangig in der Binnendifferenzierung der Organisationsziele und -strukturen. Dienstleistungs- und Gemeinwohlfunktion müssen innerorganisatorisch getrennt werden. Für die professionellen Einrichtungen gilt die sozialstaatlich gewollte Wettbewerbsorientierung und für den Bereich bürgerschaftliches Engagement gilt eine identitätsstiftende Gemeinwohlorientierung. Die Herausforderung besteht vor allem darin, die Leistungen beider Teilsysteme der Wohlfahrtspflege in der Praxis zum Nutzen beider Seiten zu verzahnen. Die verschiedenen Möglichkeiten, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement mit den fachlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen der professionellen Einrichtungen zu verflechten, müssen kontinuierlich genutzt werden.

Konkret heißt das: Wenn gemeinnützige Organisationen ihr eigenes professionelles Potential mit der Phantasie, der Kreativität und dem Willen von freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern verknüpfen, dann sind sie als Akteure der Freien Wohlfahrtspflege immer am Puls der Zeit. Sie wissen dann gemeinsam, was richtig ist. Das Wesentliche ist, dass dieses Zusammenwirken von professioneller sozialer Arbeit mit der Vielzahl und der Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements auch tatsächlich verstanden und dadurch möglich wird. Die Förderung dieses Zusammenwirkens und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind deshalb unserem Erachten nach grundlegend für

die Eigenständigkeit und für das Profil der freien Wohlfahrtspflege und bleiben folglich eine zentrale Aufgabe.

Ungeachtet dessen können sich gemeinnützige Organisationen aber nicht mehr einfach darauf verlassen, dass sich freiwillig Engagierte von selbst bei ihnen einfinden und bis zum Lebensabend mit ihrem Engagement bleiben. Auf Selbstlosigkeit und Aufopferung allein kann heute nicht mehr gebaut werden. Heute braucht ehrenamtliches Engagement andere Motivationsformen. Insbesondere die jüngere Generation dürfte es antreiben, sich freiwillig zu engagieren, wenn Solidarität und Individualismus beim Engagement verknüpft werden können. Die Felder ehrenamtlichen Engagements müssen daher attraktiver gestaltet werden. Man muss sich etwas einfallen lassen, um Freiwillige zu interessieren und einzubinden. Soziale Dienste und Wohlfahrtsverbände sind auch hier gefordert.

Strategie des Paritätischen Berlin ist: bürgerschaftliches Engagement zu fördern

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin versucht, mit seinen Initiativen und Programmen die enormen gesellschaftlichen Potentiale mit neuen Konzepten freizulegen. Wichtig dabei ist zu wissen, wie die Situationen vor Ort sind und welche Veränderungen sich ergeben. Ebenso wichtig ist, dass grundsätzlich die Förderung des Engagements nur gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der professionellen sozialen Arbeit, den Engagement-Zentren und gemeinsam mit den sozialen Akteuren in Berlin und vor Ort erfolgen kann.

Diese Initiativen und Programme betreffen die Öffentlichkeitsarbeit, die berlinweiten Kooperationen sowie die sozialraumorientierte/kommunale Ebene. Zum anderen unterstützt der Verband Projekte zur Förderung des Engagements in seinen Mitgliedsorganisationen. Weiterhin werden Impulse aus den Reihen der Mitgliedsorganisationen aufgegriffen und gezielt in Initiativen umgesetzt.

Zusammenfassung

Bürgerschaftliches Engagement ist das Potential unserer Zivilgesellschaft und macht unsere Demokratie erst konkret. Dabei sind für uns als Wohlfahrtsverband professionelle soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Die Kombination und integrierte Verzahnung beider Bereiche als Qualitätsstandard gemeinnütziger Einrichtungen ist das Einzigartige, was gemeinnützige Einrichtungen auszeichnet. Gleichwohl darf und kann bürgerschaftliches Engagement von der professionellen sozialen Arbeit nicht funktionalisiert oder gar als Ausfallbürge für fehlende sozialstaatliche Leistungen angesehen werden. Professionelle soziale Arbeit und ehrenamtliches Engagement müssen sich auf Augenhöhe begegnen. Nur wenn es uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen gelingt, unser eigenes professionelles Potential mit dem Eigenwillen, der Vielzahl und der Kreativität von freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu verknüpfen, werden sich die Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements auch tatsächlich als wesentliche Ressource für die gesamte soziale Arbeit auch tatsächlich entfalten.

Zu den Personen:

Oswald Menninger, Dipl. Betriebs- und Volkswirt, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin

Dr. Gabriele Schlimper M.A., Sozialwissenschaftlerin, Stellvertretende Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin und stellvertretende Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke

Der Text ist eine gekürzte Version des Originalartikels. Dieser ist erschienen in: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit, Heft 4/2014, S. 130 – 133, Baden-Baden (bdw.nomos.de). Lesen Sie die vollständige Version auf paritaet-berlin.de unter »Aktuelles«.

Abgabetermine Direktanträge beim Landesverband

Information des Bereichs Stiftungsmittel des Paritätischen Berlin

Aus aktuellem Anlass weisen wir besonders bei Direktanträgen zum Deutschen Hilfswerk auf lange Vorlaufzeiten hin (circa sechs Monate). Um bei Stiftungen wie der Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk/Deutsche Fernsehlotterie, Kuratorium Deutsche Altershilfe, Revolvingfonds und Stiftung Deutsche Jugendmarke Anträge für innovative Projekte über den Landesverband einzureichen, bitten wir um Beachtung folgender Abgabetermine. Die Einhaltung dieser Termine ist notwendig, da bis zur Bewilligung der Anträge im Kuratorium dieser Stiftungen eine umfangreiche Beratung und Prüfung der Anträge durch den Landesverband erfolgt.

Aktuelle Abgabetermine

Deutsches Hilfswerk / Deutsche Fernsehlotterie (halbjährlich)

- 1. April 2015 für die Kuratoriumssitzung Herbst 2015
- 17. August 2015 für die Kuratoriumssitzung Frühjahr 2016

Aktion Mensch, Kinder- und Jugendhilfe - Projekte

- 7. Oktober 2014 für die Kuratoriumssitzung Februar 2015

Stiftung Deutsche Jugendmarke

- 1. Februar 2015 für die Kuratoriumssitzung Mai 2015
- 15. Juli 2015 für die Kuratoriumssitzung November 2015

Kuratorium Deutsche Altershilfe

- für das 1. Quartal: 15. September des Vorjahres
- für das 2. Quartal: 15. Dezember des Vorjahres
- für das 3. Quartal: 15. März des Jahres und
- für das 4. Quartal: 15. Juni des Jahres

Revolvingfonds

Fünf Monate vor Maßnahmebeginn

Für Nachfragen wenden Sie sich an: Margita Bodrow, Stiftungsmittel, Telefon: 030 8 60 01 125, bodrow@paritaet-berlin.de und Christiane Helbig, Stiftungsmittel, Telefon: 030 8 60 01 145, helbig@paritaet-berlin.de

Ferienreisen 2015 über Aktion Mensch

Aktion Mensch fördert auch im Jahr 2015 Ferienreisen für Menschen mit Behinderung. Es werden ausschließlich offene Ferienreisen gefördert. Hierzu ist die Ausschreibung der Reise (z. B. Flyer oder Programm) in geeigneter Weise als Anlage dem Antrag beizufügen. Nicht gefördert werden Ferienreisen von Schulen für deren Schüler, von Wohnheimen für deren Bewohner oder WfbM für deren behinderte Beschäftigte.

Unvollständige Anträge und Anträge, die nicht offen ausgeschrieben wurden, werden zurückgereicht. Das Datum der Antragstellung erlischt damit. Maßgeblich für die Antragstellung sind der Antragseingang und die Antragsannahme beim Paritätischen Landesverband Berlin.

Förderanträge für Ferienreisen, die im Jahr 2015 stattfinden, können vom 1. November 2014 bis einschließlich 31. März 2015 auf der Homepage der Aktion Mensch (aktion-mensch.de) gestellt werden. Die Bewilligung der Anträge erfolgt nach dem »Windhundverfahren«.

Die Betreuungspauschale beträgt 35 Euro pro Tag. Die Mindestdauer einer Ferienreise beträgt fünf Tage, wobei An- und Abreisetag als ein Tag angerechnet werden.

Das dazugehörige Informationsmaterial – Merkblatt Ferienreisen 2015 – steht ab Oktober 2014 auf der Homepage der Aktion Mensch zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erhalten Sie von Christiane Helbig, Stiftungsmittel, Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030 8 60 01 145, helbig@paritaet-berlin.de

Begeisterung teilen, Hilfestellung geben und Verantwortung übernehmen

Ehrenamtlich Engagierte beim Dankeschön-Brunch 2014

Rund 30.000 Ehrenamtliche sind in Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin engagiert. Sie unterstützen verschiedenste Bereiche, von der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, über Behindertenhilfe und Altenpflege, bis hin zur Flüchtlingsarbeit. Ohne ihren Einsatz ist die freie Wohlfahrtspflege kaum denkbar. Um dieses Engagement öffentlich zu würdigen, lädt der Paritätische Berlin jedes Jahr hundert besonders engagierte Ehrenamtliche zum großen Dankeschön-Brunch in den Sylter Hof ein. Das Hotel stellt Räume und Personal unentgeltlich zur Verfügung und verwöhnt die Gäste mit einem reichhaltigen Buffet. Auch für die Organisationen, in denen die Freiwilligen ehrenamtlich aktiv sind, ist die Veranstaltung eine Möglichkeit, ihre Anerkennung zu äußern: Wer an dem Brunch



Prof. Barbara John begrüßt die Gäste

FOTO: MARTIN THOMA

teilnimmt, wurde von einer Paritätischen Mitgliedsorganisation dafür schriftlich vorgeschlagen. Einen kleinen Eindruck der Ehrenamtlichen und ihrer Verdienste vermitteln Ihnen diese kurzen Portraits.

Badri T. wurde vom Moabiter Ratschlag e.V. vorgeschlagen. Sie ist 1947 im Iran geboren und während des Iran-Irak-Krieges nach Deutschland emigriert. Seit Ende der 90er-Jahre engagiert sich Frau T. ehrenamtlich: Sie berät und begleitet Menschen in schwierigen Situationen, leitet Frauengruppen mit Frauen unterschiedlicher kultureller Hintergründe, organisiert eine Ausflugsgruppe und unterstützt bei Festen und Veranstaltungen. Badri T. ist es wichtig, Menschen zusammenzubringen und ihnen zu helfen sowie selbst eine Aufgabe im Leben zu haben und Verantwortung zu übernehmen.

Auf Vorschlag der Begegnungsstätte/ des Freizeitklubs der Stiftung Rehabilitationszentrum Berlin-Ost nimmt **Inge K.** am Dankeschön-Brunch teil. Die 59-Jährige war früher Sonderschullehrerin und ist seit zwei Jahren in der Begegnungsstätte als Kursleiterin für wöchentliche Kreativnachmittage für Menschen mit geistiger Behinderung sowie für Kinder und Eltern zuständig. Inge K. hat als Lehrerin bereits eine Holzwerkstatt geführt und will ihre Begeisterung dafür an Kinder, Erwachsene und Menschen mit Behinderung weitergeben.

Edeltraud S. wurde von der Sozialstiftung Köpenick, Ambulanter Hospizdienst Friedrichshagen, vorgeschlagen. Die 63-jährige Altenpflegerin arbeitet im Seniorenzentrum Köpenick als Pflegeleiterin. Seit 2005 unterstützt sie die Hospizarbeit in der Pflegeeinrichtung und begleitet Menschen in der letzten Lebensphase. Ihr Einsatz erfolgt oftmals auch nachts und an Wochenenden neben der normalen Berufstätigkeit. Edeltraud S. ist von der Wichtig-

keit der Hospizarbeit in einer Pflegeeinrichtung überzeugt und möchte nicht nur darüber sprechen, sondern auch selbst dabei sein.

Der Humanistische Verband Deutschlands, LV Berlin-Brandenburg, hat **Detlef G.** vorgeschlagen. Der 58-jährige Elektronik-Ingenieur arbeitet in einer Zeitarbeitsfirma und engagiert sich seit 2010 ehrenamtlich im Senioren-Internetcafé Weltenbummler. Zunächst erhielt Detlef G. über den Zweiten Arbeitsmarkt eine Stelle in dem Projekt und führte einen Teil der Arbeit ehrenamtlich fort, nachdem die Stelle ausgelaufen war. Er führte Stammtische, Workshops und die bis heute sehr beliebten Fotosafaris ein. Heute ist er ehrenamtlicher Administrator.

Regina H. wurde vom Jüdischen Krankenhaus Berlin vorgeschlagen. Die 64-jährige Rentnerin war früher Verwaltungsangestellte im Jüdischen Krankenhaus. Seit rund vier Jahren ist sie nun im ehrenamtlichen Patientenbesuchsdienst engagiert. Auch im Rentenalter hat sie den Wunsch, sich für Menschen einzusetzen und ihnen Hilfestellung zu geben.

Auf Vorschlag des Deutschen Guttempler-Ordens, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., nimmt **Hans-Jürgen D.** teil. Der 65-jährige Rentner war früher Elektromechaniker. Seit annähernd zehn Jahren ist er als Guttempler ehrenamtlich engagiert. So war er einige Jahre Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Beauftragter Berliner Abstinenz- und Suchtselbsthilfverbände, leitete mehrere Jahre das Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit bei den Berliner Guttemplern und ist seit 2012 stellvertretender Landesverbandsvorsitzender der Guttempler Berlin-Brandenburg. Zu den Guttemplern fand Hans-Jürgen D., als er 2004 als mitbetroffener Partner seiner Frau auf dem Weg aus der Alkoholabhängigkeit half.

Regel Austausch beim Dankeschön-Brunch

FOTO: MARTIN THOMA



Programm KinderZukunft

Paritätische Hilfe für bedürftige Kinder und Jugendliche 2014

Treffen Sie in Ihrer Arbeit auf bedürftige Kinder und auf Familien, in denen es an notwendigen Dingen für die Kinder fehlt? Das Programm »KinderZukunft« hat das Ziel, benachteiligte Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren – besonders im Bereich Bildung – zu fördern. Seit 2006 werden hierfür jährlich rund 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) des Bundes verändert sich die Förderung durch KinderZukunft. Die Mittel aus dem Förderprogramm KinderZukunft werden 2014 nachrangig und ergänzend eingesetzt. Das heißt: Die von der Bundesregierung durch das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellten zehn Euro monatlich sind von den Bedürftigen / Berechtigten vorrangig zu beantragen. Die Mittel aus KinderZukunft ergänzen diese nur, wenn eine Ablehnung vorliegt beziehungsweise der monatliche Beitrag bei der Teilhabe an sportlichen, musischen oder kreativen Angeboten die vom Staat geförderten zehn Euro übersteigt.

Ein Beispiel: Ein Streetdance-Kurs kostet monatlich 33 Euro. Nachdem BuT beantragt und bewilligt wurde, somit dem Kind monatlich zehn Euro zukommen, ergänzt das Programm KinderZukunft die Unterstützung mit 23 Euro (maximal 270 Euro im Jahr). Abgesehen von dieser Neuerung hat sich in der Herangehensweise und der Handhabung des Förderprogrammes nichts geändert. Je Kind/Jugendlichem kann einmal im Kalenderjahr eine Förderung bewilligt werden:

- bis zu 50 Euro für kleinere Anschaffungen, zum Beispiel: Bücher, Instrumente, Spielzeug, Schulsachen, ausnahmsweise auch Kleinstmöbel, Kleidung
- bis zu 300 Euro (ausgezahlt werden maximal 270 Euro, da zehn Prozent Eigenbeteiligung erforderlich sind) für die Teilnahme an verschiedenen Kursen/Programmen wie Bildungs- und Sportangeboten, mathematisch-technischen, musischen, kreativ-gestalterischen Angeboten

Die Förderungen erfolgen über Gutscheine.

Wer kann Gutscheine vergeben?

Alle Mitgliedsorganisationen des Paritätischen können Gutscheine für benach-



Spiel und Bewegung in der Villa Comenius e.V.

FOTO: MICHAEL JANDA

teiligte Kinder und Jugendliche vergeben, die von ihnen betreut werden. Um eine bessere Verteilung der Fördersumme zu gewährleisten, sollten allerdings je Mitgliedsorganisation (inklusive Unterprojekten) insgesamt höchstens 20 – 25 Anträge/ Gutscheine im Jahr vergeben werden.

Wie werden Gutscheine erstellt?

Die Mitgliedsorganisation selbst muss den Bedarf eines Kindes oder eines Jugendlichen erkennen und eine Förderung befürworten. Außerdem muss der Mitgliedsorganisation die Ablehnung von BuT vorliegen. Dann fragt die Mitgliedsorganisation beim zuständigen Stadtteilzentrum (STZ) nach, ob Mittel verfügbar sind. Ist dies der Fall, kann ein Gutschein ausgefüllt und an die Erziehungsberechtigte oder an den Erziehungsberechtigten übergeben werden.

Wo werden Gutscheine eingereicht und ausgezahlt?

Die oder der Erziehungsberechtigte reicht den Gutschein beim zuständigen STZ ein. Bei Anschaffungen bis zu 50 Euro zahlt das STZ den Betrag in bar aus. Der Empfang des Geldes muss schriftlich vom Erziehungsberechtigten bestätigt werden, ein weiterer Nachweis ist nicht notwendig. Für die Teilnahme an Kursen oder Programmen muss die Erziehungsberechtigte die Anmeldung beziehungsweise Rechnung über die Kursteilnahme beim STZ vorlegen. Dieses zahlt die Fördersumme (max. 270 Euro) in bar aus

oder überweist das Geld direkt an den Kursanbieter. Der Empfang muss auch hier schriftlich vom Erziehungsberechtigten bestätigt werden, ein weiterer Nachweis ist nicht notwendig.

Für das Jahr 2014

Ab sofort können in Absprache mit dem zuständigen STZ Förderungen über Gutscheine erfolgen. Das Förderjahr endet am 31. Dezember 2014.

Wer beantwortet Fragen zum Förderprogramm?

Bitte wenden Sie sich zuerst an Ihren Ansprechpartner beim zuständigen STZ. Dort können Sie sich auch über geeignete Kurse und Programme beraten lassen. Bei allgemeinen Nachfragen zum Förderprogramm wenden Sie sich beim Paritätischen Wohlfahrtsverband bitte an:

Chris Wachholz, Tel: 030 8 60 01 273,
Fax: 030 8 60 01 240,
wachholz@paritaet-berlin.de

Sabine vom Böckel, Tel: 030 8 60 01 121,
Fax: 030 8 60 01 240,
boeckel@paritaet-berlin.de

Information:

Eine Kopiervorlage für den Fördergutschein und ein Liste aller Ansprechpartner in den Stadtteilzentren finden Sie unter paritaet-berlin.de/verband/stiftung-paritaet-berlin/kinderzukunft.html.

»Das Leitbild der Deutschen hat sich verändert«

Fünf Fragen an Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, Zukunftsforscher und Politikberater



Horst W. Opaschowski

FOTO: PRIVAT

Prof. Dr. Horst W. Opaschowski promovierte 1968 an der Universität Köln zum Dr. Phil. Von 1975 bis 2006 hatte er eine Professur für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg inne. Bis 2010 war er zudem Wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für Zukunftsfragen. Seit 2011 ist der Zukunftsforscher insbesondere als Berater für Wirtschaft und Politik tätig. Die Fragen stellte Miguel-Pascal Schaar.

Professor Opaschowski, Politik und Medien zeichnen nicht selten ein negatives Bild der Zukunft. Von »Überalterung«, dem Verschwinden der deutschen Sprache und entvölkerten Landstrichen ist die Rede. Wird die Zukunft in unserem Land so furchtbar und einsam sein, wie manche Medien sie vorhersehen?

Horst W. Opaschowski: Nein, natürlich nicht. Zukunft hat zwei Gesichter: Einerseits ist Zukunft ein Symbol für Hoffnung, Fortschritt und Entwicklung, andererseits ein Anlass zu Sorge, Angst und Ungewissheit. Das ist schon immer so gewesen – vielleicht mit einem Unterschied: Wir leben im Medienzeitalter. Und hier gilt die Erfolgsformel »The bad news are the better news«. Wir werden also mehr über das negative Bild der Zukunft informiert. Positive Nachrichten sind vielfach keine Meldung wert oder nur dann, wenn sie Einmaligkeits-, Sensations- oder Eventcharakter haben. »Wir sind Papst« oder »Wir sind Weltmeister«. So gesehen sind positive wie negative Zukunftsbilder ein Teil der Wirklichkeit. Meine Aufgabe als Zukunftsforscher ist es, dafür Sorge zu tragen, dass wir gut auf die Zukunft vorbereitet sind. Die Zukunft beginnt: Jetzt! In diese Richtung zielt auch meine neue Forschungsstudie »So wollen wir leben!«, die Ende September erscheint.

Manche Firmen entwickeln derzeit Pflege-Roboter und versuchen sie auf den Markt zu bringen. Werden wir, wie in der schwedischen TV-Serie »Real Humans – Echte Menschen«, künftig sozial betreut, gepflegt und medizinisch versorgt durch (selbstständige) Maschinen?

Horst W. Opaschowski: Das Thema »Mensch oder Maschine« ist seit Jahrzehnten angstbesetzt. Das papierlose Büro haben wir immer noch nicht und die menschenleere Fabrik auch nicht. Andererseits zeichnen sich durchaus problematische Entwicklungen für die Zukunft ab. Jugendliche kommunizieren mitunter mehr mit Medien als mit Menschen. Ersetzt die »Compunkation« die persönlichen »face-to-face«-Kontakte? Nein! Die überwiegende Mehrheit der jungen Generation hat inzwischen die Erfahrung gemacht: Die Kontakte im Netz bleiben oberflächlich oder können die persönlichen Gespräche in Familie und Freundeskreis nicht ersetzen.

Im Jahr 2006 haben Sie über ein verändertes Wohlstandsdenken geforscht und festgestellt: »Wohlstand fängt mit dem Wohlfühlen an. Die Bundesbürger wollen lieber glücklich als reich sein. Und das heißt: Mit Familie und Freunden in Frieden und ohne Sorgen leben können.« Hat unsere Gesellschaft sich seitdem in eine Richtung mit mehr Wohlstand entwickelt? Was braucht es dazu?

Horst W. Opaschowski: Sie haben Recht. Seit 2006 gehe ich in der Forschung der Frage nach, wie sehr sich unser Wohlstandsdenken verändert hat. Gerade habe ich im Zusammenhang mit dem Hamburger Ipsos-Institut den ersten Nationalen Wohlstandsindex für Deutschland (»NAWI-D«) entwickelt und zwischen 2012 und 2014 16.000 Bundesbürger befragt. Das Ergebnis: Die Deutschen definieren ihren Wohlstand neu. Neben den klassischen »2G« (Geld und Gesundheit) stehen »4F« im Zentrum des Lebens: Familie, Freunde, Frieden und Freiheit. Lebensqualität löst zunehmend Lebensstandard als zentralen Lebensinhalt ab. Den Werbespruch »Mein Haus. Mein Auto. Mein Boot« können Sie vergessen. Die Deutschen haben ganz andere Sorgen. Die Wohlstands- und Wohlfahrtsfrage lautet eher: Wie und wovon sollen wir in Zukunft leben? Konkret: Platzt die Wachstumsblase? Dro-

hen Wohlstandsverluste? Sind die Zeiten im warmen Bad des Wohlstands bald vorbei?

Im vergangenen Jahr sagten Sie, dass sich Firmenkindergärten als neue Währung gegen Fachkräftemangel entwickeln würden. Zitat: »Wer als Unternehmer qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht, wird sich in Zukunft bei potentiellen Mitarbeitern regelrecht bewerben und Firmenkindergärten anbieten müssen. Kitaplätze werden zur neuen Währung, die sich auszahlt.« Welchen Raum nehmen dann noch Kitas ein, die für alle offen stehen und die zum Beispiel das Ziel der Inklusion verfolgen?

Horst W. Opaschowski: Das Leitbild der Deutschen hat sich verändert. Aus der Einverdienerfamilie ist die Doppelverdienerfamilie geworden. Um eine Familiengründung wagen und finanzieren zu können, müssen beide Elternteile arbeiten, weil sie auf das Geld angewiesen sind. Hier sind Kitas dringend gewünscht und gefordert – nicht nur räumlich und institutionell, auch pädagogisch und sozial. Die Qualifizierung des Personals einschließlich erhöhter Inklusions-Anforde-

rungen wird »die« sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre sein. In dieser Frage ist auch die Wirtschaft gefordert – im eigenen Interesse. Wenn es den Kindern gut geht, sind auch die jungen Eltern als Mitarbeiter motiviert und leistungsbereit.

Welche Rolle spielen das bürgerschaftliche Engagement und die Wohlfahrtsverbände in der Zukunft?

Horst W. Opaschowski: Familiensinn, Bürgersinn und Gemeinsinn sind die Basis für eine neue Hilfeleistungsgesellschaft. Bürgerinitiativen und Wohlfahrtsverbände haben dabei eine brückenbildende und bindende Funktion. Was die historische Wiederaufbauleistung der Nachkriegsgeneration war, ist jetzt und in naher Zukunft eine zweite soziale Aufbauleistung. Wann, wenn nicht jetzt? Die Ärmel aufkrepeln – und sich engagieren. Ich glaube, die Gesellschaft in Deutschland wird nach den Krisen der letzten Jahre eine andere sein – eine selbstbewusstere und solidarischere Gesellschaft mit starken Bürgern, die sich ihre Burg selbst bauen.

Schläuche, Zapfen und Papier – Pflanzen erobern das Quartier!

KinderKunstWerkstatt für Kinder von zwei bis acht Jahren

Installationen und Skulpturen aus Tüten, Zweigen oder Papier kreieren? Wie das geht, zeigen Kinder ab zwei Jahren in der KinderKunstWerkstatt des KinderKünsteZentrums. Die Angebote vom 7. Oktober bis 30. November richten sich vorwiegend an Kinder und Familien aus dem Kiez rund um die Ganghoferstraße im Bezirk Neukölln, in der das KinderKünsteZentrum liegt. Gefördert wird die KinderKunstWerkstatt vom Quartiersmanagement Ganghoferstraße. Ausgangspunkt der wachsenden Ausstellung sind die Materialien: Gebrauchsgegenstände, Naturmaterialien, Abfallprodukte aus Handwerks- und Industrieproduktion. Gemeinsam mit der Künstlerin Simone Schander bauen die Kinder eine Regenwald-Installation aus Naturmaterialien, mit der Bühnenbildnerin Vanessa Gärtner kreieren sie Unterwelt-Gewächse aus Industrieabfällen, mit der Künstlerin Sibylle Zeh eigene Pflanzenarten aus Papier. Diesmal werden die Ergebnisse nicht nur im KinderKünsteZentrum gezeigt, sondern die Kunstwerke der Kinder werden im November 2014 in sechs Schaufenstern im Kiez zu sehen sein. Die KinderKunstwerke erobern das Quartier!

Durch das Projekt erfahren die Kinder, wie Abfallprodukte in künstlerisch-kreativen Prozessen zu wertvollen Werkstoffen werden. Das regt die Fantasie an und schärft den kritischen Blick auf unsere zum Wegwerfen neigende Gesellschaft.



Malen und Basteln in der KinderKunstWerkstatt

FOTO: KINDERKÜNSTEZENTRUM

Information:

Alle Angebote sind kostenlos. Bitte melden sie sich telefonisch oder per Mail an: 030 893 90 730, info@kinder-kuenste-zentrum.de. Projektleitung/ Ansprechpartnerin ist Melanie Rothe. Mehr Informationen finden Sie auf kinder-kuenste-zentrum.de.

Freiwilligenarbeit mit Pinsel, Schleifpapier und Tulpenzwiebeln

Mitmachaktion zur Verschönerung des Bürgerzentrums Neukölln

— FAMILIE, FRAUEN, MÄDCHEN —

Frauengesundheit in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit
Jubiläums-Fachtagung des Feministischen FrauenGesundheits Zentrums

Seit 40 Jahren setzt sich das Feministische FrauenGesundheitsZentrum e.V. für die Frauengesundheit ein. Es vermittelt Wissen und Kompetenz über den eigenen Körper, informiert über frauengerechte Gesundheitsversorgung und setzt sich für Verankerung von Gesundheitsförderung und Selbsthilfe ein. Die Erfahrung des Zentrums hat gezeigt, dass Frauen nicht nur anders krank sind, sondern die gesellschaftliche und ökonomische Situation von Frauen einen erheblichen Einfluss auf ihre Gesundheit haben.

Mit der Frage nach der Beeinträchtigung der Gesundheit durch schwierige Lebenslagen setzt sich die Fachveranstaltung »Frauengesundheit in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit« am Mittwoch, den 15. Oktober auseinan-

der, die das FrauenGesundheitsZentrum anlässlich ihres 40-jährigen Jubiläums organisiert. Unter anderem stellt Dr. Cornelia Lange in ihrem Vortrag »Frauengesundheit in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit« Ergebnisse aus Studien des Robert Koch Instituts vor, die im Anschluss diskutiert werden. Fachtagung am Mittwoch, den 15. Oktober von 15:00 bis 18:00 Uhr (anschließend Empfang) im Loft in der Urania. Bitte melden Sie sich direkt beim Feministischen FrauenGesundheitsZentrum Berlin e.V. an:

Tel. 030 213 95 97, Fax: 030 214 19 27,
Mail: ffgzberlin@snaflu.de
Weitere Informationen unter ffgz.de.



Verschönerungsaktion im Garten des Bürgerzentrums

FOTO: NINA PERETZ

Im Bürgerzentrum Neukölln sieht es mitten im September nach Frühjahrsputz aus. Voller Elan hat sich eine Gruppe Freiwilliger daran gemacht, den Vorgarten an der Werbellinstraße zu verschönern und aufzuräumen. Das Team des Unternehmens Stadt und Land erkennt man leicht an den blauen T-Shirts. »Zum 90-jährigen Jubiläum vollbringen wir dieses Jahr 90 gute Taten«, erklärt ein Mitarbeiter. Die Hecke des Bürgerzentrums zu stutzen und die Laternenpfosten zu streichen, ist eine davon. Auch Waltraud Knobloch ist kaum zu übersehen: Wie ein Wirbelwind eilt die 81-Jährige durch den Garten, mal mit der Heckenschere und Handschuhen, mal mit Harke und Tulpenzwiebeln. »Ich bin immer hier im Bürgerzentrum«, ruft sie fröhlich. Noch bis vor kurzem hatte sie ihren eigenen Schrebergarten, jetzt ist sie stolz, dass ihr grüner Daumen bei der Pflanzaktion in der Werbellinstraße zum Einsatz kommt. Marina Friedenberger, die für die Öffentlichkeitsarbeit des Bürgerzentrums zuständig ist, hatte Frau Knobloch extra angesprochen: »Letztes Jahr war sie schon dabei, und das war für uns alle eine schöne Sache.«

Die Verschönerung des Vorgartens ist eine von rund 60 Mitmachaktionen, mit denen sich Paritätische Organisationen am Berliner Freiwilligentag beteiligt haben. In fast allen Bezirken gab es Mitmachaktionen, es wurde aufgeräumt, geputzt, gebastelt, gekocht und gefeiert. In einer Kreuzberger Kirche der Berliner Stadtmission wurde durch eine Mitmachaktion und ein Chorkonzert auf Angebote für Menschen mit chronischen Erkrankungen aufmerksam gemacht. In Köpenick haben Freiwillige bunte Blumen-

sträuße gebunden und an Seniorinnen und Seniorinnen in der Nachbarschaft verteilt. Eine Gemeinschaftsschule in Schöneberg hat ein buntes Schulfest gefeiert, bei dem die Gäste gemeinsam das Gelände ausgebessert und aufgeräumt haben. Für zwei Tage haben freiwillige Helferinnen und Helfer ehrenamtliches Engagement in der ganzen Stadt sichtbar gemacht – und gezeigt, wie viel Spaß es macht, sich für seine Mitmenschen einzusetzen.

Etwas Sinnvolles für andere und für sich selbst tun, das ist auch das Ziel der zehn jungen Männer, die durch Vermittlung von Prof. Barbara John bei der Aktion dabei sind. Die Flüchtlinge gehören zu der Gruppe, die im April das Camp auf dem Kreuzberger Oranienplatz friedlich geräumt hatte, und sind jetzt in einer Flüchtlingsunterkunft in Neukölln untergebracht. In einem ihrer Gespräche mit Barbara John hatten sie den Wunsch geäußert, aktiv zu werden, sich einzubringen, nicht einfach nur herumsitzen zu

Das ehrenamtliche Team

FOTO: NINA PERETZ



müssen. Der Einsatz im Bürgerzentrum kam gerade recht: Hier schleifen sie die Gartenbänke ab, streichen sie frisch in dunklem Braun und jäten Unkraut. Und das Resultat kann sich sehen lassen – auch die Männer sehen sichtlich zufrieden aus, als sie ihr Werk betrachten. »Wir sollten uns einfach angewöhnen, uns jeden Tag umeinander zu kümmern«, fasst Barbara John das Ziel des Freiwilligentages zusammen. »Wenn jeder von uns jeden Tag einen Handgriff tut, zum Beispiel etwas Müll wegräumen würde, sähe die Stadt schon anders aus.« Dass das im Bürgerzentrum Neukölln so gut geklappt hat, freut Marina Friedenberger, die den Einsatz koordiniert. Ihr Mann ist mit von der Partie und dokumentiert alle Ereignisse mit seiner Kamera – für die Website des Bürgerzentrums und um zu zeigen, was ein paar Stunden Freiwilligenarbeit bewirken können. Der Einsatz hat die Helferinnen und Helfer hungrig gemacht, aber daran haben die Organisatoren natürlich gedacht: Der Inhaber des Restaurants im Bürgerzentrum, Asisu Rahman, bringt zwischendurch heiße Hühnersuppe – die geht aufs Haus. Nachmittags soll dann noch der Grill auf der Dachterrasse angeworfen werden. Aber zuerst stellt sich die bunte Truppe noch zum Gruppenfoto auf, das Bürgerzentrum



Feinschliff für die Bänke

FOTO: NINA PERETZ

und der frisch geputzte Vorgarten als Kulisse im Hintergrund.

Als Dank für ihren tatkräftigen Einsatz beim Freiwilligentag waren alle Helferinnen und Helfer zur Abschlussfeier am Freitag, dem 19. September ins Tagesspiegel Verlagsgebäude eingeladen.

Information:

Alles zum Berliner Freiwilligentag und viele Fotos finden Sie unter freiwilligentag.berlin und facebook.com/FreiwilligentagBerlin.

Klassikvergnügen für den guten Zweck

Stiftung Gute-Tat.de lädt zu Benefizkonzert ein

Ein besonderes Klassikvergnügen verspricht das Benefizkonzert der Stiftung Gute-Tat am 3. Dezember um 20 Uhr im Kammermusiksaal der Philharmonie. Selten stehen so viele hochkarätige Stars gemeinsam auf der Bühne – noch dazu für einen guten Zweck!

KlassikRadio-Moderator Holger Wemhoff führt durch einen kurzweiligen Abend, an dem Klassikstars einige ihrer ganz persönlichen Lieblingsstücke präsentieren. Bereits zum fünften Mal lädt die Stiftung Gute-Tat.de, langjährige Initiatorin sozialen Engagements, zu einem Konzerterlebnis dieser Art ein.

Höhepunkte des Abends sind der Geiger Charlie Siem, der Bratscher Nils Mönkemeyer, der Countertenor Valer Sabadus, der Pianistin Alexander Krichel und die Harfenistin Lavinia Meijer. Begleitet werden die Solisten vom Bayerischen Kammerorchester unter der Leitung von Johannes Moesus. Nach der Eröffnung durch den Staats- und Domchor Berlin erwartet Sie unter anderem Musik von Mozart, Vivaldi, Debussy und Satie.

Mit dem Kauf Ihrer Karte tragen Sie dazu bei, dass sich die Stiftung Gute-Tat.de weiterhin für über 500 Projekte in Berlin einsetzen kann, die ehrenamtliche Hilfe benötigen.

Mehr über die Aktivitäten der Stiftung erfahren Sie unter gute-tat.de. Die Karten kosten

KLASSIK VERGNÜGEN
MIT HOLGER WEMHOFF Moderation
NILS MÖNKEMEYER Violine ALEXANDER KRICHEL Klavier
VALER SABADUS Countertenor LAVINIA MEIJER Harfe
CHARLIE SIEM Geige
Bayerisches Kammerorchester / Staats- und Domchor Berlin

3. DEZEMBER 2014 20 UHR
PHILHARMONIE BERLIN
Benefizkonzert der Stiftung Gute-Tat

Karten unter 01806-999 0000 www.ticketmaster.de und an allen bekannten Vorverkaufsstellen.

Logos: Gute-Tat, WILHELM REFORM, ec KO, PLUSCHKA, hotel INDIGO, and others.

zwischen 20 und 45 Euro (zuzüglich Gebühren) und sind unter 01806 – 999 0000, auf ticketmaster.de und an allen bekannten Vorverkaufsstellen erhältlich.

Freiwillig engagieren im Stadtteil 4. Ehrenamtsbörse des Bezirks Tempelhof-Schöneberg in der Urania

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler lädt gemeinsam mit den im Bezirk vertretenen Vereinen und Organisationen

EHRENAMTSBÖRSE
Tempelhof-Schöneberg
9. Oktober 2014
11.00 – 17.00 Uhr
Urania (Foyer)
An der Urania 17, 10787 Berlin
Urania
Veranstalter: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Ehrenamtsbüro

ENGAGEMENT & FREIWILLIGENARBEIT IM BEZIRK

sowie dem Ehrenamtsbüro zur 4. Ehrenamtsbörse am 9. Oktober in die Urania ein.

Ziel der Ehrenamtsbörse ist es, über die vielfältigen Möglichkeiten der freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeit im Bezirk Tempelhof-Schöneberg zu informieren. Rund 46 Vereine und Organisationen nehmen teil und stellen sich und ihre ehrenamtlichen Einsatzfelder vor. Bürgerinnen und Bürger können sich vor Ort beraten lassen und aus dem vielfältigen Angebot die für sie passende freiwillige Tätigkeit im Bezirk finden. Der Eintritt ist kostenlos.

4. Ehrenamtsbörse am 9. Oktober von 11.00 bis 17.00 Uhr: Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin

»Pflege der Mundgesundheit soll noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden«

Fünf Fragen an Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales



Mario Czaja

FOTO: SENATSVERWALTUNG FÜR GESUNDHEIT, ELKE A. JUNG-WULFF

Prävention gesamtgesellschaftlich denken

Kneipp-Bund lädt ein zur Fachtagung »Zukunft Prävention«

Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Dauerthema in der Gesundheitspolitik.

Wichtige Einflussfaktoren auf die Gesundheit der Bevölkerung liegen außerhalb des gesundheitlichen Versorgungssystems, etwa in den Bereichen der Sozial-, Umwelt-, oder Bildungspolitik. Was kann das geplante neue Präventionsgesetz regeln? Welche weiteren Ansatzpunkte gibt es, damit Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten und Verhaltensweisen der Menschen selbstverständlich werden? Wie können wir erreichen, dass unsere demokratischen Institutionen Gesundheit stärker in den Blick nehmen?

Zu diesen Fragen veranstaltet der Kneipp-Bund e.V. gemeinsam mit der Barmer GEK und dem DAMiD e.V. die Herbsttagung »Zukunft Prävention«. Die Veranstaltung am 26. November im Auditorium Friedrichstrasse trägt den Titel »Prävention gesamtgesellschaftlich denken – Neues Gesetz und alles gut?

Die Teilnahme ist kostenlos. Bitte melden Sie sich bis zum 12. November auf zukunft-praevention.de/tagung.html oder per Fax unter 030 200 77 073 an.

»Zukunft Prävention« am Mittwoch, den 26. November von 10:30 bis 16:00 Uhr im Auditorium Friedrichstraße, Friedrichstraße 180, Berlin-Mitte. Das vollständige Programm finden Sie unter zukunft-praevention.de/programm.html. Lesen Sie mehr zur Arbeit des Kneipp-Bundes unter kneippbund.de.

Mario Czaja war zehn Jahre lang gesundheitspolitischer Sprecher der Berliner CDU und ist seit Dezember 2011 Senator für Gesundheit und Soziales. Im Mai 2014 stellte die Senatsverwaltung für Gesundheit die Untersuchungsergebnisse der Zahnärztlichen Dienste vom Schuljahr 2012/13 vor, für die in allen Bezirken insgesamt 190.759 Berliner Kinder und Jugendliche untersucht wurden. Miguel-Pascal Schaar stellte dem Senator Fünf Fragen zu Zahnpflege und Mundgesundheit in Berlin.

Wie schlimm steht es um die Zähne der Berliner Kinder?

Mario Czaja: Bei den meisten Kindern sieht es gut aus. Die Mundgesundheit der Berliner Kinder ist auf einem hohen Niveau angelangt. Bei Kitakindern haben wir immer mehr Kinder mit kariesfreien Zähnen. Aktuelle Auswertungen zeigen, dass 77 Prozent in dieser Altersgruppe ein gesundes Gebiss haben. Allerdings gibt es diese erfreuliche Entwicklung bei den Grundschülerinnen und Grundschulern nicht. Hier ist nur die Hälfte der Untersuchten kariesfrei. Jedes dritte Grundschulkind hat sogar einen Gebisszustand, der einer zahnärztlichen Behandlung bedarf. Vom Ziel der Bundeszahnärztekammer, wonach im Jahr 2020 80 Prozent der Sechsjährigen ein kariesfreies Gebiss aufweisen sollen, sind wir noch ein ganzes Stück entfernt.

Was hat zusammengefasst Ihre Untersuchung zur Zahngesundheit Berliner Kinder ergeben?

Mario Czaja: Der jahrelange Trend einer positiven Entwicklung der Mundgesundheit bei Kindern

ist leider ins Stocken geraten. Ein besonders kritischer Punkt scheint es zu sein, wenn die Kinder von der Kita zur Schule wechseln. In diesem Zeitraum etwa verlieren die Kinder auch ihre Milchzähne und es bilden sich die bleibenden Zähne. Während von den Dreijährigen noch 82 Prozent ein Gebiss ohne Karies haben, sind es bei den Sechsjährigen nur noch 50 Prozent. Hier besteht unbedingt Handlungsbedarf.

Was kann die Berliner Politik zur Verbesserung beitragen?

Mario Czaja: Wir wollen den guten Gesundheitszustand der Kinder in Berlin weiter verbessern und Hemmnissen so früh wie möglich entgegen treten. Dafür haben wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen geschnürt. Im Februar dieses Jahres haben wir beispielsweise ein Konzept zur Eindämmung frühkindlicher Karies vorgestellt. Es ist in Zusammenarbeit mit der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, des Bundesverbands der Kinderzahnärzte und des Deutschen Hebammenverbands entstanden. Es wird von der Universität Greifswald wissenschaftlich begleitet. Wir setzen dabei bei den Kleinst- und Kleinkindern an. So sollen bereits zwischen dem 6. und 30. Lebensmonat drei zahnärztliche Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt und im gelben Vorsorgeheft dokumentiert werden. Schon 2009 wurde in Berlin der Kinderzahnpass eingeführt, in dem die erste zahnärztliche Früherkennungs-

untersuchung im Alter von 6 bis 18 Monaten vorgesehen ist. Eltern sollen so frühzeitig für die Mundgesundheit ihres Kindes sensibilisiert und als Verbündete im Kampf gegen Karies gewonnen werden.

Auch möchte ich in Zusammenarbeit mit meiner Kollegin Bildungssenatorin Scheeres dafür Sorge tragen, dass der Pflege der Mundgesundheit in den Kitas noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es gibt Kitas, in denen nicht mehr täglich die Zähne geputzt werden. Gerade diese Kitas sollen animiert werden, das Zähneputzen wieder in den Tagesablauf zu integrieren und den Kindern somit ein elementares Gesundheitsverhalten zu vermitteln.

Wie wäre es mit einem Unterrichtsfach »Gesundheit« in Berliner Schulen?

Mario Czaja: Schon jetzt werden bis zu dreimal im Jahr Unterrichtseinheiten im Rahmen der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe durchgeführt. Außerdem sind im Rahmenlehrplan für die Berliner Grundschulen Themen wie Gesundheitsförderung und Körper – Gesundheit – Entwicklung in den unterschiedlichen Unterrichtsfächern verankert. Dies bestärkt unsere Vorhaben, dass Kinder frühzeitig an gesundheitsfördernde und präventive Verhaltensweisen herangeführt werden. Denn was in früher Kindheit erlernt wird, wird zumeist auch im Erwachsenenalter beibehalten. Insofern steht Gesundheit auch im Unterricht auf dem Lehrplan.

Wie könnte die Kita- und Schulessensversorgung einen Beitrag zur Verbesserung leisten?

Mario Czaja: Aktionen wie ein »Zuckerfreier Vormittag« in Kitas oder auch ein durch die Kita organisiertes Frühstück bieten Kindern die Möglichkeit, abwechslungsreiche und gesunde Ernährung in der Gemeinschaft zu erleben. So können spielerisch Freude und Geschmack von gesundem Essen entwickelt werden. Das trägt auch zur Mundgesundheit bei. Das regelmäßige, gründliche Putzen der Zähne bleibt allerdings von herausragender Bedeutung. Es wäre wünschenswert, wenn das Zähneputzen als tägliches Ritual auch bei Grundschülerinnen und Grundschulern gelten würde. Mit Beginn der Schulzeit fällt dieses Ritual – in der Kita noch üblich – leider weg. Das ist bedauerlich, denn gerade in der Zeit, in der die bleibenden Zähne durchbrechen, ist es wichtig, am täglichen Zähneputzen festzuhalten. Das verbessert die Mundgesundheit und stärkt das Gesundheitsverhalten der Heranwachsenden.

Information:

Die Daten zum Schuljahr 2012/2013 sind im Gesundheits- und Sozialinformationssystem der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abrufbar unter gsi-berlin.info (Erweiterte Suche: Kontext: »Mundgesundheit der Berliner Kinder 2012/2013«).

600 Leben: Welttag der Suizidprävention 2014

Symbolische Aktion macht auf Suizidgefahr aufmerksam



Symbolische Aktion »600 Leben« am Brandenburger Tor

FOTOS: MIGUEL-PASCAL SCHAAR

Für den Welttag der Suizidprävention am 10. September hatten sich elf der zentralen Akteure aus den Bereichen Suizidprävention und Seelische Gesundheit zusammengeschlossen, um gemeinsam die symbolische Großaktion »600 Leben« vor dem Brandenburger Tor zu starten. Darunter waren die Paritätischen Mitgliedsorganisationen Neuhland e.V., der LSVD Berlin-Brandenburg, der Berliner Krisendienst und Jugendnetzwerk Lambda Berlin-Brandenburg e.V.

Ziel war es, die Öffentlichkeit auf das Thema Suizid aufmerksam zu machen und ein Zeichen gegen die Tabuisierung von Suizid und Depression zu setzen. Um 14 Uhr versammelten sich rund 600 Leute als Symbol für die 600 jungen Menschen unter 25 Jahren, die wir jährlich durch Suizid verlieren. Auf ein Signal ließen sie sich auf den Boden fallen, wo sie so lange liegen bleiben, bis ihnen die Koordinatoren der Aktion die Hand reichten und aufgeholfen haben.

Information:

Unter 600leben.de finden Sie weitere Informationen und einen Film über den Aktionstag.



Auszeichnung für vorbildliche soziale Inklusion

Kita Ritterburg erhält Karl Kübel Preis 2014

– MENSCHEN MIT BEHINDERUNG –

Gemeinsam musizieren mit Orff & Co.

Beim Konzert der Klangspielgruppe Orffheus steht das Gruppengefühl im Mittelpunkt

Die Klangspielgruppe Orffheus des »Zentrums zur Förderung geistig Behinderter e.V.« lädt zu ihrem Konzert 10. Oktober in die Kirche der Martin-Luther-Kirchengemeinde in Berlin-Lichterfelde ein.

In der Klangspielgruppe musizieren 13 erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung jeweils in Begleitung und mit Unterstützung eines Menschen ohne Behinderung. Neben den verschiedenen Stabspielen des Orff-Instrumentariums kommen auch Saiten- und Schlaginstrumente aus unterschiedlichen Kulturkreisen zur Einsatz.

Ziel der Klangspielgruppe ist es, Menschen mit geistiger Behinderung durch das gemeinsame Musizieren positive Erfolgserlebnisse zu vermitteln und auf diesem Weg neue Formen der Kommunikation zu finden. Die Spieler gewinnen an Selbstsicherheit, Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen und erfahren, wie bedeutend für ein Gelingen der Nachbar, aber auch die Gruppe für jeden Einzelnen ist.

Das etwa zweistündige Konzert findet am Freitag, den 10. Oktober um 16:00 Uhr in der Kirche der Martin-Luther-Kirchengemeinde in Berlin-Lichterfelde, Hortensienstr. 18 statt. Der Eintritt ist frei.

Für Rückfragen und weitere Informationen: Zentrum zur Förderung geistig Behinderter Behindertenzentrum e.V., Tel. 030 261 84 70, Mail: info@behindertenzentrum-berlin.de.

Die Klangspielgruppe bei einem Konzert 2012

FOTO: ZENTRUM ZUR FÖRDERUNG GEISTIG BEHINDERTER E.V.



Die Preisträger der Kita Ritterburg

FOTO: KARL KÜBEL STIFTUNG / THOMAS TRATNIK

Für sein beispielhaftes Engagement im Bereich frühkindliche Bildung wurde dem Kinderfreizeithaus Ritterburg des Vereins Nestwärme e.V. am 10. September in der Frankfurter Paulskirche der Karl Kübel Preis 2014 verliehen. Die Ritterburg belegte den mit 20.000 Euro dotierten zweiten Platz.

Nestwärme e.V. unterstützt auf besondere Weise von Aids betroffenen Kindern und deren Familien.

Die Kita Ritterburg ist ein zentraler Treffpunkt der Nachbarschaft, bei dem die Mitgestaltung, Teilhabe und Vernetzung der Familien untereinander an erster Stelle steht. Der Grundansatz ist ganzheitlich und inklusiv: Familien werden über die biografischen Übergänge, Geburt – Kita – Schule, hinweg begleitet. Dies schafft nicht nur Vertrauen, es stärkt auch die Vernetzung mit anderen Bildungspartnern.

Die Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie hatte den Preis in diesem Jahr unter dem Titel »Das macht uns stark! – Gemeinsam für frühkindliche Bildung« ausgeschrieben. Mit der Auszeichnung würdigt die Stiftung herausragende

Initiativen, die die Ressourcen des Sozialraums als Bildungspartner für Eltern und Kinder stärken und die Bildungschancen für Familien mit jungen Kindern erhöhen.

»Die Eltern sind die ersten Experten und Expertinnen für ihr Kind. Wer Eltern ansprechen und einbeziehen will, muss ihnen auf Augenhöhe begegnen. In ihren Einrichtungen gelingt ihnen diese partnerschaftliche und wertschätzende Zusammenarbeit. Sie unterstützen Eltern bei der Erziehung und Kitas bei ihrem Bildungsauftrag«, erklärte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, Schirmherrin des Karl Kübel Preis 2014, in ihrer Videobotschaft vor über 500 Gästen auf der Preisverleihung. »Ihre Projekte und Initiativen haben mich beeindruckt, weil Sie kreativ sind und weil Sie die Idee der Partnerschaftlichkeit ernst nehmen.«

Information:

Lesen Sie mehr über das Konzept der Kita unter kita-ritterburg.de. Auf nestwaerme.com informiert der Verein über seinen Einsatz für von Aids betroffenen Kindern und deren Familien. Alles zur Preisverleihung unter karlkuebelpreis.de.

Beiträge auf dem Blog »jugendhilfe-bewegt-berlin« in den vergangenen vier Wochen

- Vorreiter Inklusive Jugend – im Freizeitheim Marshallstraße
- Trauer im Familiensystem
- Die Selfie-Gesellschaft
- Eckpunkte zur Fallteamarbeit / fallunspezifischen Arbeit

Alle Beiträge und noch viel mehr unter jugendhilfe-bewegt-berlin.de

Wir freuen uns auf Ihre Kommentare!



Systemische Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe

Weiterbildung vermittelt Kompetenzen für sozialpädagogischen Alltag

Kinder, Jugendliche und Familien haben auf der Grundlage des SGB VIII (KJHG) Anspruch auf Hilfe zur Erziehung. Hauptziel ist dabei die Unterstützung der Familienmitglieder, sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu entwickeln.

Die Hilfe soll unter anderem im Lebensraum der Familie stattfinden, sie soll niederschwellig zugänglich, unbürokratisch und präventiv sein sowie professionell erfolgen, also durch qualifizierte Fachkräfte.

Die sozialpädagogischen Grundqualifizierungen, wie sie heute an Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten vermittelt werden, reichen in der Regel nicht aus, um den sich verändernden Anforderungen eines spezifischen Arbeitsfeldes wie den erzieherischen Hilfen gerecht zu werden, sondern müssen durch praxisorientierte berufsbegleitende Zusatzqualifizierungen ergänzt werden. Dabei sind aktuelle Entwicklungen in den recht-

lichen, strukturellen, aber auch fachlichen Rahmenbedingungen ebenso zu berücksichtigen wie die individuelle, menschlich orientierte Entwicklung der Fachkräfte.

Die Weiterbildung »Systemische Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe« für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe vermittelt grundlegendes Wissen sowie Haltungen und Handlungskompetenzen für die Arbeit nach dem systemischen Ansatz. Die Umsetzung des systemischen Verstehens und daraus abgeleiteter Vorgehensweisen erfolgt in Abstimmung mit der Rolle und Verantwortung der Fachkraft sowie den Möglichkeiten des sozialpädagogischen Alltags. Die Weiterbildung der Familien für Kinder gGmbH beginnt im Mai 2015 und dauert etwa ein Jahr.

Information:

Weitere Informationen und Anmeldung unter fortbildungszentrum-berlin.de/003.

Publikation »Ein Engagement, das wirkt«

1:1-Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche im Paritätischen Berlin

Patinnen und Mentoren stärken Kinder, stiften vielfältige Lerngelegenheiten, unterstützen gesunde Entwicklung, übernehmen Verantwortung, zeigen Wege ins Leben und machen Mut. Mentoring- und Paten-Projekte boomen, auch viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin sind darunter, große Träger, die das Angebot in ihre sonstige Arbeit integrieren, wie kleine Vereine, die sich eigens für die Vermittlung von Eins zu Eins-Beziehungen gegründet haben.

Angesichts der Fülle der Akteure und Ansätze und einer lebendigen Mentoring- und Paten-Szene in Berlin will diese Broschüre »Ein Engagement, das wirkt« nicht eine weitere Einführung liefern, die bei der Theorie einer guten Sache stehen bleibt. Stattdessen soll sie in die Vielfalt der Förderbeziehungen einführen, in die gelebte Praxis, wie sie längst besteht. Das geht am besten, wenn viele der Beteiligten zu Wort kommen: Die Patenkinder und Mentees, die Eltern, die freiwilligen Patinnen und Mentoren, die Koordinatorinnen, Wissenschaftler und nicht zuletzt die Förderer und Unterstützer.

Die Publikation verdeutlicht anhand von praktischen Beispielen, wie Jugendliche durch gutes Mentoring und zugewandte Patenschaften zu Bildungsgewinnern werden können.



Information:

Sie finden die Broschüre zum Download unter paritaet-berlin.de/pressemedien/broschueren.html. Weitere Vorschläge, Ideen und Forderungen zum Thema Patenschaft und Mentoring gibt es auf dem Jugendhilfe-Blog des Paritätischen: jugendhilfe-bewegt-berlin.de.

– MENSCHEN MIT BEHINDERUNG –

Malen mit gestohlenen Stiften Schlüsselwerke von Achim Maaz Galerie Art Cru

Die Galerie Art Cru Berlin präsentiert Werke von Achim Maaz (1955–2014). Der outsider-Künstler war in den Jahren 2002, 2010 und 2014 für den Eward-Kunstpreis nominiert.

In seinen großformatigen Werken bildet der Rand des Zeichenpapiers eine markante Grenze: Die Figuren mit ihren gedrückten, halslosen Köpfen wirken oft wie in den Bildraum hineingepresst, wie eingeschlossen in die eigene Körperlichkeit. Die Erfahrungen des eingegrenzt Seins und der Drang auszubrechen dominieren auf subtile und intensive Art die Stimmung der originären und intimen Bilder von Achim Maaz.

Der autistische Künstler verbrachte einen Großteil seines Lebens in Institutionen. Als Künstler wurde er lange Zeit nicht anerkannt und malte dennoch



ein Leben lang gegen alle Widerstände, auch mit »mitgenommenen« Kugelschreibern und Kalenderblättern. Erst kurz vor seinem Tod wurde Maaz entdeckt – er verstarb im Juli überraschend im Alter von 59 Jahren.

Die Ausstellung wurde am 11. September eröffnet und ist noch bis zum 25. Oktober in der Galerie Art Cru Im Kunsthof, Oranienburger Str. 27 zu sehen. Mehr unter art-cru.de.

»300.000 Opfer der Nazis wurden einfach vergessen«

Gedenkstätte für die »Euthanasie«-Opfer in Berlin eingeweiht

Die Nazis ermordeten 300.000 Behinderte und psychisch Kranke. In der Berliner Tiergartenstraße 4, von wo aus die »Aktion T4« organisiert wurde, wurde jetzt eine Gedenkstätte für die Opfer eingeweiht. Reinald Purmann, Referent für Behindertenhilfe beim Paritätischen Berlin, im Interview mit Matthias Friebe von domradio.de.

domradio.de: Die rund 300.000 »Euthanasie«-Opfer gelten als »vergessene Opfergruppe«, warum?

Reinald Purmann: Das hat viele Gründe. Der erste Grund ist, dass Menschen mit Behinderung, mit chronischen Erkrankungen, Menschen, die lange in der Psychiatrie gelebt haben, keine große Lobby haben in unserer Gesellschaft und bedroht sind von Ausgrenzung. Der andere Grund ist, dass die Täter, die für diese hunderttausendfachen Morde verantwortlich sind, nicht die typischen Nazi-Täter sind, sondern hochqualifizierte Ärzte, die zum Teil auch noch nach dem Krieg in Deutschland praktiziert haben. Und der letzte Grund ist, dass die Familien und Angehörigen mit dem Tabu der sogenannten erblichen Belastung belastet waren und sich auch nicht so sehr fürs Gedenken für diese Opfer eingesetzt haben.

domradio.de: Es gibt ja Gedenkstätten zum Beispiel für die Opfer der Nazis, für Juden, für Roma und Sinti, für Homosexuelle. Warum dauert das mit den Euthanasie-Opfern so lange?

Reinald Purmann: An diesem Ort an der Tiergartenstraße 4, wo die Zentrale der Morde gewesen ist, besteht seit 1987 eine kleine Bodenplatte, die an die vergessenen Opfer erinnert. Das war damals eine Bürgerinitiative. Der Deutsche Bundestag hat 1999 dann beschlossen, dass für alle Opfergruppen der Nazi-Verbrechen würdiges Gedenken in Berlin entstehen soll. Und tatsächlich, die 300.000 Opfer der Patientenmorde sind die letzte Opfergruppe, die heute nun endlich auch in der Bundeshauptstadt an dem Ort, an dem die Planung für die Verbrechen geschehen sind, ein Ort des würdigen Gedenkens bekommen.

domradio.de: Lassen Sie uns nochmal an diese Verbrechen erinnern. Was haben die Nazis denn gemacht mit den Behinderten und psychisch Kranken? Gibt es da



Eröffnung der Gedenkstätte

FOTO: MIGUEL-PASCAL SCHAAR

ein Beispiel, an dem Sie uns das verdeutlichen können?

Reinald Purmann: Ja, auf unserer Homepage gedenkort-t4.eu haben wir Opfer-Biographien gesammelt. Hier habe ich die traurige Geschichte von Walburga Kessler, die 1918 im Allgäu geboren worden ist und 1944 in Irrsee umgebracht worden ist. Das Opfer war, so würde man heute sagen, mehrfach behindert. Sie ist in den Dreißiger Jahren in eine Heilanstalt gekommen. Die Geschichte ist sehr gut dokumentiert von dem Urgroßneffen. Sie ist dann, weil sie bettlägerig war und in keiner Weise Leistungen erbringen konnte – Leistungsfähigkeit war ein Kriterium fürs

Ermordetwerden – 1944 ermordet worden. Den Angehörigen wurde das verheimlicht. Man hat ihnen gesagt, sie sei an einer Infektionskrankheit gestorben. Dieses Einzelbeispiel ist typisch für die vielen Opfern, die damals in den Heil- und Pflegeanstalten, in den Krankenhäusern einfach zum Opfer geworden sind, wenn sie nicht im Sinne der Leistungsideologie der Nazis funktioniert haben.

domradio.de: Welches Interesse hatten die Nazis daran, diese Menschen umzubringen?

Reinald Purmann: Zum einen gab es eine ideologische Vorgabe, ein ideologisches Bild, dass man erbkranken Nachwuchs verhüten oder später sogar ausmerzen wollte. Das deutsche Volk sollte veredelt werden. Alle, die da nicht hineinpassten, die Leistungsschwächeren, die Behinderten mussten raus. Dazu kommen natürlich auch, ganz einfach, Zweckmäßigkeitsüberlegungen. Man wollte Personal einsparen, man wollte Geld einsparen, man wollte Räume einsparen und Ressourcen für andere Zwecke einsetzen. Ein Gebräu aus ideologischen Gründen und Überlegungen der Zweckmäßigkeit aus der Sicht der Nazis.

domradio.de: Jetzt haben Sie heute diese Gedenkstätte eingeweiht. Welcher aktuelle Appell soll auch von dieser Gedenkstätte ausgehen? Gibt es etwas, was Sie auch der Gesellschaft jetzt, im 21. Jahrhundert damit sagen möchten?

Der Erinnerungsort vor der Philharmonie

FOTO: MIGUEL-PASCAL SCHAAR



Reinald Purmann: Ganz wichtig ist, glaube ich, dass man sich einfach mit diesem Teil der Geschichte beschäftigt. Dass man sich einfach die Schicksale der Menschen anschaut. Dass man, bei allen Diskussionen, die wir heute haben über Reproduktionstechnologie, über Sterbehilfe, bei allen bioethischen Fragen, die heute aktuell sind, bei der großen Frage

der genetischen Disposition, immer auch in die Vergangenheit schaut. Nicht, dass man daraus unbedingt so viel lernen kann für heute, aber dass man einfach diese Dimension mitnimmt, dass eine Gesellschaft auf einen schlüpfrigen Abhang gerät, wenn man anfängt, die Rechte der Schwachen, das Recht auf Leben, auf Würde in Frage zu stellen. Am

Ende dieses Abhangs würden der ganzen Gesellschaft Probleme entstehen.

Information:

Das Gespräch wurde auf domradio.de veröffentlicht und kann dort nachgehört werden. Lesen Sie mehr zum Gedenkort und seiner Geschichte auf gedenkort-t4.eu.

Delinquenz bei Menschen mit geistiger Behinderung

Fachtagung zum 15-jährigen Jubiläum der HpA Berlin e.V.

Die Herausforderung, Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Straf- und Maßregelvollzug bedarfsgerecht und zukunftsweisend zu unterstützen, war das Thema der Fachtagung »Delinquenz bei Menschen mit geistiger Behinderung«, zu der die Heilpädagogische Ambulanz Berlin e.V. anlässlich der Feier zu ihrem 15-jährigen Bestehen am 29. August eingeladen hatte. Als ambulanter Träger der Behindertenhilfe wendet sich HpA Berlin der Lebenssituation und den Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung und zusätzlichen Verhaltensauffälligkeiten zu.

Fachtag zu einem vernachlässigten Thema

Zur der Fachtagung auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses in Moabit waren zahlreiche namhafte Referenten gekommen, darunter die Geschäftsführer des Forensischen Instituts Ostschweiz, Monika Egli-Alge und Meinrad Rutschmann, sowie Prof. Dr. Erik Weber, Dr. Jürgen Knapheide und Dr. Tatjana Voß von der Forensisch-Therapeutischen Ambulanz Berlin. Nach der feierlichen Eröffnung durch Reinald Purmann vom Paritätischen Berlin moderierte Dr. Monika Seifert (Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft) die Veranstaltung mit Podiumsdiskussion.

Eine Vielzahl von Menschen mit geistiger Behinderung lebt seit Jahren im Berliner Maßregelvollzug und hat trotz guter Prognosen kaum Chancen auf Wiedereingliederung in und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Seit Jahren weisen Verbände, Träger der Behindertenhilfe, Rechtsvertreter und Wissenschaftler auf diesen Missstand hin. Auf politischer Ebene wird die Lebenssituation von Menschen mit einer geistigen Behinderung und delinquentem Verhalten jedoch allenfalls am Rande betrachtet und thematisiert.

Keine klaren Zuständigkeiten

Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenhilfe haben Konzepte entwickelt, institutionsübergreifende Arbeitsgemeinschaften gebildet, Petitionen geschrieben und mit dem Senat verhandelt, um die entsprechende sozialpolitische Verantwortung für diese Menschen zu übernehmen und soziale Empfangsräume zu schaffen. Einzelne Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe, die ihre Bereitschaft erklärten, Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Maßregelvollzug aufzunehmen oder sie bereits aufgenommen hatten, wurden von der Senatsverwaltung für Soziales aufgefordert, dies zu unterlassen.

Im Februar 2014 gab es letztmalig zu diesem Thema einen Runden Tisch beim Senat mit Vertretern von Kliniken und der Behindertenhilfe zum Thema »forensische Nachsorge und Übergänge für Menschen mit geistiger Behinderung«. Während die Nachsorge der Forensik strukturell, konzeptionell und finanziell

gesichert ist, verweigert sich das Resort Soziales im Senat, seine Zuständigkeit für diesen Personenkreis anzuerkennen, und verwehrt damit den Betroffenen das Recht auf Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die Folge für diese Menschen ist weiterhin ein zeitlich nicht absehbarer Aufenthalt in der Forensik oder die Entlassung Einzelner in Kranken- und Pflegeeinrichtungen des Gesundheitswesens beziehungsweise in andere Bundesländer.

Gruppentherapie durch interdisziplinäre Zusammenarbeit

Hervorzuheben ist eine seit eineinhalb Jahren bestehende Kooperation in Form eines therapeutischen Gruppenangebots für intelligenzgeminderte Sexualstraftäter. Arbeitspartner sind hier die Forensisch-Therapeutische Ambulanz der Charité, die Sozialtherapeutische Abteilung der JVA Tegel und die HpA Berlin. Das Forensische Institut Ostschweiz, das auf zehnjährige Erfahrung in dem Bereich zurückblickt, unterstützt die Kooperation inhaltlich. Auf der Fachtagung Ende August ließen die Schweizer Kollegen das Publikum eindrucklich an ihren Praxiserfahrungen teilhaben.

Eckhard Busch, Geschäftsführer der HpA Berlin und Dr. Monika Seifert, Vorsitzende der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft.

FOTO: KATHRIN WUNDERER



Teilhabe ist machbar

Ein Ideenkoffer ermöglicht die Einbeziehung in die Assistenzplanung

Als die Minuten am Morgen immer länger wurden, konnte sich Elvira Steiner kaum noch am Frühstückstisch halten: »Wann kann ich endlich ins TagesZentrum gehen?«. Die quälende Wartezeit bis zum ersehnten Beginn des gewohnten Tagesablaufs verursachte schließlich das Schlagen gegen ihren eigenen Kopf – und den Mitarbeitenden der Wohngruppe wurde klar: Frau Steiner möchte an den morgendlichen Abläufen anders teilhaben als durch andauernde Ermahnungen, noch ein bisschen Geduld zu haben.

»Wie können wir Menschen durch eine verständlichere Kommunikation bei der täglichen Umsetzung an der Assistenzplanung besser teilhaben lassen?« lautete deshalb die Leitfrage einer Arbeitsgruppe der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen. Durch die jahrelangen Erfahrungen der Mitarbeitenden entwickelte sich schließlich im Laufe mehrerer Monate ein Ideenpool auf der Grundlage der sieben Lebensbereiche des sogenannten HMB-W-Bogens© von Frau Dr. Heidrun Metzler (Universität Tübingen).

Das Ziel bei der Entwicklung einer kreativen Hilfestellung war es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die individuelle, maßgeschneiderte Kommunikation mit jedem und jeder Einzelnen zu erleichtern. So entstand ein Ideenkoffer, der sich aus Fächern unterschiedlicher Lebensbereiche zusammensetzt und mit Gegenständen gefüllt ist, die zu dem jeweiligen Lebensbereich passen. Zentraler Ansatz dabei ist es, möglichst alle Sinne anzusprechen, um auch diejenigen zu erreichen, die ihre eigene Sprache nur eingeschränkt zielgerichtet einsetzen können – unabhängig davon, ob die Kundinnen und Kunden sprechen können, blind sind oder bei Wartezeiten besonders hohen Stress empfinden.

Zum Beispiel gibt es im Fach »Alltägliche Lebensführung« Düfte wie Orangenöl oder Äpfel auf Tonplättchen, um die Zubereitung unterschiedlicher Getränke und Mahlzeiten zu symbolisieren. Wenn Frau Steiner lernen möchte, ihre eigenen Gefühle, beispielsweise Verärgerung, auszudrücken, stehen gezeichnete Gesichter auf der »Bildtafel der Emotionen« zur Verfügung.

Das Angebot eines solchen konkreten »Ideenpools« erleichtert es den Klienten, eigene kreative Kommunikationswege zu entwickeln – durch Hör-CDs mit Alltagsgeräuschen wie einer laufenden Waschmaschine, mit fotografierten Handlungsabfolgen beim Zähneputzen nach TEACCH oder auch mit konkreten Küchenmaterialien wie Messer und Gabel.



Ein Fach für jeden Lebensbereich

FOTO: ASS BERLIN

Diese zielorientierte Vorgehensweise wurde um das Fach »Persönliche Zukunftsplanung« ergänzt: Mithilfe dieses Werkzeugs werden vor Beginn einer Assistenzplanung zunächst einmal die Träume und Wünsche der Kundinnen und Kunden besprochen. Dabei gibt es die Gelegenheit, auch langgehegte Utopien und ganz persönliche Wünsche zum Ausdruck zu bringen, ohne sich nach einer Assistenzplanung richten zu müssen.

Mittlerweile konnte Elvira Steiner mit einer einfachen Idee aus dem Ideenkoffer die Wartezeit auf die ersehnte Tagesstruktur erleichtert werden: Um ihr die verbleibende Zeit zu verdeutlichen, stellen ihr die Mitarbeiter 40 Minuten vor Ablauf der Wartezeit einen TimeTimer©, auf dem sie die verrinnenden Minuten durch die kleiner werdende rote Fläche nachvollziehen kann. Seitdem kann nicht nur Frau Steiner die Frühstückszeit wieder ganz anders genießen.

Information:

Bei Fragen zum Ideenkoffer wenden Sie sich bitte an Nikolai Wehnelt, Diplom-Psychologe
Tel: 030 47 477 414, NikolaiWehnelt@ass-berlin.org.

Wenn Sie Informationen über die Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen wünschen, wenden Sie sich bitte an Nadja Runge, Tel: 030 47 477 494, NadjaRunge@ass-berlin.org.

Mehr unter ass-berlin.org.

Zugang zu bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum?

Senatsverwaltung beantwortet Anfragen der Piratenfraktion

Zwei Anfragen des Abgeordneten Alexander Spies (Piraten) vom Juli 2014 an den Berliner Senat verdeutlichen die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt gerade für Menschen mit Behinderungen und/oder psychische Erkrankung.

In seiner Anfrage zum Thema »Menschen mit Behinderung auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt« erkun-

digt sich Spies, welche Maßnahmen der Senat ergreife, damit soziale Träger bezahlbaren Wohnraum für ihre Klienten innerhalb des S-Bahn-Rings finden. Laut Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales berichten bezirklichen Psychiatrie- und Suchthilfekoordinatoren von »Schwierigkeiten, für psychisch kranke und/oder suchtkranke Personen geeigneten

und insbesondere bezahlbaren Wohnraum anzumieten.“ Richtig sei, dass sich die Situation insbesondere in den Innenstadtbereichen verschärfe. Daher unterstütze der Senat diverse Träger dabei, „kreative Lösungen zu erarbeiten, die über Erbbaurechtsverträge oder Wohneigentum realisiert werden können.“ Auf die Frage, ob die neu angekündigte Liegenschaftspolitik zur Lösung der Probleme geeignet sei, die Probleme dieser Zielgruppen zu lösen, lautete die Antwort, die 2013 in Kraft getretenen Grundlagen enthielten zwar „sozialpolitische Optionen“, aufgrund der Kürze der Zeit sei eine Bewertung der Wirkung jedoch noch nicht möglich.

Hindernisse für Barrierefreiheit

In der Anfrage zum Thema barrierefreier Wohnraum erkundigt sich Spies nach den Vorgaben des Senats für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften hinsichtlich der Schaffung von barrierefreiem/barrierearmem Wohnraum. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt verweist in ihrer Antwort auf das im September 2012 mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. geschlossene „Bündnis für soziale Woh-

nungspolitik und bezahlbare Mieten“, in dem unter anderem die Anpassung der Wohnungsbestände an die Anforderungen des demografischen Wandels festgelegt wurde. Insbesondere bei Neubau, aber auch bei Modernisierungsmaßnahmen würden die bedarfsgerechte Wohnraum- und Wohnumfeldanpassungen mit berücksichtigt. Grundlage hierfür seien Potenzialanalysen, eine generelle „Vorratswohnungsanpassung“ finde jedoch nicht statt.

Alexander Spies möchte wissen, nach welchen Kriterien die zulässigen Mietmehrkosten für barrierefreie Wohnungen von Grundsicherungsempfängern bemessen werden. Diese müssten stets individuell und unabhängig von den jeweils geltenden Richtwerten für angemessenen Wohnraum bestimmt werden, so die Senatsverwaltung.

Information:

Die Anfragen sowie die vollständigen Antworten können Sie nachlesen unter piratenfraktion-berlin.de/fraktion/abgeordnete/alexander-spies.

Jugendkultur ohne Barrieren

Bei IN_Cultures setzen Jugendliche mit und ohne Behinderung eigene Projekte um

Die Diskussion über Inklusion konzentriert sich in Deutschland bislang auf den Besuch von Regelschulen durch Kinder- und Jugendliche mit Behinderung. Dabei kann angenommen werden, dass für die Betroffenen nicht ausschließlich die Schule im Zentrum ihres Interesses steht. So begeistern sich zum Beispiel Kinder- und Jugendliche mit sonderpädagogischen Förderbedarf ebenso für Jugendkulturen wie ihre Altersgenossen.

Doch über das Hören von Rap-Songs und das Anschauen von Videoclips auf Youtube hinaus selbst aktiv zu werden, ist für sie oftmals kaum vorstellbar. Wie sollen akrobatische Kunststücke vollbracht werden, wie es die Skateboarder oder die Parcourläuferinnen und -läufer machen, wenn man schon im Alltag Schwierigkeiten hat, die zahlreichen Barrieren der Stadt zu überwinden? Wie können Reime formuliert und gerappt werden, wenn man schon Probleme hat, die Artikel in der Tageszeitung zu verstehen?

Der Verein cultures interactive aus Neukölln, der sich bereits seit einigen Jahren der Jugendkulturpädagogik widmet, nimmt sich diesen und ähnlichen Fragen im Rahmen des neuen Projekts »IN_Cultures« an. Das Projekt wird durch die Aktion Mensch gefördert. Gemeinsam mit betroffenen Jugendlichen sollen die bislang erprobten jugendkulturellen Workshops gezielt an die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung angepasst werden.

Darüber hinaus werden bis 2017 in Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow Jugendliche mit und ohne Behinderung eigene jugendkulturelle Projekte entwickeln und umsetzen. Die Themen setzen die Jugendlichen selbst, je nachdem, welche Interessen und Vorerfahrungen vorhanden sind. So kann zum Beispiel ein regelmäßiges Radioprogramm entstehen, in dem die Lebenswelten der verschiedenen Jugendlichen in den Fokus gerückt werden. Oder der eigene Sozialraum wird mit seinen architektonischen und sozialen Barrieren durch eine Parcourgruppe neu entdeckt und in Videoclips dokumentiert. Möglich wäre auch, dass



Jugendkultur-Workshop von IN_Cultures

FOTO: CULTURES INTERACTIVE E.V.

die Jugendlichen ein Hip-Hop-Festival auf die Beine stellen, auf dem Künstlerinnen und Künstler mit und ohne Handicap gemeinsam auftreten. Unabhängig davon, welche der zahlreichen Möglichkeiten letztendlich realisiert wird: Begleitet werden sie von Mitarbeitenden des Vereins, die über langjährige Erfahrungen mit der jeweiligen Jugendkultur verfügen.

FLORIAN WAGENER, CULTURES INTERACTIVE E.V.

Information:

Organisationen oder Einzelpersonen, die sich an dem Projekt beteiligen möchten, können sich gerne an den Projektkoordinator Florian Wagener wenden: Tel. 030 604 019 51, fwagener@cultures-interactive.de. Mehr Informationen unter cultures-interactive.de/konzept-incultures.html.

Prädikat besonders wirkungsvoll!

Kulturloge Berlin erhält Phineo-Wirkt-Siegel für gelungene soziale Inklusion



Verleihung des Wirkt-Siegels an Angela Meyenburg und Andreas Dobrowohl, Kulturloge Berlin e.V.

FOTO: PHINEO

MIGRATION

Kulturelle Vielfalt für den Pflegebereich Zertifikatsfeier des IBBC für Pflege-Vorbereitungskurs

Zweisprachige Auszubildende mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund für den Pflegebereich zu gewinnen, ist das Ziel des Projekts »Vorbereitungskurs im Pflegebereich«, des Interkulturellen Beratungs- und Begegnungs-Centrums IBBC e.V. Durch die Zusammenarbeit mit dem Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH beinhaltet der Vorbereitungskurs auch einen praktischen Teil: Den Teilnehmenden stehen für drei Monate ein Praktikumsplätze in einem der Vivantes-Häuser zur Verfügung. Das Projekt führt junge Menschen mit Migrationshintergrund an den Pflegeberuf heran und bereitet sie auf den Einstellungstest bei Vivantes vor. Die Senatsverwaltung



für Arbeit, Integration und Frauen finanziert die beispielhafte Kooperation. Am 29. August wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Kurses mit einem kleinen Festakt in den Räumen des IBBC verabschiedet. Mit dabei waren je eine Vertreterin der Senatsverwaltung und von Vivantes sowie der Stadtrat und stellvertretende Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Falco Liecke. Der Politiker ist Mit-Initiator des Projektes und zeigte sich begeistert von dessen Wirkung: »Der Vorbereitungskurs im Pflegebereich gibt jungen Menschen eine klare Perspektive – und die Aussicht auf einen sicheren Arbeitsplatz in der Pflege«, sagte er, während er 28 Zertifikate an die überglücklichen und hoch motivierten Absolventinnen und Absolventen überreichte.

FOTO: IBBC

Das gemeinnützige Analysehaus Phineo hat mit Unterstützung der Bundesliga-Stiftung und der Sir Peter Ustinov Stiftung bundesweit die Wirksamkeit gemeinnütziger Organisationen im Hinblick auf die Umsetzung sozialer Teilhabe von Menschen mit Behinderung geprüft. Die Kulturloge Berlin und 14 weitere Organisationen wurden auf dem Kongress »Gemeinsam – jederzeit und überall« am 12. September in Berlin für ihre herausragende Arbeit mit dem Wirkt-Siegel ausgezeichnet.

Die Kulturloge Berlin setzt sich seit 2010 für soziale Teilhabe ein, indem sie freie Kulturplätze an Menschen mit geringen Einkünften vergibt. Mit monatlich 2.700 vermittelten Kulturplätzen hat sich der gemeinnützige Verein eine wichtige Position in der Berliner Kulturlandschaft erobert. Eine wesentliche Stärke der Kulturloge Berlin ist ihre Fähigkeit, verschiedene Akteure für ihre Idee zu begeistern und miteinander zu vernetzen.

Das Phineo-Wirkt-Siegel bestätigt: Das soziale Engagement der Kulturloge Berlin wirkt auf unterschiedlichen Ebenen. Denn nicht nur die finanzielle Situation verhindert oft den Kunst-

genuss. In Kooperation mit sozialen Partnern ermöglicht die Kulturloge Berlin auch Menschen mit Behinderung die selbstbestimmte Teilhabe an Kultur. Gäste mit geringem Assistenzbedarf können unabhängig von Gruppen kulturelle Veranstaltungen mit einer Begleitung ihrer Wahl besuchen. 248 Einzelgäste haben sich 2013 über Partnereinrichtungen der Behindertenhilfe bei der Kulturloge Berlin angemeldet und nutzen regelmäßig das kulturelle Angebot. Und die Nachfrage steigt stetig an.

Phineo ist ein gemeinnütziges Analyse- und Beratungshaus für wirkungsvolles gesellschaftliches Engagement. Mit Wirkungsanalysen, einem kostenfreien Spendensiegel, Publikationen, Workshops und Beratung unterstützt Phineo gemeinnützige Organisationen und Investoren wie Stiftungen oder Unternehmen dabei, sich noch erfolgreicher zu engagieren. Mit der Verleihung des Phineo-Wirkt-Siegels möchte das Beratungshaus zu mehr Unterstützung und langfristiger Förderung gemeinnütziger Projekte ermutigen.

Information:

Weitere Informationen auf kulturloge-berlin.de und phineo.org.

STADTTEILARBEIT

Rückblick auf ein Jahr Stadtteilarbeit, Bildung und Kultur

Geschäftsbericht 2013/14 des Nachbarschaftshauses Urbanstraße e.V. veröffentlicht

Wollen Sie mehr über das Nachbarschaftshaus Urbanstraße, über die Arbeit und das Engagement der Mitarbeitenden und Freiwilligen erfahren? Dann lesen Sie im neuen Geschäftsbericht 2013/2014 des Trägers der Stadtteilarbeit, Selbsthilfe und des Freiwilligenengagements. In Kürze steht er zum Download auf der neu gestalteten Internetseite des Trägers nachbarschaftshaus.de bereit.



Gemeinsam Verantwortung im Bezirk übernehmen

Stadtteilzentrenvertrag im Rathaus Lichtenberg unterzeichnet



Dr. Gabriele Schlimper und der Bezirksbürgermeister Andreas Geisel geben ihre Unterschrift

FOTO: NINA PERETZ

Der Bezirk Lichtenberg hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Viele Menschen sind aus anderen Bezirken zugezogen, die Geburtenzahlen steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt. Gleichzeitig sind Teile des Bezirks weiterhin von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen betroffen. Es gibt also trotz der positiven Entwicklung Handlungsbedarf. Um den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu sichern, die Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu verbessern und den Bürgern im Stadtteilen möglichst viel aktive Teilhabe zu ermöglichen, hat der Bezirk nun die Ausgestaltung der Stadtteilarbeit in einem bezirklichen Stadtteilzentrenvertrag festgehalten. Der Vertrag wurde zusammen mit einem Rahmenkonzept für Bezirkliche Stadtteilkoordination zur Sicherung von Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit am 30. September im Ratssaal des Rathauses Lichtenberg von Vertreterinnen und Vertretern der bezirklichen Kooperationspartner unterzeichnet: Darunter waren Andreas Geisel (Bezirksbürgermeister), Lutz Neumann (Geschäftsführer des Jobcenters Lichtenberg), Dr. Gabriele Schlimper (Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke des Paritätischen Berlin), Jens H. Ahrens (Geschäftsführer der AWO Berlin), Torsten Silberbach (Vorstand der Stephanus-Stiftung Berlin) und Birgit Monteiro (Geschäftsführerin des Verbands für sozial-kulturelle Arbeit e.V.).

Zielsetzung: Qualität und Wirkung

Ziel des Vertrags ist eine noch bessere Vernetzung und Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern, von Initiativen, Projekten und anderen Akteuren im Bezirk, beispielsweise durch

Kooperationsverträge mit Schulen, Bibliotheken und Volkshochschule. Im Bezirk Lichtenberg arbeiten in fünf Prognoserräumen mit insgesamt 13 Stadtteilen sieben Träger mit Stadtteilzentren an einem oder mehreren Standorten. »Wir wollen noch qualitäts- und wirkungsorientierter arbeiten als bisher und zusätzlich einen Blick über den Horizont der Bezirksgrenzen werfen«, so Bürgermeister Andreas Geisel.

Der Bezirk will auf bereits vorhandenen Strukturen der Stadtteilzentren aufbauen und durch eine Neuorganisation Anlaufstellen für Bürger, Bürgerinnen und Zentren des bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagements schaffen. Die einzelnen Stadtteilzentren werden vom Bezirk finanziell gefördert, es werden Finanzmittel in Höhe von 425.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Durch Zielvereinbarungen zu Schwerpunkten, Leistungen und Indikatoren mit den einzelnen Stadtteilzentren wird die Wirkungsorientierung der Aktivitäten sichergestellt. Dabei soll die Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt der bezirklichen Arbeit stehen. »Es ist wichtig, dass wir durch den Stadtteilzentrenvertrag das sozialräumliche Denken in Lichtenberg gemeinsam weiter voranbringen«, sagte Dr. Gabriele Schlimper vom Paritätischen Berlin. Sie freue sich, anstehende Aufgaben im Bezirk gemeinsam anzugehen – auf finanzieller Ebene, aber auch bei vielen inhaltlichen Fragen.

Information:

Mehr über die Lichtenberger Stadtteilzentren unter berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/gemeinwesen/gemeinwesen013.html.

Ein Jubiläum mit 66 Ereignissen, Einblicken und Eindrücken Jahrbuch von Mittelhof e.V. zum Jubiläumsjahr 2013

Der Mittelhof e.V. hat 2013 sein 66-jähriges Bestehen gefeiert. Der sozialräumlich arbeitende Träger ist mit über 200 Mitarbeitenden an mehr als 20 Standorten aktiv, von der Kindertagesbetreuung über die Familienberatung bis hin zur Seniorenarbeit.

Im Jahrbuch 2013 gibt der Mittelhof e.V. einen Rückblick auf ein Jahr, das er ganz im Sinne seines 66-jährigen Jubiläums gestaltet hat. 66 eigens aus diesem Anlass geplante Ereignisse und



Veranstaltungen gaben Einblicke in die Arbeitsbereiche des Mittelhof. Ein kleiner Ausschnitt wurde in diesem Heft festgehalten.

Mehr über die Arbeit des Mittelhof e.V. erfahren Sie zudem auf der 2013 neu gestalteten Website mittelhof.org. Dort finden Sie auf der Startseite den Link zum Jahrbuch 2013 und Programm des zweiten Halbjahrs 2014 zum Download.

Pflege digital dokumentiert und ausgewertet

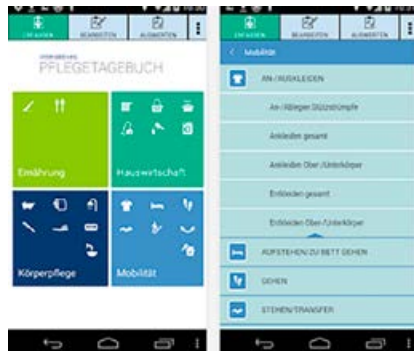
Neue App »Interaktives Pflegetagebuch« erleichtert Pflegedokumentation

Eine zunehmende Pflegebedürftigkeit von Menschen in der Häuslichkeit lässt zwangsläufig auch Fragen zur Finanzierung aufkommen. Die Pflegekosten werden innerhalb eines begrenzten Rahmens von der Pflegeversicherung übernommen. Dies gilt jedoch nur dann, wenn dem oder der Pflegebedürftigen eine Pflegestufe zuerkannt wurde.

Vor der Beantragung einer Pflegestufe empfehlen Pflegeversicherungen und der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) eine zweiwöchige Dokumentation pflegerischer Verrichtungen in einem Pflegetagebuch. Diese Dokumentation wird anschließend in die persönliche Begutachtung der pflegebedürftigen Person und damit in die Einschätzung einer möglichen Pflegestufe einbezogen.

Mit der App »Interaktives Pflegetagebuch« ist diese Dokumentation nun auch digital möglich. Die App verschafft schnell einen Überblick über den benötigten Zeitaufwand für pflegerische und hauswirtschaftliche Unterstützungsleistungen und dient damit als Basis, um eine mögliche Pflegestufe einzuschätzen.

Die App ist einfach zu bedienen und bietet eine Vielzahl hilfreicher Funktionen: Neben dem Erfassen und Bearbeiten



pflegerischer und hauswirtschaftlicher Verrichtungen hilft das »Interaktive Pflegetagebuch« durch eine Vollständigkeitsprüfung, den Überblick über alle erforderlichen Daten zu behalten. Weiterhin gibt sie Orientierungswerte zu einzelnen Verrichtungen an und unterstützt dabei, ein Gespür für die selbst geleistete Pflege zu bekommen.

Nach der Dokumentation ist es möglich, provisorisch eine mögliche Pflegestufe einzuschätzen, so dass ersichtlich wird, in welchem Bereich sich die pflegebedürftige Person befindet und welche Unterstützungsleistungen aus der Pflegeversicherung zu erwarten sind. Um weitere Familienmitglieder oder andere an

der Pflege beteiligte Menschen an der Dokumentation teilhaben zu lassen, kann die Auswertungsdatei schnell und einfach im pdf-Format auf dem Smartphone gespeichert oder über Mail, SMS oder andere Programme versendet werden. Ist die pflegebedürftige Person dement oder weist eine psychische oder geistige Störung auf, hilft das interaktive Pflegetagebuch dabei, die Alltagskompetenz einzuschätzen und gegebenenfalls zusätzliche Betreuungsleistungen zu beantragen. Alles Wissenswerte im Zusammenhang mit der Beantragung einer Pflegestufe ist über ein Hilfemenü zugänglich, in dem ein Fundus an wissenswerten Hintergründen von der Beantragung der Pflegestufe bis zum Besuch des Medizinischen Dienst der Krankenkassen zur Verfügung steht.

Die App »Interaktives Pflegetagebuch« wurde von der Töchter & Söhne GmbH in Kooperation mit StadtRand gGmbH erstellt. Die Siemens-Betriebskrankenkasse hat die Entwicklung unterstützt.

Information:

Die App ist für Smartphones mit Android-Betriebssystem kostenlos im Google PlayStore erhältlich: play.google.com
Mehr zur Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstelle Mitte, StadtRand gGmbH, unter stadtrand-berlin.de.

Lautstark und öffentlich Unmut geäußert

Pflegekräfte demonstrieren gegen die AOK Nordost



Mit Pfiffen und Rufen gegen die Klage der AOK Nordost

FOTO: JAN HAMBURA

Gutes Geld für gute Pflege!«, skandierten rund 200 Pflegekräfte vor dem Eingang des Konferenzentrums des Bundeswirtschaftsministeriums. Dorthin hatten Wirtschaftsminister

Sigmar Gabriel und Gesundheitsminister Hermann Gröhe am 5. September hochrangige Vertreter der Gesundheitsbranche zur Bundesgesundheitskonferenz eingeladen. Mit lauten Pfiffen und Rufen wie »AOK – nicht für Pflege da!« unterstützten die demonstrierenden Pflegekräfte die Aktion »AOK Nordost knallhart gegen Pflege« der Berliner Wohlfahrtsverbände.

Mit der Aktion kritisieren die Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas, DRK, Diakonie und der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Klage der AOK Nordost gegen einen Schiedsspruch. Dieser erkannte die tariflich orientierte Bezahlung bei den gemeinnützigen Anbietern an und forderte die AOK Nordost zu einer entsprechenden Refinanzierung auf. Denn die Höhe der Entgelte, die ein Pflegedienst für eine

bestimmte Pflegeleistung bekommt, wird nicht von der Politik festgelegt. Vielmehr müssen die Anbieter der Pflegeleistungen, hier die Berliner Wohlfahrtsverbände, mit den Krankenkassen verhandeln. Den gemeinnützigen Pflegediensten wurden durch den Schiedsspruch Nachzahlungen in Höhe der Lohnentwicklung im Gesundheitsbereich zugesprochen. Dem gingen jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen mit der AOK Nordost voraus. Doch nun klagt die Krankenkasse gegen die Entscheidung.

Auf knallhart-gegen-pflege.de haben deshalb bereits über 400 Menschen Frank Michalak, dem Vorstandsvorsitzenden der AOK Nordost, »#Esreicht« gesagt und ihn dazu aufgefordert, die Klage gegen den Schiedsspruch zurückzunehmen.

Wo sich Generationen begegnen

Wohnangebot »Haus am Beerenpfuhl« eröffnet



Evelin Miel, Pflegewohnzentrum Kaulsdorf-Nord, und Rainer Rühlemann, Jugendwerk Aufbau Ost, nehmen die Begegnungen der Generationen gemeinsam in die Hände.

FOTO: HILMAR RANSCH

Die Pflegewohnzentrum Kaulsdorf-Nord gGmbH eröffnete am 22. August ihre neueste Einrichtung, das Haus am Beerenpfuhl, Wohnen und Pflege unter einem Dach. An der feierlichen Einweihung nahmen rund 120 Gäste teil, darunter der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksbürgermeister Stefan Komoß und die Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Dagmar Pohle. Der fünfgeschossige Neubau liegt am östlichen Rand Berlins an der Grenze zu den Brandenburgischen Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland. Den größten Teil der Einrichtung belegen Wohnangebote – einerseits Wohnungen mit ein oder zwei Zimmern für Service-Wohnen, andererseits großzügige Wohnungen mit der Möglichkeit, Wohngemeinschaften zu bilden. Das Hauptaugenmerk liegt auf Angeboten für Senioren, so stehen vier der sechs Wohngemeinschaften pflegebedürftigen Älteren offen.

Alt und Jung begegnen sich

Da ein wichtiger Gedanke bei der Planung darin besteht, dass das Haus ein Zentrum der Begegnung unterschiedlicher Generationen wird, sind zwei Wohngemeinschaften für jüngere erwachsene Pflegebedürftige vorgesehen. Aus Gesprächen mit Pflegestützpunkten und anderen Partnern in der Anlaufphase war zu erfahren, dass der Bedarf mindestens für zeitweilige Pflege- und Wohnunterstützung außerhalb des elterlichen oder Familienhaushalts vorhanden ist. Eine Belastung, die beispielsweise in jungen Familien durch Pflegebedürftigkeit entsteht, muss oftmals mitbedacht werden – diese kann durch Wohnangebote verringert werden.

Die pflegerische Versorgung in den Wohnangeboten erfolgt ambulant. Jede Mieterin und jeder Mieter ist frei in der Wahl seiner Dienste. Eine umfassende Beratung zu den Angeboten, den Voraussetzungen und allen anderen Umständen ist selbstverständlich, auch wenn Anfragende an stationär ausgerichtete Angebote verwiesen werden. Das Haus am Beerenpfuhl wird von

pflegerischer Seite komplettiert durch eine Tagespflege mit 14 Plätzen und eine Kurzzeitpflege mit zwölf Plätzen. Gerade für letztere ist im Umfeld ein großer Bedarf da, denn noch bevor die offizielle Eröffnung verkündet wurde, meldeten sich bereits Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen aus Berlin und Brandenburg mit dringenden Anfragen. Offensichtlich gleicht dieses Angebot also einen gravierenden Mangel teilweise aus.

Kinderlachen und Öffnung ins Quartier

Die verschiedenen Generationen werden sich aber nicht nur durch die Wohn- und pflegerischen Angebote begegnen. Anfang Oktober eröffnet ein Kooperationspartner, die Jugendwerk Aufbau Ost JAO gGmbH, im Erdgeschoss eine Kindertagesstätte mit etwa 22 Plätzen. Leuchtende Augen bei bereits eingezogenen Mietern, insbesondere Senioren, gibt es schon jetzt. Außerdem wird das Haus am Beerenpfuhl Auswirkungen auf das Quartier rund um die Hellersdorfer Promenade haben: Demnächst wird die jährliche Bürgerversammlung des Quartiersmanagements im Haus stattfinden, das für solche Zwecke über einen Saal mit rund 100 Sitzplätzen verfügt. Daneben wird demnächst ein Café/Bistro Gäste empfangen, was schon reges Interesse bei den ersten Hausbesuchern hervorgerufen hat.

Am Tag nach der Eröffnung lud das Haus am Beerenpfuhl zum ersten Tag der offenen Tür, der sogar von noch mehr Besuchern genutzt wurde. An der Wohnungsnachfrage war und ist zu erkennen, wie viele pflegebedürftige Menschen, insbesondere Ältere, mit ihrer Wohnsituation nicht zufrieden sind, wenn beispielsweise die Barrierefreiheit nicht so gegeben ist, wie es die körperliche oder mentale Verfassung erfordert. Die Geschäftsführerinnen Evelin Miel und Marina Meyer sind sich sicher: Das Haus am Beerenpfuhl, Wohnen und Pflege unter einem Dach, ist eine wegweisende und zukünftige Alternative zur Pflege im Heim.

HERBERT GROSSMANN, PFLEGEWOHNZENTRUM KAULSDORF-NORD GGMHB

Auch Tote haben Anspruch auf Urlaub

Informationen der Paritätischen Tarifgemeinschaft

Vom Urlaubsanspruch Verstorbener profitieren die Erben. Nicht genutzte Tage müssen Arbeitgeber auszahlen, so der EuGH. Geklagt hatte eine Witwe, deren Mann 141 Urlaubstage nicht genutzt hatte.

Stirbt ein Beschäftigter, bevor er seinen gesetzlichen Jahresurlaub genommen hat, muss der Arbeitgeber den Erben die Urlaubstage auszahlen. »Der Urlaubsanspruch geht mit dem Tod nicht unter«, begründete der Europäische Gerichtshof (EuGH). Im aktuellen Fall hatte die Witwe eines Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen geklagt, weil ihr Mann wegen einer schweren Erkrankung über längere Zeit nur mit Unterbrechungen arbeitsfähig war und bis zu seinem Tod 140,5 offene Urlaubstage an-

gesammelt hatte. Die muss der Arbeitgeber nun der Witwe auszahlen.

Den Fall hatte das Landesarbeitsgericht Hamm dem EuGH vorgelegt, weil es von der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das die Erben bislang leer ausgehen ließ, nicht überzeugt war. Nun betonte der EuGH, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub »ein besonders bedeutsamer Grundsatz des Sozialrechts« sei. Die Auszahlung von Resturlaub nach dem Tod eines Arbeitnehmers stelle deshalb »die praktische Wirksamkeit des Urlaubsanspruchs sicher«: Der Tod »darf nicht rückwirkend zum vollständigen Verlust des Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub führen«, heißt es im Urteil.

Kein Anspruch auf Abschluss eines Folgevertrages für befristet eingestelltes Betriebsrats-Mitglied

Informationen der Paritätischen Tarifgemeinschaft

Auch die Arbeitsverträge von Betriebsratsmitgliedern können nach Maßgabe des Paragraphen 14 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) wirksam ohne Sachgrund befristet werden. Die Weigerung des Arbeitgebers, nach Ablauf der Befristung mit dem Betriebsratsmitglied einen Anschlussvertrag abzuschließen, stellt nur dann eine unzulässige Benachteiligung dar, wenn sie wegen der Betriebsrats-tätigkeit erfolgt. Nur dann besteht ein Anspruch auf Abschluss eines Folgevertrages.

Nach Paragraph 14 Abs. 2 Satz 1 TzBfG ist die Befristung eines Arbeitsvertrags auch ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig. Bis zu dieser Gesamtdauer ist auch die höchstens dreimalige Verlängerung zulässig. Wie der Siebte Senat des Bundesarbeitsgerichts bereits mit Urteil vom 5. Dezember 2012 (- 7 AZR 698/11 -) entschieden hat, gilt das auch für Betriebsratsmitglieder. Deren Betriebsratsamt steht der Anwendung des TzBfG nicht entgegen. Nach Paragraph 78 Satz 2 Betriebsverfassungsgesetz dürfen aber Betriebsratsmitglieder wegen ihrer Tätigkeit nicht benachteiligt oder begünstigt werden. Eine hiernach verbotene Benachteiligung liegt vor, wenn dem Betriebsratsmitglied im Anschluss an die Befristung wegen seiner Betriebsrats-tätigkeit der Abschluss eines Folgevertrags verweigert wird. Das Betriebsratsmitglied hat dann gegen den Arbeitgeber einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf Abschluss eines entsprechenden Vertrags. Im

Prozess liegt die Beweislast für eine unzulässige Benachteiligung bei dem Betriebsratsmitglied, das sich darauf beruft. Legt es Indizien dar, die für eine Benachteiligung wegen der Betriebsrats-tätigkeit sprechen, muss sich der Arbeitgeber hierauf konkret einlassen und die Indizien gegebenenfalls entkräften.

Das Bundesarbeitsgericht wies die Befristungskontrollklage sowie die hilfsweise auf Abschluss eines Folgevertrags gerichtete Klage eines Betriebsratsmitglieds ab. Die Klägerin war zunächst sachgrundlos befristet eingestellt worden. Danach wurde sie in den Betriebsrat gewählt. Später wurde ihr Vertrag befristet verlängert. Nach dessen Ablauf lehnte die Beklagte den Abschluss eines weiteren Vertrags ab. Die Klägerin sah darin eine unzulässige Benachteiligung wegen ihrer Betriebsrats-tätigkeit. Die Beklagte bestritt dies. Die vom Landesarbeitsgericht vorgenommene Gesamtwürdigung, die Klägerin sei nicht wegen ihrer Betriebsrats-tätigkeit benachteiligt worden, war nicht zu beanstanden.

BUNDESARBEITSGERICHT, URTEIL VOM 25. JUNI 2014 – 7 AZR 847/1

Wegen rechtlicher Fragen oder einer ersten kostenfreien Beratung können sich Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin wenden an die:

Paritätische Tarifgemeinschaft e. V. – Geschäftsstelle Berlin
Rechtsanwalt Gerd Luttmann | Kollwitzstr. 94–96 | 10435 Berlin
Telefon 030 423 8806 | Fax 030 3159 1929 | info@ptg-berlin.org
ptg-berlin.org

Versicherungsschutz von freiwillig Engagierten

Bei der BGW nachgefragt

Das bürgerschaftliche Engagement in seiner Vielfalt bedingt einen flexiblen Versicherungsschutz. Doch sind ehrenamtlich Engagierte in Organisationen automatisch unfallversichert, und wie ist es mit Helferinnen und Helfern bestellt, die einen sporadischen ehrenamtlichen Beitrag leisten, beispielsweise bei kurzzeitigen Aktionen? Der Paritätische hat bei der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) nachgefragt, dem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für nicht-staatliche Einrichtungen im Gesundheitsdienst und der Wohlfahrtspflege. Der Versicherungsschutz von freiwillig Engagierten ist im SGB VII (Gesetzliche Unfallversicherung) selbst begründet, dort sind explizit genannt: »... versichert sind die unentgeltlich im Gesundheitswesen oder in der Wohlfahrtspflege tätigen Personen (§2 Abs.1 Nr.9 SGB VII).« Der Versicherungsschutz gegen die Folgen von Arbeits- und Wegeunfällen sowie Berufskrankheiten gilt auch dann, wenn eine Organisation gar keine fest angestellten Mitarbeiter bei der BGW versichert hat. Versichert sind alle das Ehrenamt betreffenden Tätigkeiten (einschließlich der damit verbundenen notwendigen Wege), wenn diese im Zweck der Organisation verankert sind, beispielsweise in der Satzung.

Leistungen im Versicherungsfall sind:

- die Übernahme der Kosten für eine individuell abgestimmte medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation
- Zahlung von Verletztengeld als Ersatz für den Verdienstausfall während der medizinischen Rehabilitation
- Absicherung der Versicherten im Fall einer Minderung der Erwerbsfähigkeit mit einer Rente
- im Todesfall Sorge für die Hinterbliebenen durch – je nach Sachlage – Zahlung von Renten, Sterbegeld, Überführungskosten oder Beihilfen

Die Bewertung des Versicherungsschutzes erfolgt generell im Einzelfall des Schadens.

Unfallgeschehen, bspw. von Helferinnen und Helfern, die an einem Aktionstag helfen, sind nicht versichert, wenn die Organisation diese Form der Tätigkeit nicht im Zweck der Organisation verankert ist. Die BGW empfiehlt Organisationen, die außerhalb ihres Zwecks mit freiwillig Engagierten arbeiten möchten, eine freiwillige Versicherung abzuschließen.

Mehr unter bgw-online.de/DE/Leistungen/Beitrag/Versicherung/Soziales-Engagement/Ehrenamt.html

Beratungstermine der Servicestelle für Zuwendungsrecht und Finanzen

Angebot für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin

Die Servicestelle bietet regelmäßig Gruppenberatungen von etwa zwei Stunden an. Hier haben Sie die Gelegenheit, Lösungen für Probleme und Konflikte mit den Zuwendungsgebern zu erhalten. Die Gruppenberatungen haben jeweils ein Schwerpunktthema. Hier können Sie Ihr Wissen erweitern und im Austausch mit anderen Projektmitarbeitern andere Verfahrensweisen kennenlernen. Das Schwerpunktthema nimmt etwa ein Viertel der Zeit pro Gruppenberatung in Anspruch, die restliche Zeit bleibt für die Besprechung ihrer Themen.

Für die Gruppenberatungen in 2014 gibt es bisher folgende Termine und Themen:

14. Oktober 2014, Thema: Freud und Leid mit der Antrags- und Abrechnungssoftware – unter anderem Möglichkeiten, Daten zu importieren, zum Beispiel aus der Kostenstellenübersicht

4. November 2014, Thema: Inventarisierung ab 1 Euro, ab 150 Euro, ab 400 Euro, Bindungsfristen bei Gegenständen, sonstige Fristen

4. Dezember 2014, Thema: Die „neue“ EU-Förderperiode (ESF und EFRE), Sachstand Berlin und Bund, was bei den Anträgen zu beachten ist.

Je Gruppenberatung können maximal 15 Teilnehmer zugelassen werden.

Sollten Sie entgegen Ihrer Anmeldung aus irgendeinem Grund nicht an einer Gruppenberatung teilnehmen können, bitten wir Sie, uns

mindestens 24 Stunden vorher abzusagen, damit wir Nachrücker von der Warteliste informieren und eine Teilnahme ermöglichen können. Weiterhin kann pro Träger nur noch ein Teilnehmer an den Beratungen teilnehmen. Dadurch geben Sie auch anderen Trägern die Chance, bei einer Gruppenberatung dabei zu sein. Wir möchten damit sicherstellen, dass die Beratungsangebote auch weiterhin für Sie kostenlos bleiben.

Die Gruppenberatungen finden jeweils von 9:00 bis 11:00 Uhr (Ausnahmen möglich) im Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V., Holsteinische Str. 30 in 12161 Berlin statt.

Sollten sich aus aktuellem Anlass die Themen ändern, würden wir Sie rechtzeitig informieren. Bitte richten Sie Ihre Anmeldung per Mail an b.gardt@sozkult.de.

Die Bestätigung erfolgt ausschließlich per Mail.

Trägereinzelberatungen

Diese finden in der Regel im Anschluss, an die Gruppenberatungen ebenfalls im Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. statt. Hier können Sie sich zu konkreten Fragen rund um die Themen Zuwendungsrecht und Finanzen beraten lassen. Selbstverständlich bieten wir im Bedarfsfall auch Einzelberatungen außerhalb der festgelegten Termine an.

Bitte wenden Sie sich für die Vereinbarung eines Einzelberatungstermins an Frau Herkströter: b.herkstroeter@t-online.de.

Die Servicestelle für Zuwendungsrecht und Finanzen ist gefördert durch den Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. und den Paritätischen Berlin. Weitere Informationen finden Sie auf stadtteilzentren.de/servicestelle und im Förderwiki unter stadtteilzentren.de/servicestelle-wiki.

Herzlich willkommen in der Schule! Ratgeber für Eltern der Schulanfänger zum Schulbeginn 2015

Wenn ein Kind in die Schule kommt, beginnt ein neuer Lebensabschnitt – für die Kinder selbst, aber auch für ihre Eltern. Was sollten Familien beim den Schulanfang beachten? Wie bereiten sie sich und das Kind am besten auf den



Schulalltag vor? Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hat zum Schulbeginn 2015 einen »Ratgeber für Eltern der Schulanfänger« herausgegeben, der dabei hilft, viele Fragen rund um die Grundschule zu beantworten: Zur Ganztagsgrundschule, zu ergänzender Förderung, Zurückstellung von der Schulpflicht, zum sicheren Schulweg oder zur gesunden Verpflegung an Berliner Ganztagschulen.

In dem Ratgeber finden Sie unter anderem Hinweise auf die rechtlichen Grundlagen und eine Liste der Schulen mit speziellen Angeboten, die Sie abweichend von Ihrer Einzugschule wählen können. Die Broschüre erscheint jährlich und erreicht die Eltern der angehenden Schulanfänger über die Kitas.

Laden Sie den Ratgeber unter berlin.de/sen/bildung/bildungswege/grundschule herunter.

SCHULE

Zukunftschancen durch Bildung eröffnen

Stiftung Bildung legt ihren ersten Jahresbericht vor

Die Stiftung Bildung engagiert sich für beste Bildung für Kinder und Jugendliche und die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements aller Generationen für Bildung. Sie fördert Partizipation und Vielfalt in der Bildung. Über das bundesweite Netzwerk der Fördervereine an Schulen und Kindergärten wirkt sie direkt an der Basis und lässt Ideen vor Ort Wirklichkeit werden.

Die Stiftung wurde im September 2012 von Engagierten und Mitgliedern der Verbände schulischer und vorschulischer Fördervereine in Berlin gegründet. Jetzt wurden die Aktivitäten

der Stiftung Bildung erstmals im Jahresbericht 2012/2013 zusammengefasst, der über den Zeitraum von der Gründung bis zum 31. Dezember 2013 Auskunft gibt. Der Bericht wurde in Anlehnung an die Empfehlungen des Social Reporting Standard (SRS) erstellt und informiert darüber, wie der in der Satzung festgelegte Stiftungszweck im Berichtszeitraum verwirklicht wurde.

Information:

Laden Sie den Bericht herunter unter stiftungbildung.com/index.php/was-tun-wir/jahresberichte.html.



Brandmauer gegen die soziale Armut

Soziale Infrastruktur als gesellschaftliche Aufgabe

Berlin wächst und das ist gut so. Den Wandel der »wachsenden Stadt« Berlin sozial zu gestalten, ist nicht nur eine Herausforderung für den Berliner Senat und für das Parlament, sondern vieler Akteure, so zum Beispiel vor allem der Organisationen der Wohlfahrtspflege. Denn es gilt, die notwendige soziale Infrastruktur der Stadt zu sichern.

Gesundes Wachstum Berlins

Immer mehr (vor allem junge) Menschen ziehen in die Stadt, die Wirtschaft entwickelt sich positiv, der Tourismus brummt, Start-ups »erblühen«, der Arbeitsmarkt stabilisiert sich und gleichzeitig wächst – unter anderem wegen einer besseren medizinischen Versorgung – der Anteil der älteren Bevölkerung. Dennoch kommt diese positive Entwicklung nicht bei allen Menschen an. Dauerhaft Erwerbslose fühlen sich abgehängt und brauchen eine Perspektive!

Es ist ein großer Erfolg, dass die Berliner Wirtschaft in den letzten Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt gewachsen ist. Im letzten Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in Berlin 1,2 Prozent, während die Wirtschaft im Bund um 0,8 Prozent wuchs. Das führte zu einer Zunahme der Erwerbstätigen um 1,4 Prozent auf rund 1,8 Millionen. Kein anderes Bundesland kann solch eine positive Beschäftigungsentwicklung verzeichnen! Dies ist eine Folge des starken Wachstums im Dienstleistungsbereich, der 2013 um 2,2 Prozent zunahm. Die Arbeitslosigkeit ist damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Vor allem wächst in Berlin der Bereich der Finanz-, Versicherungs- und Wohnungswirtschaft. Seit der Wiedervereinigung ist enorm viel Kapital in den Berliner Immobilienmarkt geflossen. Diese Entwicklung hat zur Entstehung von zehntausenden neuen Arbeitsplätzen geführt. Berlin wächst auch wegen des Zuzugs zehntausender Menschen jährlich, vor allem aus Süd- und Südosteuropa, von denen viele gut ausgebildet sind. Im Jahr 2013 standen den 170.000 Zuziehenden 127.000 wegziehende Menschen gegenüber, so dass Berlin im Saldo um 43.000 Menschen gewachsen ist. Schon in wenigen Jahren wächst Berlin um die Größe eines weiteren Bezirks!

Gering Qualifikation – keine Jobs

Doch trotz stetigen wirtschaftlichen Wachstums sind derzeit nach wie vor

200.000 Menschen offiziell erwerbslos gemeldet. Darunter befinden sich rund 162.000 Menschen, die SGB II-Leistungen beziehen. Teilweise fehlt diesen Menschen die für die neuen, im Dienstleistungssektor entstandenen Jobs geforderten Qualifikationen. Es ist davon auszugehen, dass Teile dieser Gruppe auch bei weiterem Wachstum keine adäquate Tätigkeit finden werden.

Gering Qualifikation – keine Jobs

Der starke Zuzug drückt genau auf diese Gruppen, vor allem in den Innenstadtbezirken: So werden hier aufgrund erheblicher Mieterhöhungen Teile der Bewohnerinnen und Bewohner an die Stadtränder gedrängt. Sie müssen dorthin ziehen, wo die Mieten jetzt noch günstig sind: in den nördlichen Teil Spandaus, aber auch nach Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf oder Reinickendorf. In diesen Bezirken verändert sich die Sozialstruktur rasant.

Langzeitarbeitslose – so ist nüchtern zu konstatieren – hangeln sich dann von einer Fördermaßnahme zur nächsten. Es ist daher dringend geboten, für diese Menschen nicht nur über zeitlich begrenzten Zeitraum, sondern perspektivisch und dauerhaft einen Job im zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen. Dies zeigen die Erfahrungen mit Erwerbslosen bei den vielen Wohlfahrtsorganisationen. Viele von ihnen sind dann in Arbeitsfördermaßnahmen als »MAE«, als »FAV«, in den Mobilitäts- und Begleitdiensten, in Stadtteilzentren und auch in den Kitas tätig. So bleibt es für sie schwer, dauerhaft wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Für diese Menschen ist der zweite Arbeitsmarkt eine Grauzone. Beispielsweise bei den Mobilitätshilfsdiensten: Erwerbslose begleiten Menschen, die immobil geworden sind, zum Einkaufen oder zum Arzt. Dafür gewährt das Land Berlin für die Träger Zuwendungen. Diese soziale Struktur ist jedoch chronisch unterfinanziert, vor allem, wenn der Bedarf steigt. Diese Menschen erbringen aber definitiv Leistungen in der Sozialwirtschaft. Sie müssen langfristig anerkannt und mit einer Perspektive gewürdigt werden. Heute ist es immer noch so, dass die Menschen mal in einer Maßnahme sind, und dann wieder nicht. Und diesem Kreis droht aufgrund eines geringen und unregelmä-

ßigen Einkommens dann perspektivisch die Altersarmut.

Träger übernehmen kommunale Aufgaben

Viele dieser hier als Beispiel genannten Leistungen können und dürfen nicht aus den Entgelten der Pflege oder Eingliederungshilfe finanziert werden! Daher müssen die Kosten für die in den Kommunen vorhandenen niedrigschwelligen Angebote und die notwendige Infrastruktur auch durch die kommunalen Haushalte gedeckt werden. Die Folge ist, dass die soziale Infrastruktur von der finanziellen Ausstattung der jeweiligen Kommune abhängt. Im letzten Jahrzehnt bedeutete dies, dass die Kommunen und die Länder diese Leistungen nicht mehr selbst erbringen und sie auf Dritte übertragen. So werden beispielsweise Seniorentreffs oder Jugendzentren per Ausschreibung an freie Träger übergeben. Bezahlt werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regel dann aber nicht mehr nach den Tarifen des öffentlichen Dienstes. Hier ist es angezeigt, dass diese Leistungen zukünftig auf der Basis von Zuwendungen und dann längerfristig sowie mindestens in Höhe des Mindestlohns gesichert werden!

Die den Wohlfahrtsverbänden angeschlossenen Organisationen können auf Dauer keine sozialen Aufgaben übernehmen, die auch der Staat finanzieren könnte und die auch nicht nur mit dem Ehrenamt kompensiert werden kann.

Wir brauchen in Berlin eine soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürgern wie eine Brandmauer rechtzeitig vor dem Absturz in die Armut absichert. Beratung wie bei drohender Wohnungslosigkeit oder Überschuldung gehört unbedingt dazu. Dies geht nur in einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und den Wohlfahrtsverbänden. Insbesondere in einer wachsenden und dynamischen Stadt darf der soziale Zusammenhalt nicht verloren gehen: Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von Sozialverbänden, Bezirken und Senat geschultert werden kann. Dafür braucht es auch ein stärkeres Engagement des Bundes, die Beendigung des Kooperationsverbots gehört unbedingt dazu.

Anstoß Energie

Energie sparen am Arbeitsplatz



Messung des Energieverbrauchs

FOTO: BERLINER ENERGIEAGENTUR GMBH

Warme, gut beleuchtete Räume und funktionierende Elektrogeräte sind eine Selbstverständlichkeit, die aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Aber damit ist auch ein teilweise unnötig hoher Verbrauch von Energie verbunden, den man in vielen Fällen auf einfache Weise reduzieren kann. Welche Wege gibt es, den Strom-, Wärme- und damit den Ressourcenbedarf in einem Gebäude bewusst und sparsam zu gestalten, ohne auf Komfort zu verzichten?

An diesen Fragen setzt das Projekt »Anstoß Energie« an, mit dem die Berliner Energieagentur (BEA) in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Schulen oder Kindergärten beim Energiesparen hilft. Ziel des Projekts ist es, durch bewusst veränderte Verhaltensweisen den Strom-, Wärme- und Wasserverbrauch am Arbeitsplatz – unabhängig von der Gebäudeart und Nutzung – zu vermindern. Dadurch und durch kleine Investitionen, beispielsweise in neue Lampen, können in der Regel bis zu zehn Prozent an Energiekosten eingespart werden.

Einsparerfolge erschließen

»Anstoß Energie« bietet eine persönliche Betreuung für Einrichtungen oder Unternehmen an. In Abstimmung mit der Hausleitung oder Geschäftsführung erfassen die BEA-Experten den bestehenden Umgang mit Energie und Wasser in Gebäuden, schulen Mitarbeitende und technische Angestellte und geben Handlungsempfehlungen. Einbezogen werden zudem auch alle Nutzerinnen und Nutzer wie Schüler, Kindergartenkinder oder Bewohner eines Gebäudes. Am Ende des Prozesses steht eine Strategie, wie langfristig effizient und sparsam mit Ressourcen umzugehen ist.

Die BEA hat in den vergangenen Jahren mehr als 30 Pflegeheime, zehn Schulen sowie Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude und Sportstätten beraten. Im Ergebnis führte dies zu Einsparungen in Höhe von rund 100.000 Euro pro

Jahr. Die Summe kleiner Einsparungen bringt den Erfolg: So spart die »Kita Zipfelmütze« allein durch den Einbau von Sparclips an allen Thermostaten nicht nur Heizkosten, sondern vermeidet auch eine Verbrennungsgefahr der Kinder bei unbedachtem Aufdrehen der Heizung. Die »Kita Mittelbruchzeile« kann rund 730 Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr durch das Abschalten der Heizungszirkulationspumpe in den Sommermonaten einsparen. Zusätzlich senkt sie Wasserverbrauch an den Handwaschbecken um rund 40 Prozent durch den Einbau von Perlatoren, die den Durchfluss vermindern.

Einen anderen Schwerpunkt gibt es in Verwaltungsgebäuden. So erreicht das Bezirksamt Lichtenberg an einem Standort mit 370 PC-Arbeitsplätzen eine jährliche Einsparung von bis zu 3.200 Euro durch die Nutzung schaltbarer Steckerleisten und einer veränderten Betriebsweise von Lüftungs- und Beleuchtungsanlagen.

Weitere Einrichtungen im Projekt willkommen

Oft liegen konkrete Einsparpotenziale in den Gebäuden auf der Hand. Hier besteht die Herausforderung, über die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten, bei gleichzeitig hoher Arbeitsbelastung, unnötigen Energie- und Wasserverbrauch zu erkennen und zu reduzieren.

Wenn Sie an einer Teilnahme am Projekt »Anstoß Energie« interessiert sind, nehmen mit der BEA Kontakt auf. Sie erhalten dann ein Angebot, das auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt unterstützt im Rahmen des Berliner Impulse-Programms »Anstoß Energie« und finanziert 50 Prozent der Projektkosten.

Information:

Berliner Energieagentur GmbH, Mechthild Zumbusch, zumbusch@berliner-e-agentur.de, 030 – 2933 30-62, berliner-impulse.de/impulse-angebote/anstoss-energie.html

Möbel und Einrichtungsgegenstände für gemeinnützige Einrichtungen

Der GSW-Mieterverein zur Förderung sozialer Aufgaben e.V. sucht gemeinnützige/soziale Einrichtungen, die Bedarf an Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen (Töpfe, TV, Handtücher, Bettwäsche etc.) in gutem Zustand für eigene Wohngemeinschaften, Sozialkaufhäuser, Mitglieder, andere Vereine oder Projekte zu übernehmen.

Der Verein muss sich durch den Wegfall einer Spende auflösen und stellt deshalb das Inventar von 17 Gästewohnungen zur Verfügung, deren Vermietung bis dato in der Verantwortung des GSW-Mietervereins lag. Transport- oder Entsorgungskosten können nicht übernommen werden, die Übernehmer des Mobiliars müssten dieses in Eigenregie demontieren und abtransportieren.

Aufgrund seiner Satzung ist der Mieterverein sehr daran interessiert, die Liquidation zu Gunsten anderer gemeinnütziger/sozialer Einrichtungen vorzunehmen.

Interessierten können sich an den Vorsitzenden des Vorstandes Christoph Wilhelm wenden: ch-wilhelm@gmx.de oder 0151 27607646.

»Die Stadt gehört allen« Diskussionsveranstaltung mit aktiven Obdachlosen aus Ungarn

Mehr Rechte für Obdachlose und mehr soziale Gerechtigkeit – dafür macht sich die Organisation »A Város Mindenkié« (The City is For All) aus Budapest stark. Hintergrund ist die zunehmende Obdachlosigkeit und deren Kriminalisierung in Ungarn. Bei einer Diskussionsveranstaltung am Mittwoch, den 29. Oktober um 19 Uhr in der K9 berichten aktive Obdachlose von »A Város Mindenkié« über die aktuelle sozialpolitische Situation obdachloser Menschen in Ungarn und stellen ihre Arbeit und Aktionen vor. Diese Auftaktveranstaltung dient als Impuls für den weiteren Austausch in Berlin über Partizipation und Teilhabe obdachloser Menschen.

Die Diskussion wird vom Verein »Unter Druck – Kultur von der Straße« gemeinsam mit [bapob e.V.](http://bapob.e.v.) (Berliner Arbeitskreis für politische Bildung) organisiert und vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin unterstützt. Veranstaltungsort ist der K9, Größenwahn, Kinzigstr. 9 in Berlin-Friedrichshain.

Mehr Informationen und aktuelle Termine finden Sie auf unter-druck.de.

Beste Ideen zum Thema Öffentlichkeitsarbeit

Förderpreis für Elternkreise Berlin-Brandenburg e.V.

Die Gruppe Elternkreise Berlin-Brandenburg (EKBB) e.V. ist mit dem Förderpreis der Marion und Bernd Wegener Stiftung für Selbsthilfegruppen ausgezeichnet worden. Der Verein, der sich um die Suchtproblematik von Jugendlichen kümmert, erhielt den mit 1.000 Euro dotierten dritten Preis. In der Laudatio wurde besonders hervorgehoben, dass die Gruppe das sensible Thema mit hoher sozialer Kompetenz und viel Feingefühl umsetzt und durch zielorientierte Maßnahmen außergewöhnliche Ergebnisse erreicht.

Der Förderpreis der Marion und Bernd Wegener Stiftung wurde bereits zum vierten Mal verliehen. Das Preisgeld von insgesamt 7.000 Euro erhielten fünf Selbsthilfegruppen aus ganz Deutschland für ihre vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit. Mehr als 1.000 Bewerbungen waren eingegangen.

Selbsthilfegruppen sind als wichtiger Aktivposten in einem sozial ausgewogenen Gesundheitssystem zu einem festen Bestandteil geworden. Um ihren Einsatz und ihre wertvolle Arbeit finanziell zu unterstützen, stellt die Marion und Bernd Wegener Stiftung in Mainz, zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Innere Me-



Die Preisträger des EKBB e. V.

FOTO: MARION UND BERND WEGENER STIFTUNG

dizin (DGIM) in Wiesbaden, jährlich Preisgelder zur Verfügung.

Es ist wichtig, die Öffentlichkeit über die Arbeit und die Bedeutung der Selbsthilfegruppen zu informieren, um betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich untereinander auszutauschen und gegenseitige Hilfestellung anzubieten.

Der Paritätische Berlin gratuliert dem Elternkreise Berlin-Brandenburg EKBB e.V. herzlich zu diesem Erfolg.

»Anders sein. Außenseiter in der Geschichte«

Wettbewerb 2014/15 des Bundespräsidenten

Vorstellungen von »normal« und »anders« gab es zu allen Zeiten. Was als »anders« galt wurde in jeder historischen Epoche neu von der Gesellschaft ausgehandelt. Und je nach Zeit und Ort gab es andere Vorstellungen, wer »anders« war und wie mit ihm oder ihr umgegangen wurde. Häufig mussten Personen, die angeblich »anders« waren, mit Ausgrenzung und Sanktionen rechnen, da sie sich aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft nicht an Regeln, Normen und Werte hielten und das soziale Miteinander in Frage stellten. Dies ist zum Teil auch heute noch so.

Beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zum Rahmenthema »Anders sein. Außenseiter in der Geschichte« sind junge Menschen unter 21 Jahren aufgerufen, ein Beispiel für »Anders sein« aus der Geschichte ihrer Region, ihrer Schule oder ihrer Familie zu erforschen und sie auf ihre Bedeutung aus heutiger Sicht zu hinterfragen. Ob Bettelmönche, Widerstandskämpfer oder Hippies: Das Thema »Anders sein. Außenseiter in der Geschichte« lässt sich je nach Epoche mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten bear-



»spurensuchen«-Magazin zum Wettbewerb

FOTO: KÖRBER-STIFTUNG / ULLSTEIN BILD

beiten. Die Wettbewerbsdatenbank, über die die Beiträge eingereicht und hochgeladen werden, ist ab Dezember 2014 freigeschaltet. Die Ausschreibung läuft bis zum 28. Februar 2015.

Information:

Die offiziellen Unterlagen sowie zahlreiche Links und Dokumente mit Anregungen zum Wettbewerbsthema finden Sie auf der Webseite der Körber-Stiftung unter koerber-stiftung.de/bildung/geschichtswettbewerb/wettbewerb-201415.html.

Inklusive Schulen gesucht Bewerbungsstart für Jakob Muth-Preis

Ab sofort können sich inklusive Schulen erneut um den Jakob Muth-Preis bewerben. Mit dem Preis werden seit 2009 Schulen ausgezeichnet, die inklusive Bildung beispielhaft umsetzen und so allen Kindern die Möglichkeit eröffnen, ihre individuellen Potenziale zu entwickeln. Träger sind die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, die Deutsche UNESCO-Kommission und die Bertelsmann Stiftung. Die Bewerbungsfrist endet am 15. November 2014.

Das Recht auf inklusive Bildung ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention seit 2009 in Deutschland verankert. Erfolgreiche inklusive Schulen lenken ihren Blick auf die Bedürfnisse aller Kinder und sehen ihre Unterschiedlichkeit als Chance. In diesen Schulen ist der Perspektivwechsel vom getrennten zum gemeinsamen Unterricht bereits gelungen. Hier profitieren alle Kinder vom gemeinsamen Lernen. Die bisherigen Preisträger-Schulen zeigen, dass sich durch Inklusion eine neue Lernkultur entwickeln kann, die konsequent am Prinzip individueller Förderung ausgerichtet ist und das Potenzial aller Schüler besser entfaltet.

Der Preis ist benannt nach dem Pädagogen Jakob Muth (1927-1993), einem Vorkämpfer und Wegbereiter des gemeinsamen Lernens. Jakob Muth war überzeugt: »Am stärksten wirken Beispiele«. Die prämierten Schulen sollen anderen Schulen Mut machen, sich der Herausforderung Inklusion zu stellen, damit alle Kinder besser lernen.

Bewerben können sich Schulen und Verbände aller Schulformen – von der Grundschule bis zum Gymnasium. Die Voraussetzung: Alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Aspekten wie Förderbedarf, ethnischen oder sozioökonomischen Hintergrund, lernen gemeinsam und können so ihre Potenziale entfalten. Es werden drei gleichwertige Preise in Höhe von jeweils 3.000 Euro an drei Schulen vergeben. 5.000 Euro gibt es für einen Schulverbund. Die Preisträger erhalten außerdem eine individuell auf ihre Schule/ ihren Verbund zugeschnittene Fortbildung zum Index für Inklusion durch die Montag Stiftung für Jugend und Gesellschaft.

Die Bewerbung ist bis zum 15. November über die Website des Jakob Muth-Preises möglich: jakobmuthpreis.de/bewerbung

Raus aus der Prenzlauer Allee – rein in die Storkower Straße

Kündigung der Räume des obdachlose machen mobil e.V.

Ende Januar musste der Verein mob – obdachlose machen mobil e.V. seine Notübernachtung »Ein Dach über dem Kopf« schließen. Damit hat der Großbezirk Pankow seine einzige Notübernachtung verloren, die seit Jahren Bestandteil der »Berliner Kältehilfe« ist. 17 obdachlose Menschen, sieben Frauen und zehn Männer, haben ihren sicheren Schlafplatz verloren. Nachdem dem Verein die Räume in der Prenzlauer Allee 87 von der Vermieterin aus gekündigt worden sind, haben sich der Vorstand monatelang bei den verantwortlichen Politikern des Landes Berlin und des Bezirks Pankow um Hilfe bemüht. Diese Bemühungen waren jedoch vergeblich.

Für seine anderen sozialen Hilfsprojekte des Vereins – den sozialen Treffpunkt »Kaffee Bankrott«, das Sozialwarenkauflhaus »Trödelpoint«, die soziale Straßenzeitung »strassenfeger« hat der Verein aus eigener Kraft Räume gefunden. Rückblick auf den anstrengenden Umzug in die Storkower Straße:

Es war ein hartes Stück Arbeit: Bis zum 31. Januar musste der gemeinnützige Verein mob – obdachlose machen mobil aus seinen Räumen in der Prenzlauer Allee 87 ausziehen. Rund 700 Quadratmeter Fläche, die bislang unsere Hilfsprojekte »Ein Dach über dem Kopf«, »Kaffee Bankrott«, »Trödelpoint« und »strassenfeger« nutzten, mussten besenrein geräumt werden.

Wer schon mal von einer Wohnung in eine neue umziehen musste, der weiß, wie viel Arbeit das macht. Das Sprichwort »drei Mal umgezogen ist einmal abgebrannt« trifft es ganz gut. Vielen unserer ehrenamtlichen Mitarbeiter blutete das Herz, als sie Tische, Schränke, Betten, Kühlschränke, Herde etc. abbauten und zu unserem Transporter brachten. Über viele Jahre hatten sie gemeinsam dieses Projekt an diesem sehr zentral gelegenen Ort in Prenzlauer Berg aufgebaut – mit wenig Geld, dafür aber umso mehr Engagement. Und nun mussten wir so viel davon aufgeben. Ein Trauerspiel.

Besonders die Schließung unserer Notübernachtung hat uns wehgetan. Speziell die letzte Nacht vom 24. zum 25. Januar hatte es in sich: Trauer, Wut, Fassungslosigkeit herrschte bei unseren ehrenamtlichen Mitarbeitern und Gästen darüber, dass die Politik uns so im Re-



Auszug aus den Räumen in der Prenzlauer Allee

FOTO: ANDREAS DÜLLICK © VG BILD – KUNST

gen stehen gelassen hat und das mitten im tiefsten Winter!

In der Storkower Straße wird in die Hände gespuckt

All die Sachen mussten mit unserem Transporter in die Storkower Straße gebracht werden. Stunde um Stunde, Tag und Tag – und das gut zwei Wochen lang schleppten und fuhren unsere Mitarbeiter des »Trödelpoints« Schränke, Tische, Stühle, Waschmaschinen, Kühlschränke, Computer, Küchengeräte und vieles andere mehr in das neue Objekt. Es war eine echte Herkulesaufgabe, doch gemeinsam und mit vereinten Kräften haben wir es geschafft. Dann mussten die Computer angeschlossen und unser Vereinsnetzwerk eingerichtet werden. Unser »Einstein« hatte alle Hände voll zu tun, um es jedem Mitarbeiter recht zu machen. Zwischendurch wurden auch unsere Telefone wieder freigeschaltet. Und nun heißt es: Alles auf Anfang!

Wiedereröffnung der mob-Projekte steht kurz bevor

Zumindest unser Vereinsbüro, die Finanzbuchhaltung und die soziale Straßenzeitung »strassenfeger« sind bereits wieder arbeitsfähig, wenn auch eingeschränkt. Die ersten beiden Redaktions-sitzungen mit unseren ehrenamtlichen Autoren fanden im neuen Vereinssitz schon statt – zwischen noch nicht ausgepackten Umzugskartons, Kleiderspenden und noch nicht angeschlossenem Küchengroßgeräten. Diese Ausgabe haben wir auch schon komplett in der Storkower Straße produziert. Unsere Mitarbeiter des

Sozialwarenkauflhauses »Trödelpoint« arbeiten gerade hart daran, das frühere Teppichlager so zu gestalten, dass der Einkauf wieder richtig Spaß macht, dass unsere Kunden wieder all die Dinge leicht finden können, die sie für kleines Geld erwerben möchten.

Auch die Mitarbeiter unseres sozialen Treffpunkts haben die Ärmel hochgekrempelt und sich mächtig ins Zeug gelegt, um Töpfe, Pfannen, Geschirr und Besteck auszupacken und zu waschen, Kühltruhen und Kühlschränke wieder aufzufüllen, um Tische und Stühle aufzustellen. Momentan baut eine Firma noch an unserer Behindertentoilette. Am Montag, den 10. Februar, möchten wir das »Kaffee Bankrott« wieder für unsere Gäste öffnen. Bis dahin ist noch viel zu tun. Ich hoffe sehr, dass wir es auch schaffen, sicher bin ich aber noch nicht! Der Vertrieb des »strassenfeger« dagegen läuft bereits, viele unserer Verkäufer/innen kommen schon in die Storkower Straße 139d.

Keine Reaktion auf unseren Offenen Brief!

In der Ausgabe 02/2014 des »strassenfeger« hatten wir einen Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit und den Sozialekonom Mario Czaja veröffentlicht. Darin hatten wir vorgeschlagen, an einem runden Tisch gemeinsam nach Zwischenlösungen für unsere derzeit geschlossene Notübernachtung zu suchen. Stand heute: Keine Reaktion – keine Mail, kein Brief, kein Anruf!

BERICHT UND FOTOS: ANDREAS DÜLLICK © VG BILD – KUNST
DER TEXT IST IM »STRASSENFEGER« 03/2014 ERSCHEINEN.

Wohneinrichtung für Frauen von Kündigung bedroht

Prowo e.V. bereitet sich auf Rechtsstreit vor

Die Versorgung mit Wohnraum für sozial benachteiligte Berlinerinnen und Berliner wird zunehmend schwieriger, denn bezahlbarer Wohnraum ist kaum noch verfügbar. Diese Entwicklung betrifft zunehmend Einrichtungen sozialer Träger. Erneut ist eine Paritätische Mitgliedsorganisation durch profitorientiertes Handeln eines Eigentümers von der Kündigung von Wohnräumen akut betroffen. Dem Träger Prowo e. V. sind die Räume der Einrichtung »Die Zwiebel« zum 31. Dezember 2014 gekündigt worden. Prowo geht mit rechtlichen Schritten gegen die Kündigung vor.

Die Einrichtung die Zwiebel in Berlin-Mitte/Moabit betreut suchtkranke Frauen mit einer psychischen Erkrankung im Rahmen eines therapeutischen Wohnverbunds. Im Zuge eines Eigentümerwechsels hat der Prowo e.V. im Juli eine Kündigung für die Wohnräume erhalten, was bedeutet, dass er in einem sehr kurzen Zeitraum einen neuen Standort in Berlin finden muss, der geeignet ist, um 16 Frauen in zwei Wohngruppen und in Einzelappartements zu betreuen.

In der Kündigung durch die neuen Eigentümer wird ausdrücklich darauf Bezug genommen, dass die Anmietung der Räume zum Zwecke des Wohnens psychisch kranker Menschen erfolgt. Außerdem wird darauf verwiesen, dass bei den vorliegenden Mietverhältnissen die Anwendung des § 565 BGB (»Gewerblichen Weitervermietung«) nicht in Betracht kommt, dass also die neuen Eigentümer die bestehenden Mietverhältnisse nicht übernehmen und das Mietverhältnis als Gewerbemietverhältnis betrachten. In der weiteren Korrespondenz wurde Prowo aufgefordert, sämtliche Endmieter zu benennen. Dieser Aufforderung wurde nicht nachgekommen.

Inzwischen hat der neue Besitzer Räumungsklage gegen die Einrichtung beim Landgericht Berlin eingereicht. Da Prowo nicht bereit ist, der Räumungsklage nachzukommen, wird es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen. »Die Zwiebel« ist eine der ersten Berliner frauenspezifischen Einrichtungen, die in der psychosozialen Hilfelandschaft von Berlin und auch darüber hinaus, seit fast drei Jahrzehnten

fest verankert und in ihrer Konzeption noch immer einmalig ist. Seit dem Jahr 2000 befindet sich die Einrichtung in der Trägerschaft des Prowo e.V. In der Zwiebel werden Frauen ab 18 Jahren betreut, die zumeist schwerste seelische und körperliche Traumatisierungen erfahren haben und mit einer Reihe von Trauma-Folgestörungen (Sucht, Essstörung, psychische Erkrankungen wie Depressionen, Angsterkrankungen, Persönlichkeitsstörungen) belastet sind. Der Wohnverbund schafft diesen Frauen einen gewalt- und suchtmittelfreien Raum, der Sicherheit bietet. Sie erhalten professionelle Unterstützung in allen Belangen des Alltags und werden in der Auseinandersetzung mit ihrer Lebensgeschichte intensiv therapeutisch begleitet. Das bildet die Basis für ein verantwortliches und zufriedenes Leben, das Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Information:

Mehr über die Angebote der »Zwiebel« unter prowoberlin.de/de/hauptmenue/angebote/frauen.html. Lesen Sie mehr über den Fall im Interview mit den Prowo-Verantwortlichen.

Welche Chance hat Soziales Wohnen?

Kündigung für die therapeutische Wohneinrichtung »Die Zwiebel«

Seit fast 30 Jahren ist die »Zwiebel« ein Zuhause für Frauen in schwierigen Lebenslagen – von Abhängigkeit bis zu psychischen Erkrankungen. Im Jahr 2000 hat Prowo e.V. die Trägerschaft der Einrichtung übernommen. Nun hat der Verein zu Ende des Jahres vom Hauseigentümer eine Kündigung für die Räume erhalten. Doch so einfach will sich der Träger nicht verdrängen lassen. Geschäftsführer Helmut Elle, Projektentwickler Stefan Lutz und die Leiterin der »Zwiebel«, Andrea Boldt, im Gespräch über die Möglichkeiten und Grenzen des sozialen Wohnens in Berlin. Die Fragen stellte Nina Peretz.

Die »Zwiebel« ist eine schon seit langer Zeit etablierte Einrichtung. Wie war bis jetzt die Mietsituation und wie kam es zur Kündigung?

Stefan Lutz: Wir haben für die Zwiebel vor etwa acht Jahren Räumlichkeiten in der Stephanstraße angemietet. Dort sind die Wohnräume und dort führen wir auch die

Betreuungsarbeit der Einrichtung durch. Bis jetzt gab es immer nur die im Vertrag vereinbarten Mieterhöhungen – die Kündigung kam für uns völlig überraschend!

Worauf stützt sich das Kündigungsschreiben?

Stefan Lutz: In seinem Schreiben bewertet der Eigentümer unseren Vertrag als Gewerbemietvertrag und leitet daraus ab, dass er uns fristgerecht zum Ende des Jahres kündigen kann. Vorher gab auch keinerlei Gesprächsangebot oder Nachfragen, sondern nur die schriftliche Kündigung. (Hinweis: Weitere Informationen zum rechtlichen Kontext finden Sie im Kasten »Wie ist die rechtliche Lage? Das sagt der Anwalt.«)

Ihr Vertrag ist aber kein Gewerbemietvertrag, oder?

Stefan Lutz: Nein, es ist ein normaler Wohnraummietvertrag, in dem auch klar formuliert ist, dass wir als sozialer Träger zum Zweck der Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen auch Untermietverträge abschließen dürfen. Im Kern waren wir uns mit dem damaligen Vermieter einig, dass es bei der Anmietung um Wohnen geht. Das Problem ist, dass mehrfach die Besitzer die Immobilie gewechselt haben und der jetzige Eigentümer nur Profitziele verfolgt.

Sie gehen also davon aus, dass seine Begründung nur ein Vorwand ist, um mehr Gewinn aus der Immobilie zu schlagen?

Stefan Lutz: Wir haben erfahren, dass der neue Eigentümer das Gebäude in Eigentumswohnungen umwandeln möchte, um so eine höhere Rendite zu erzielen als

durch ein soziales Wohnprojekt mit langfristigen Mietverträgen.

Ihr ursprünglicher Wohnraummietvertrag ist aber weiterhin rechtlich wirksam?

Stefan Lutz: Richtig, wir haben für unseren Seitenflügel einen Generalmietvertrag mit einem Passus, der uns erlaubt, zum Zweck der Betreuung weiterzuvermieten. Trotzdem haben wir heute Post vom Eigentümer bekommen mit dem Hinweis, dass wir mit einer Klage zu rechnen haben, und der Aufforderung, die Namen der Untermieterinnen zu nennen.

Wozu braucht er die Namen der Bewohnerinnen?

Stefan Lutz: Wenn tatsächlich eine Räumungsklage erfolgt, muss diese gegenüber einer Person ausgedrückt werden. Solange der Kläger also keine Namens-

liste der vor Ort wohnenden Personen hat, wird er es schwerer haben, die Räumungsklage durchzusetzen. Falls er mit seiner Klage durchkommen sollte, gäbe es einen Räumungstitel gegen Prowo e.V., aber die Frauen könnten erst einmal nicht geräumt werden. Das gibt uns natürlich nur etwas zusätzliche Zeit und kann keine Lösung sein.

Frau Boldt, in der »Zwiebel« leben Frauen, die oft traumatische Erfahrungen gemacht haben. Wie gehen Sie mit der aktuellen Situation um? Klären Sie die Bewohnerinnen über die Unsicherheit ihrer Wohnsituation und den drohenden Verlust des Wohnraums auf?

Andrea Boldt: Die Bewohnerinnen wissen Bescheid und sind natürlich hochgradig verunsichert. Wir sprechen hier von Frauen, die sich aufgrund ihrer Lebensgeschichte oder psychischer Erkrankungen

bewusst dafür entschieden haben, sich in sichere Strukturen zu begeben, Hilfe anzunehmen. Dieser sichere Ort ist jetzt bedroht. In unseren Gesprächen versuchen wir, die Balance zu halten, dass die Frauen einerseits informiert sind, sie aber andererseits auch nicht mit juristischen Details belastet werden. Wir vermitteln unseren Bewohnerinnen, dass wir als Träger alles dafür tun, um den Sicherheit gebenden Ort erhalten zu können. Und dass wir nach Alternativen suchen.

Sie bemühen sich also parallel um alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die Frauen? Viel Zeit bleibt ja nicht bis zur Kündigungsfrist Ende des Jahres.

Helmut Elle: Natürlich. Wir Träger müssen uns angesichts unserer Situation auf die Suche nach anderen Örtlichkeiten machen. Allerdings ist es auf dem Ber-

Wie ist die rechtliche Lage? – Das sagt der Anwalt.

Prowo e.V. lässt sich aufgrund der Kündigung juristisch beraten und vertreten. Wie aber ist die rechtliche Lage? Auf welches Gesetz stützt sich die Kündigung und welche Möglichkeiten gibt es, um dagegen vorzugehen? Rechtsanwalt Jan Prielipp, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, schildert die Lage.

Der Vermieter beruft sich darauf, dass er die Verträge mit dem Prowo e.V. jederzeit ohne besondere Begründung kündigen könne, weil es sich um Gewerbemietverträge handle. Die Besonderheit von Gewerbemietverträgen liegt tatsächlich darin, dass sie jederzeit ohne Begründung gekündigt werden können, wenn in ihnen nicht eine feste Laufzeit vereinbart ist (zum Beispiel von fünf oder zehn Jahren). Damit unterscheiden sich Gewerbemietverträge elementar von Wohnraummietverträgen, bei denen eine ordentliche Kündigung, also eine Kündigung ohne wichtigen Grund, nur in ganz besonderen Fallgestaltungen möglich ist, insbesondere bei einem sogenannten Eigenbedarf.

Die Argumentation des Vermieters ist, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine Gesellschaft (wie der Prowo e.V.) grundsätzlich nicht zu Wohnzwecken mieten kann, da es sich dabei immer um eigene Wohnzwecke handeln muss. Diese können aber bei einer Gesellschaft natürlich nicht vorliegen, da eine Gesellschaft nicht wohnen kann. Diese Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs wird auch in Rechtsprechung und Literatur allgemein anerkannt und nicht mehr in Frage gestellt.

Unsere Hauptargumentation ist daher, dass zwar der Vertrag gegebenenfalls eigentlich ein Gewerbemietvertrag wäre, dass die Parteien aber bei Vertragsschluss ergänzend die Anwendung von Wohnraummietrecht vereinbart haben. Grundlage hierfür ist, dass die Parteien eines Vertrages nach dem Deutschen Zivilrecht in weiten Teilen frei entscheiden können, wie sie ihren Vertrag gestalten wollen. Dies umfasst daher auch die Möglichkeit, in einen Gewerbemietvertrag ergänzend die Schutznormen des Wohnraummietrechts einzubeziehen. Hierfür spricht, dass damals bewusst Vertragsmuster für Wohnraum-Mietverträge gewählt wurden, die auch als solche bezeichnet sind.

So kommt man zu dem Ergebnis, dass doch auch die Schutzvorschriften des Wohnraummietrechts auf die vorliegenden Verträge Anwendung finden und damit die ausgesprochenen ordentlichen Kündigungen in Ermangelung eines wichtigen Grundes beziehungsweise eines besonderen Kündigungsinteresses unwirksam sind.

Daneben berufen wir uns darauf, dass es auch zum Schutz der betroffenen Frauen als Untermieterinnen zwingend geboten ist, Wohnraummietrecht auf die Verträge anzuwenden. Unser Rechtssystem schützt die Wohnung als Lebensmittelpunkt, und der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass Wohnraum in der Regel nicht einfach gekündigt werden soll. Entgegen diesem bezweckten Schutz droht im Fall der »Zwiebel« eine völlige Schutzlosigkeit der betroffenen Frauen, weil bei Anwendung von Gewerbemietrecht kein Kündigungsschutz im Hauptmietverhältnis bestünde. Wäre der Prowo e.V. ein gewerblicher Zwischenmieter, würden die Untermieterinnen den besonderen Schutz des § 565 BGB genießen, nach dem das Untermietverhältnis mit den Bewohnerinnen bei Kündigung auf den Eigentümer überginge. Da Prowo jedoch ein gemeinnütziger Verein ist, ist dieser besondere Schutz hier nicht gegeben. Diese Lücke ließe sich schließen, indem auf das Zwischenmietverhältnis mit Prowo als sozialem Trägern doch Wohnraummietrecht angewendet wird.

Allgemein betrachtet besteht das rechtliche Problem darin, dass sich der Gesetzgeber noch nicht klar zum Fall des Zwischenmietverhältnisses sozialer Träger geäußert hat und wir uns deshalb in einer rechtlich nicht eindeutigen Position befinden. Unsere Argumentationskette ist zwar juristisch schlüssig und in vielen Fällen erfolgreich, mittelfristig ist jedoch dringend notwendig, dass gesetzliche Klarheit geschaffen wird und freie Träger somit eine rechtliche Grundlage für ihre Untermietverträge mit Klienten erhalten.

Kontakt zur Anwaltskanzlei SKW Schwarz über skwschwarz.de

liner Markt derzeit wirklich schwierig geworden, eine echte Alternative zu finden. Die Anforderungen, die wir an die Räume haben, ergeben sich ja aus unserem Angebot: Wir brauchen Platz für die eigentlichen Wohnräume, aber auch Therapieräume, Gruppenräume und Büros für die Kolleginnen. All das ist ja derzeit in der Stephanstraße untergebracht.

Besteht denn die Hoffnung, geeignete Räumlichkeiten in Innenstadtlage zu finden?

Helmut Elle: Wir werden in ganz Berlin schauen und kämpfen dafür, die Grundidee der sozialen Psychiatrie nicht aufzugeben: Dass nämlich Menschen mit seelischen Behinderungen und anderen Problemen noch zentral in der Stadt wohnen dürfen und nicht an den Stadtrand oder

in die Industriebranche verdrängt werden. Wie viele Träger schauen wir, wo wir Wohnraum in dieser Größe finden könnten und hoffen gleichzeitig, dass die Politik gerade noch rechtzeitig umsteuert.

Was wünschen Sie sich von der Berliner Politik? Welche Maßnahmen müssen Ihrer Meinung nach in den nächsten Monaten ergriffen werden – in der Stadtentwicklung, von Seiten der Gesetzgebung?

Helmut Elle: Es ist wichtig, dass das Thema ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht. Ein großes Problem ist, dass gerade besonders schutzbedürftige Personen nach der aktuellen Rechtslage von Wohnraumverlust gefährdet sind. Mittelfristig muss in Berlin ganz klar eine andere Wohnbaupolitik umgesetzt werden.

Es wurde zwar immer wieder vollmundig eine andere Liegenschaftspolitik angekündigt – ich habe aber noch von keinem Projekt gehört, bei dem ein Bezirk seine Liegenschaften ganz deutlich sozialer Nutzung zugeführt hätte. Es muss ganz klar sein: Mit dem Thema Gentrifizierung kommt etwas auf uns zu, das für alle Bevölkerungsgruppen problematisch ist. Aber natürlich haben vor allem schutzbedürftige Menschen das Problem, dass es für sie keinen sicheren und bezahlbaren Wohnraum mehr gibt.

Stefan Lutz: Ganz konkret halten wir es für wichtig, dass sich Politik und Sozialverbände zu einem Fall wie der Kündigung der »Zwiebel« positionieren. Es muss klar sein: Dieses Verhalten von Seiten des Eigentümers ist politisch nicht erwünscht!

Die Bedeutung von Wohnen für junge Menschen

Wie Wohnraumknappheit das selbständige Leben erschwert

Wohnen beinhaltet viel mehr als das Verweilen an einem bestimmten Ort. Wohnen in seiner ursprünglichen Bedeutung meint »im Frieden bleiben, zufrieden sein«. Wohnen bedeutet aber auch »geschützt sein vor Schaden und Bedrohung«. Wohnen befriedigt zahlreiche Bedürfnisse, zum Beispiel das Bedürfnis nach Sicherheit, Beständigkeit, Vertrautheit, Ungestörtheit, Individualität, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, und nimmt somit einen wichtigen Stellenwert in unserem Leben ein. Wohnen bedeutet, »an einem bestimmten Ort zu Hause sein, in ihm verwurzelt sein und an ihn gehören«. Der Philosoph Otto Friedrich Bollnow ist davon überzeugt, dass

der Mensch einen Bereich braucht, wo er sich geborgen fühlt, um überhaupt leben zu können. Hat er solch einen Bereich nicht, ist »der Mensch in der Zufälligkeit eines ‚irgendwo‘ verloren«.

Traum von der eigenen Wohnung

Auch und gerade in der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Beschaffung von geeignetem Wohnraum ein wichtiger Baustein der Entwicklung individueller Lebensperspektiven. »Weg von zu Hause, das eigene Zuhause aufbauen, vielleicht gemeinsam mit der Freundin, Arbeit und Ausbildung und Schritt für Schritt Lebensträume verwirklichen.« Die meisten Ju-

Vierseitengespräch »Wohn(t)räume« im Abgeordnetenhaus von Berlin

FOTO: ANJA BAER



gendlichen träumen davon, wie es sich auch ihre Eltern womöglich einmal erträumt haben, als Prozess der Verselbständigung und als den damit verbundenen Eintritt in das Erwachsenenleben. Jedoch bleibt dieser Traum für viele Jugendliche und junge Erwachsene tatsächlich bis auf Weiteres nur ein Traum.

Eine kurzsichtige Wohnungspolitik, das Bedienen kapitalstarker Investoren durch den Bau von Eigentum beziehungsweise durch die Umwandlung preiswerten Wohnraums in Eigentum, leere Staatskassen sowie der demographische Wandel und viele weitere betriebswirtschaftliche wie auch soziologische Erklärungen schützen uns nicht vor der Tatsache, dass es in Berlin einen enormen Mangel an bezahlbarem Wohnraum gibt. Besonders bei den Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen ist der Markt sehr eng geworden. ALG II-Empfänger, Studenten und andere Alleinstehende kämpfen um diesen begehrten Wohnraum. Nur mit viel Glück bekommen sie ein solches Angebot in denen Außenbezirken von Berlin. Jugendliche und junge Erwachsene sind auch hier in der Regel die Verlierer, da sie in diesem harten Konkurrenzkampf um bezahlbaren Wohnraum oftmals die Voraussetzungen der Wohnungsbaugesellschaften wie Schuldenfreiheit oder geregelt eigenes Einkommen nicht erfüllen können.

Wartezeiten und bürokratische Hindernisse

Neben den individuellen Hindernissen sind sie zudem verstärkt mit systembedingten institutionellen Hindernisse und Stolpersteinen konfrontiert: Jugendlichen (U 25), die in einer Bedarfsgemeinschaft leben und sich mit einer eigenen Wohnung verselbständigen wollen, wird dies in der Regel verwehrt. Betreute Wohnformen (über Jugendhilfe) werden trotz Rechtsanspruchs meist dann nicht mehr gewährt, wenn die Jugendlichen bereits 18 Jahre oder älter sind. Ist eine Jugendhilfe dann abgelehnt, ent-

stehen wiederum lange Wartezeiten, da auch die Wohnhilfetragger, die über das Sozialamt finanziert werden, mangels bezahlbaren Wohnraums Schwierigkeiten haben, Wohnungen für ihre Adressaten anzumieten. Auch die in dieser Situation außerdem noch mögliche Lösung, das sogenannte Geschützte Marktsegment (M-Schein), hilft nur eingeschränkt weiter, da auch damit die Wohnungssuche schwierig geworden ist.

Haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen keine zahlungskräftigen Eltern im Rücken, kommen sie aus prekären Familienverhältnissen oder gar aus der Haft, so sind die Chancen auf einen zuversichtlichen Start in das Erwachsenenleben so gut wie nicht gegeben. Die Warteschleife und die damit verbundenen prekären Lebenssituationen führen dazu, dass Ausbildungen abgebrochen werden und Überlebensstrategien der Straße, wie die Beschaffungskriminalität oder der Konsum von Drogen begünstigt werden.

Um auch hier soweit wie möglich gegenzusteuern, sind wir als Verein der Straßensozialarbeit bemüht, das Thema auf unterschiedlichen Ebenen einzubringen und gemeinsam mit Politik, Wohnungsbaugesellschaften und anderen Partnern Lösungswege zu erarbeiten. In relevanten Arbeitsgruppen auf regionaler und überregionaler Ebene thematisieren wir die Problematik stellvertretend für die Betroffenen. Auch auf dem Berliner JugendFORUM am 29. November im Abgeordnetenhaus wird das Thema Wohnen für junge Menschen wieder eine große Bedeutung haben. Wir wünschen uns, dass sich an dieser Stelle etwas für die Jugend bewegt und Verselbständigung wieder erstrebenswert und möglich wird.

SEMIH KNEIP, GANGWAY E.V. – STRASSENSOZIALARBEIT IN BERLIN

Information:

Weitere Informationen über die Arbeit des Vereins unter gangway.de.

Wohnen ist eine Grundlage für Inklusion

ZIK gGmbH setzt sich für bezahlbaren Wohnraum für Klienten ein

Berlin hat mit der Aufgabe der Förderung des sozialen Wohnungsbaus unter Sarrazin die nachhaltige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum aufgegeben. Familiengerechte und kleine bezahlbare Wohnungen sind hier nicht mehr zu finden. Damit sind auch soziale Angebote in der Eingliederungshilfe gefährdet. Wie aber sollte Inklusion ohne Wohnraum stattfinden können?

Die ZIK – zuhause im Kiez gGmbH hat seit Ende der neunziger Jahre mit Stiftungen und Förderern versucht, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Auch die konstruktive Zusammenarbeit mit Vermietern führte immer wieder mal zum Erfolg. So konnten wir im letzten Jahr in Neukölln ein Haus langfristig mieten, welches der Eigentümer hervorragend renoviert und in dessen Ausstattung er so viel investiert hatte, dass seine Rendite gering ist, aber unsere Bewohner richtig gute Lebensbedingungen vorfinden. Dies ist ein seltener Einzelfall – die Realität ist heute, dass Klienten nach einer erfolgreichen Hilfemaßnahme in die Wohnungslosigkeit entlassen werden.

Inklusion

Ein Ziel unserer Arbeit ist die Inklusion. Dabei geht es um mehr als Integration: Unsere Klienten sollen wirklich barrierefrei am Leben anderer teilnehmen können, es sollte also weder bauliche noch menschliche Hürden geben, und eine echte Teilhabe



Klientin, die durch ZIK eine Wohnung erhalten hat

FOTO: ZIK

sollte stattfinden. Wir bevorzugen daher eine gemischte Belegung der Häuser, in denen unsere Bewohnerinnen und Bewohner leben – diese Wohnform kommt unserem Auftrag der Eingliederungshilfe besonders zugute. Leider sind beim momentanen Wohnungsmarkt oft nur noch Hausprojekte eine Hoffnung – und auch diese realisiert sich selten. Wir benötigen abgesicherte



Betreutes Einzel- und Gemeinschaftswohnen in der Pankstraße

FOTO: ZIK

(K)ein Zuhause im Kiez? Fachtag zur Wohnraumversorgung sozial benachteiligter Menschen

Seit 1989 versorgt ZIK – zuhause im Kiez gGmbH Menschen mit HIV, Aids oder chronischer Hepatitis C mit Wohnungen und Betreuung. Dieser Aufgabe nachzukommen, wird in Berlin immer schwieriger. Bezahlbare Wohnungen, deren Mieten von Jobcentern und Sozialämtern akzeptiert werden, sind kaum noch zu bekommen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren müssen soziale Träger – so auch ZIK – in der Regel als Zwischenmieter auftreten und an Klientinnen und Klienten untervermieten. Als Hauptmieter tragen die sozialen Träger dabei alle wirtschaftlichen Risiken. Am Ende der Betreuung gelingt es nur noch selten, den Betroffenen Hauptmietverträge zu vermitteln.

Wie können Klientinnen und Klienten also zukünftig mit Wohnraum in Berlin versorgt werden? Diese Frage soll auf der Fachtagung »(K)ein Zuhause im Kiez?« mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung, mit Berliner Vermietern und mit Experten der Wohnungslosenhilfe diskutiert werden.

Die Fachtagung am Dienstag, den 25. November von 9 bis 14 Uhr in der Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32 in Berlin-Neukölln ist eine Veranstaltung von ZIK gGmbH in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Berlin. Weitere Informationen und Anmeldung unter zik-ggmbh.de/fachtag2014.

Mietverhältnisse. Am besten sind Direktmietverträge mit den Klienten, weil dies unsere Eingliederungshilfe am meisten unterstützt.

Wohnungspolitik

Berlin braucht einen grundlegenden Wandel in der Wohnungspolitik! Unsere Klienten müssen auf dem Wohnungsmarkt auch in ihrem Herkunftsbezirk eine realistische Chance auf Anmietung einer Wohnung haben – mit dem Recht auf einen eigenen Hauptmietvertrag. Miethöhe und Schufa-Eintrag dürfen das Recht auf Wohnraum nicht behindern. Um es in aller Klarheit festzuhalten: Wohnraum ist ein Grundrecht und keine Kapitalanlage. Bezahlbares Bauen auf Grundstücken, die das Land Berlin langfristig gegen eine Belegungsbindung zur Verfügung stellt, wäre ein Weg.

Viele leer stehende Gewerbeflächen könnten gegen die Auflage einer sozialen Belegungsbindung in Wohnraum verwandelt werden. Denn diese große Zahl leer stehender Gebäude wird auch langfristig für Gewerbe nicht benötigt, da an Gewerbeflächen heute ganz andere Anforderungen gestellt werden als vor hundert Jahren. Für Wohnungen ließen sich diese Flächen hingegen relativ schnell und bezahlbar erschließen.

Bereitstellung von Wohnraum ist Teil der Vergütung

Derzeit wird viel über die Sachkosten in Vergütungssätzen diskutiert. Wenn Träger die Wohnraumkosten, die mit der Weitervermietung von

Wohnraum entstehen, nicht refinanziert bekommen, entstehen mit einem Schlag große Versorgungslücken. Die Realität des Betreuungsaufwands in Wohnraum, für den die Träger haften, muss anerkannt werden, sonst droht eine noch größere Wohnungsnot für die Klienten der Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe. Wohnraumsicherung muss daher als Bestandteil der Vergütung in der Eingliederungshilfe und der Wohnungslosenhilfe eingeplant werden.

Menschenwürdig leben können

Wie wir für unsere Bewohnerinnen und Bewohner sicherstellen, dass sie ein Zuhause im Kiez haben, in dem sie menschenwürdig leben können, so wünschen wir, dass es auch allen Nachbarn ergeht.

Umso bedrückender erlebten wir schon lange die Situation in der ehemaligen Schule in der Reichenberger Straße. Die Zustände dort waren und sind menschenunwürdig. Vom Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain wünschen wir uns daher nach der Duldung der Flüchtlinge, die darin untergebracht sind, nun auch die aktive Übernahme der Verantwortung für sie.

Alle Menschen in Berlin müssen die Möglichkeit haben, menschenwürdig zu wohnen. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen gelten viele Maßstäbe nicht mehr, die wir für uns selbst beanspruchen. Genau so entstehen Ausgrenzung und Spaltung in Berlin.

CHRISTIAN THOMES

GESCHÄFTSFÜHRER, ZIK GGMBH, IM VORSTAND DES PARITÄTISCHEN BERLIN

Bauen statt Mieten

Erster Spatenstich für inklusives Wohnprojekt der Lebenshilfe in Lichterfelde

Am 12. September fand in der Brauerstraße in Lichterfelde-Ost der symbolische erste Spatenstich für den lange geplanten Ersatzbau der Wohnstätte 4 in der Königin-Luise-Straße statt. Menschen mit Behinderung, ihre Angehörigen und Mitarbeiter freuen sich auf den Umzug.

»In einem der beliebtesten Quartiere Berlins schaffen wir für 24 Menschen mit Behinderung ein neues Zuhause mit herausragender Wohn- und Lebensqualität«, sagte Ulrich Bauch, Geschäftsführer der Lebenshilfe gGmbH. Die neue Wohnstätte bietet viel Platz in kleinen Wohngruppen mit je sechs Personen. Jeder Bewohner wird über ein Zimmer mit eigenem Bad verfügen.

Der Wohnungsmarkt in Berlin wird immer teurer. Preiswerte Mietwohnungen stehen kaum noch zur Verfügung. Deshalb hat die Lebenshilfe sich entschlossen, selbst aktiv zu werden und einen inklusiven und nachhaltigen Beitrag zur positiven Stadtentwicklung in Berlin zu leisten. Ebenfalls in der Brauerstraße errichtet die Lebenshilfe ein inklusives Wohnhaus. Hier entstehen barrierefreie Wohngemeinschaften jeweils für Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf und für Studenten der nahe gelegenen Freien Universität. »Die Studenten sollen Leben in das Haus bringen«, wünscht sich Bauch.

Das neue Wohnprojekt liegt in einem grünen Stadtteil mit lockerer Villenbebauung und großen Gärten. In unmittelbarer Nähe befinden sich zahlreiche Geschäfte, Arztpraxen, Restaurants, ein Wochenmarkt und die Petruskirche mit ihrem breiten kulturellen Angebot. Ebenfalls zu Fuß erreichbar ist der barrierefreie S- und Regionalbahnhof Lichterfelde-Ost.

Die Baupläne wurden vom Büro Dickmann Richter entwickelt. Die Berliner Architekten hatten den von der Lebenshilfe ausgeschriebenen Architektenwettbewerb gewonnen. Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan. Ende nächsten Jahres sollen die Wohnstätte und die Wohngemeinschaften bezugsfertig sein.

»Inklusion heißt für mich, dass Menschen mit geistiger Behinderung auch in guten Wohnlagen und in der Innenstadt leben können und nicht an den Rand gedrängt werden«, so Ulrich Bauch. »Unser Ziel ist, in attraktiven Wohnlagen inklusive Wohnstrukturen zu günstigen Preisen zu schaffen.«

Ein weiteres inklusives Bauprojekt plant die Lebenshilfe Berlin in der Stavangerstraße in Prenzlauer Berg. Mitten im Szenebezirk werden Menschen mit und ohne Behinderung Tür an Tür leben. Ein Teil der Apartments ist für den freien Wohnungsmarkt vorgesehen.

LEBENSHILFE BERLIN E.V.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Lebenshilfe Berlin, Eckehart Lockau (2.v.l.), und Geschäftsführer Ulrich Bauch (re.) mit künftigen Bewohnern.

FOTO: CHRISTIANE MÜLLER-ZUREK



Fachtagung »Wohnen für alle« Zugang zu sozialem Wohnungsbau für Menschen mit Behinderungen

Bürgerinnen und Bürger sind in den letzten Jahrzehnten zu neuen Akteuren geworden. Sie sorgen für mehr Vielfalt im Wohnen und für mehr sozialen Zusammenhalt im Leben: in gemeinschaftlichen Wohnformen zur Miete, im Eigentum, in Genossenschaften und in neuen Wohn- und Pflegeformen für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. Genossenschaftliches Wohnen ist in Berlin traditionell weit verbreitet und bietet insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen eine gute Möglichkeit, lange selbstständig zu leben. Barrierefreies Bauen muss zum allgemeinen Standard werden.

Nach Artikel 28 (2d) der UN-Behindertenrechtskonvention soll der Zugang zu Programmen des sozialen Wohnungsbaus für Menschen mit Behinderungen gesichert sein. Am 21. Oktober führen die Spatikerhilfe Berlin eG und der Paritätische Berlin gemeinsam mit Klaus Mindrup, MdB und Michael Groß, MdB (beide Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) und der Bank für Sozialwirtschaft Berlin eine Fachkonferenz zum Thema »Wohnen für alle – Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz in Anlehnung an die UN-Behindertenrechtskonvention« durch. Schirmherrin der Veranstaltung ist die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Ulla Schmidt.

Menschen mit Behinderungen zählen zu den Zielgruppen der sozialen Wohnraumförderung. Sowohl Mietwohnraum als auch die Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum wird unterstützt. Insbesondere wird die Errichtung von barrierefreien Wohnungen und die Modernisierung von Altbauten wird von der Bundesregierung durch KfW-Förderprogramme gefördert.

Fachkonferenz »Wohnen für alle« in der Bank für Sozialwirtschaft Oranienburger Straße 13, Berlin-Mitte, am 21. Oktober von 12:30 bis 18:30 Uhr.

Weitere Informationen und Hinweise zur Anmeldung finden Sie auf paritaet-berlin.de im Veranstaltungskalender.

Impuls.Wohnen.Berlin. – Initiative für soziale Fachdienste

VdK berät Berliner Pflegestützpunkte

Durch demographischen Wandels und zunehmend Alterung der Bevölkerung steigt der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum kontinuierlich an. Dem gegenüber steht ein vergleichsweise sehr geringes Angebot an geeigneten Wohnungen auf dem Berliner Markt. Insbesondere für ältere Menschen mit Behinderungen verschärft sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt kontinuierlich. Das neue VdK-Projekt »Impuls.Wohnen.Berlin. – Initiative für soziale Fachdienste« berät Berliner Pflegestützpunkte, damit sie ihr Klientel bei der Suche nach barrierefreiem Wohnraum beziehungsweise beim Umzug durch Information, Beratung und Verweisung besser unterstützen können.

Latentes Wohnraumangebot erschließen

Der Senat hat kürzlich auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus hin mitgeteilt, dass in Berlin derzeit ungefähr 41.000 barrierefreie beziehungsweise barrierearme Wohnungen fehlen. Nach Schätzungen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe gibt es momentan nur 24.000 barrierefreie Wohnungen in Seniorenhaushalten sowie 45.000 Wohnungen, die von jüngeren Menschen mit Behinderungen belegt sind. Um dem Klientel der Pflegestützpunkte dennoch bei Bedarf einen Umzug in barrierefreien Wohnraum und damit ein selbst bestimmtes Leben auch im höheren Alter zu ermöglichen, muss auch das »latente Angebot« gemeinsam erschlossen werden – also die Wohnungen, die zwar nicht DIN-Norm-gerecht gebaut wurden, aber durch geringe Umbauten barrierefrei gestaltet werden könnten. Diese zusätzliche Erschließung ergänzt die bereits vielfach durchgeführten Wohnraumanpassungsmaßnahmen der Pflegestützpunkte in von Klienten bewohnten Räumlichkeiten.

Der Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V. hat im Rahmen seiner stiftungsgeförderten, zeitlich befristeten Modellprojekte »(h)ausblick« und »Freiraumberlin« seit 2007 umfangreiches Wissen auf dem Gebiet der berlinweiten Erschließung zusätzlichen barrierefreien Wohnraums gesammelt und wird diese Erkenntnisse in die zukünftige Projektentwicklung einbringen. Unter Berücksichtigung vorhandener Möglichkeiten und Strukturen und aufbauend auf Erfahrungen aus dem Modellprojekt »Freiraumberlin« führt der VdK seit dem 1. September das Sonderprojekt »Impuls.Wohnen.Berlin. durch. Es wird von der Senatsverwaltung für Soziales zunächst für ein Jahr unterstützt und ist dem Pflegestützpunkt Tempelhof-Schöneberg angegliedert.



Nicole Böhmer, Ingenieurin und Beraterin

FOTO:PRIVAT

Professionelle Unterstützung bei der Wohnungssuche

Folgende Fragen stehen bei dem Projekt im Vordergrund: Welche Veränderung der Wohn- und Versorgungssituation ist aktuell/ absehbar vorzunehmen? Wie finde ich die benötigte Wohnung? Wie bewerbe ich mich? Welche Unterlagen brauche ich? Was ist bei der Wohnraumsuche / Besichtigung zu beachten? Welches Wissen benötigen ehrenamtliche Helfer und wo erhalte ich Hilfe beim Umzug?

Nicole Böhmer vom VdK wird für alle Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Pflegestützpunkte zur barrierefreien Wohnungssuche zuständig sein. Die Ingenieurin und Beraterin war bereits 2009 bis 2012 im Rahmen von »Freiraumberlin« erfolgreich für den VdK tätig war und hat nicht nur über 300 Klienten bei der Suche nach behindertengerechten Wohnraum unterstützt, sondern konnte auch Öffentlichkeit und Politik für das Thema sensibilisieren. Böhmer ist als Diplom-Ingenieurin für Architektur und qualifizierte Fachkraft für Immobilienwirtschaft gefragte Ansprechpartnerin für barrierefreies Wohnen.

Langfristig sollen die Berliner Pflegestützpunkte durch das Sonderprojekt in der Lage sein, ein gravierendes städtebauliches Problem als Folge des demographischen Wandels zu entschärfen. Obwohl »(h)ausblick« und »Freiraumberlin« die Erfahrung gemacht wurde, dass dem Problem mit kurzfristigen Projekten nicht wirklich beizukommen ist, besteht in diesem Fall die Hoffnung, über die Pflegestützpunkte als Multiplikatoren von Fachwissen einen nachhaltigen Effekt erzielen zu können.

MIGRATION

Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht auch für Migranten

VdK gibt erstmalig vollständige Broschüre in türkischer Sprache heraus

Patientenverfügung, Betreuungsverfügung oder Vorsorgevollmacht: Um im Ernstfall, bei Unfällen oder gesundheitlichen Krisen gewappnet zu

sein, sind solche Verfügungen und Vollmachten unerlässlich. Der Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg hat sich daher schon vor vielen Jahren des Themas der

gesetzlichen Vorsorge angenommen und sich zum Ziel gesetzt, darüber aufzuklären – auch Bevölkerungsgruppen, die das System bislang kaum nutzen.

Türkischsprachige Information über Vorsorge

Daher hat der Verband dieses Jahr mit finanzieller Unterstützung durch die Stiftung Parität ein Projekt zur Aufklärung der türkischsprachigen Berliner Migrantinnen und Migranten als größter Ethnie über Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht ins Leben gerufen. Ziele sind die Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppe an den gesetzlichen Vorsorgeformen und ihre gesellschaftliche Integration auch in dieser rechtlichen Hinsicht. Denn was viele Menschen nicht wissen: Wenn man selbst nicht mehr in der Lage ist, Entscheidungen etwa über medizinische Eingriffe oder über Vermögensfragen zu treffen, sind die Angehörigen nur dann entscheidungsbefugt, wenn die entsprechenden Verfügungen und Vollmachten vorliegen.

Andernfalls entscheiden beispielsweise Ärzte darüber, welche Eingriffe vorgenommen werden oder nicht, also Dritte, die in der Regel keine Kenntnisse von den Vorstellungen der Betroffenen selbst haben. Der VdK geht zudem davon aus, dass viele Menschen die Notwendigkeit zur Vorsorge sehen, aber vor der Komplexität der rechtlichen Bestimmungen zurückschrecken. Dies betrifft in besonde-



Vorsorgebroschüre auf Türkisch

rem Maße die Gruppe der Migranten, wo das Thema gesetzliche Vorsorge noch weitestgehend unbekannt ist. Ursache hierfür war bislang neben der Unkenntnis der Gesetzeslage und der rechtlichen Möglichkeiten vor allem auch das Fehlen geeigneter muttersprachlichen Informationsmaterials. Ziel des Verbands ist es deshalb, mit Hilfe geeigneter Vorlagen möglichst

allen Interessenten die Teilhabe an der gesetzlichen Vorsorge zu ermöglichen. Hierzu wurde erstmalig im deutschsprachigen Raum eine vollständige türkischsprachige Broschüre mit dem Titel »Göz Açıp Kapayana Kadar Herşey Değişebilir« mit Texten und Formularen zu allen drei Vorsorgeformen neu erarbeitet.

Gut verständlich und leicht zu handhaben

Wichtige Kriterien waren dabei landestypische Formulierungen, Verständlichkeit und einfache Handhabbarkeit. Ferner werden die muttersprachlichen Informationsveranstaltungen zum Thema Vorsorge in Berliner Nachbarschaftsheimen, türkischen Organisationen oder Vereinen vorgestellt, um Interesse zu wecken und zu informieren. Auf diese Weise möchte der VdK perspektivisch auch einen Anstoß für die Integration von Migranten im Allgemeinen in diesem Teil unseres gesetzlich geregelten Versorgungssystems geben.

GEORG STEINHOFF, VdK

Information:

Die Informationsveranstaltungen können direkt beim VdK gebucht werden: 030 78 00 66 68 und nuriye.guer@vdk.de. Im Rahmen der Veranstaltungen werden die Broschüren kostenlos verteilt. Mehr: vdk.de

Fachgruppen und Arbeitskreise

Beim Paritätischen treffen sich Fachgruppen (FG) und Arbeitskreise (AK). Termine und Informationen erhalten Sie über paritaet-alsopfleg.de, im passwortgeschützten Extranet pariextra.de oder über die jeweils angegebene Telefonnummer.

FG Ältere Menschen	Telefon: 030 31 59 19 30
Forum Jugendhilfeausschüsse JHA	Telefon: 030 8 60 01 165
FG Behindertenhilfe	Telefon: 030 8 60 01 152
FG Psychiatrische und psychosoziale Versorgung	Telefon: 030 8 60 01 122
FG Suchthilfe AK Gesundheit FG Hiv, Aids, STI und Hepatitiden	Telefon: 030 8 60 01 168
FG Krankenhäuser	Telefon: 030 8 60 01 101
FG Sozialstationen	Telefon: 030 31 59 19 34
FG Stationäre pfl. Versorgung	Telefon: 030 31 59 19 30
AK Soziale Beratung AK § 67 SGB XII und Schuldnerberatung AK Qualität § 67 SGB XII	Telefon: 030 8 60 01 171
FG Familie, Frauen, Mädchen	Telefon: 030 8 60 01 176
FG Kita Integrations-AG	Telefon: 030 8 60 01 179
FG Jugendberufshilfe FG Hilfen zur Erziehung FG Jugendarbeit	Telefon: 030 8 60 01 165
FG Schulträger	Telefon: 030 8 60 01 161
FG Betreuung Schulkinder FG Schulbez. Jugendhilfe AK Koordinierende Leitungen im Ganztagsbereich	Telefon: 030 8 60 01 166
FG Migration Qualitätsgemeinschaft Migration	Telefon: 030 8 60 01 177
AK Straffälligen- und Opferhilfe	Telefon: 030 8 60 01 171

»Ein Gleichgewicht von wirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verantwortung«

Fünf Fragen an Prof. Dr. Stephan F. Wagner, Geschäftsführer der Paritätischen Akademie Berlin

Stephan F. Wagner studierte an der Fachhochschule Dortmund und an der Freien Universität Berlin. Danach war er einige Jahre als Sozialarbeiter im Nachbarschaftsheim Mittelhof Berlin tätig. 1991 nahm er eine Professur im Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule Jena an. Seit 1997 ist Wagner Geschäftsführer der Paritätischen Akademie Berlin. Dort plant und gestaltet er unter anderem den Master-Fernstudiengang Sozialmanagement. Die Fragen zum Studiengang stellte Nina Peretz.

Herr Prof. Wagner, der Masterstudiengang Sozialmanagement wird seit vielen Jahren sehr gut angenommen. Woran liegt es, dass immer mehr Menschen das Bedürfnis verspüren, das Management sozialer Einrichtungen an einer Hochschule zu lernen?

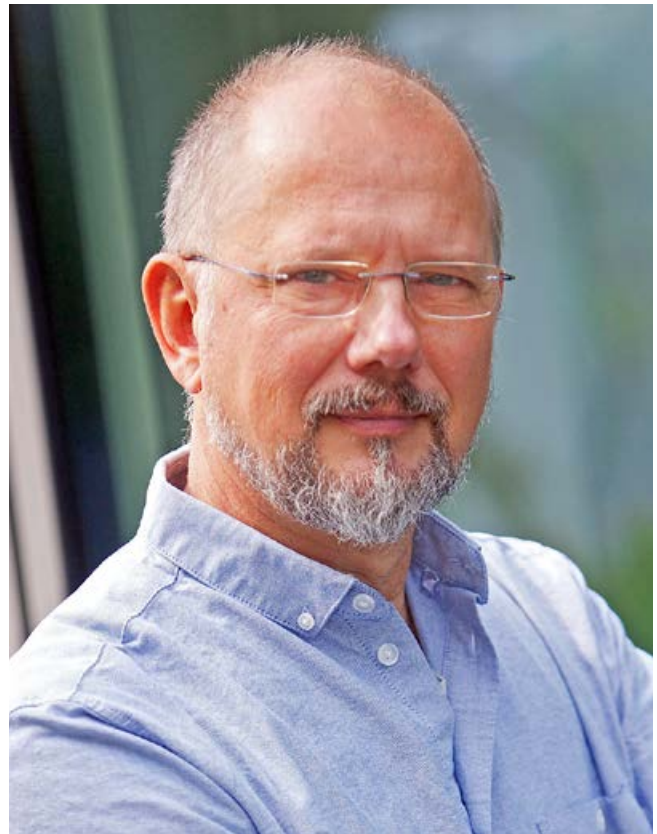
Stephan F. Wagner: Als wir im Jahr 2000 mit dem Masterstudiengang Sozialmanagement begonnen haben, hatten wir 13 Studierende. Damals galt ein Master Sozialmanagement als exotisch – wir waren zusammen mit zwei oder drei anderen Anbietern allein am Markt. Es gab noch keine Qualitätskontrolle durch Akkreditierungsagenturen und die Ausbildungsinhalte waren nur wenigen bekannt. Gleichzeitig war die Umstellung von der Zuwendungs- auf die Entgeltfinanzierung im sozialen Bereich im vollen Gange, das heißt in den Organisationen wuchs der Bedarf an qualifizierten Kräften mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und dem Blick fürs Soziale. Einige Betriebe haben in dieser Situation angefangen Fachkräfte aus der Industrie abzuwerben. Das hat aber nicht gut geklappt, denn oft fehlte der Blick fürs Soziale. Langsam hat sich herumgesprochen, dass dies bei unseren Absolvierenden anders ist: Ein positives Gleichgewicht von wirtschaftlicher Notwendigkeit und sozialer Verantwortung war Schwerpunkt des Studiums, und viele Studenten kamen aus dem Sozialbereich oder hatten sich bewusst dafür entschieden, weil sie mit Menschen für Menschen arbeiten wollten.

Welches Wissen muss man für die professionelle Leitung gemeinnütziger Einrichtungen haben? Auf welche Studieninhalte setzen Sie den Schwerpunkt?

Stephan F. Wagner: Natürlich ist eine gehörige Portion Betriebswirtschaft notwendig. Das umfasst sowohl finanzielle Aspekte als natürlich auch den ganzen Bereich der Personalwirtschaft und Personalführung sowie Steuerrecht. Changemanagement ist ein wichtiges Stichwort, und natürlich eine besondere Form der Achtsamkeit gegenüber allen Prozessen in der Organisation. Die Grundlage ist das Soziale. Daher spielen die Arbeit mit Ehrenamtlichen, Ethik und Coaching ebenfalls eine wichtige Rolle. Dazu gehört auch ein Tag Outdoor-Training, bei dem mit speziellen Übungen der Blick auf die Entwicklung der eigenen Person gelenkt wird.

Das Konzept für den Master wurde bereits vor 15 Jahren gemeinsam mit der Alice Salomon Hochschule entwickelt. Welche Elemente haben sich seitdem bewährt und wurden beibehalten, und wo wurden Inhalte an aktuelle Gegebenheiten angepasst?

Stephan F. Wagner: Bewährt hat sich die Mischung aus betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, volkswirtschaftlichen Anteilen



Stephan F. Wagner

FOTO: STEFANIE HERBST

und der praktische Bezug auf aktuelle Erfahrungen im Sozialbereich. Der Studiengang war von Anfang an als eine Balance aus wissenschaftlicher Systematik und praktischer Erfahrung konzipiert. Wir achten sehr darauf, dass unsere Lehrenden – Professorinnen und Professoren aus ganz Deutschland – Akademiker mit hervorragendem Ruf sind. Gleichzeitig ist es uns sehr wichtig, Praktiker zu haben, die in Betrieben und Verbänden arbeiten und dort konkret erleben, was zur Zeit in sozialen Organisationen passiert. Hier konnten wir von Bundesverbänden des Sozialbereichs (Paritätischer und AWO) hervorragende Kräfte gewinnen. Fachreferenten aus dem Landesverband Berlin des Paritätischen stellen zudem sicher, dass die Lehre sich genau mit den aktuellen Problemen in der Praxis auseinandersetzt. Besonders stolz sind wir darauf, dass drei unserer Lehrenden, darunter ein Professor, selbst Absolventen des Studiengangs sind und ihre persönlichen Erfahrungen einbringen. Sie wissen zum Beispiel, wie herausfordernd berufsbegleitende Studiengänge sein können und wie Lehrende dabei helfen und unterstützen können. Hinzugekommen ist der ganze Bereich der Arbeit mit Ehrenamtlichen und natürlich Ethik. Diese beiden Elemente waren 2000 nicht so stark, da legen wir aber inzwischen ganz wesentlich Wert drauf.

Viele Ihrer Studentinnen und Studenten sind bereits in leitender Position tätig und somit voll berufstätig. Wie lässt sich das mit den Anforderungen des Masterstudiums vereinen?

Stephan F. Wagner: Der Studiengang ist gezielt als Ausbildungs-gang für Berufstätige entwickelt worden. Viele Hochschulen konzipieren solche Studiengänge nach ihren eigenen Bedürfnissen als Hochschule. Oft sind die Studiengänge dann Ergänzungen des grundständigen Studienangebots und es wird geschaut, wann Räume an der Hochschule frei sind und wann die Professorinnen und Professoren noch Zeit haben. Meist kommen dann Angebote am Wochenende heraus. Bei 48 Präsenztagen in zwei Jahren ist die persönliche und berufliche Belastung bei solchen Angeboten unheimlich hoch und die Studierenden können kaum Luft holen, ganz zu schweigen von den hohen Reisekosten.

Wir sind einen anderen Weg gegangen. Wir haben die Studierenden in den Mittelpunkt der Planung des Studiengangs gestellt und das Studium um sie herum organisiert. Herausgekommen sind vier Wochenblöcke pro Jahr von jeweils sechs Tagen. Man muss somit nicht seine kostbare Freizeit opfern, die ja auch noch zum Lernen benötigt wird, sondern geht aus den Arbeitsprozessen raus und studiert. Dann hat man acht bis zwölf Woche Pause, in denen man Literatur studieren kann, sich auf Prüfungen vorbereiten kann und Zeit zum Erholen hat. Damit die Studierenden nicht den Kontakt zueinander verlieren und in der Diskussion bleiben, finden in dieser Zeit Internetseminare statt. Auch hier ist der Lehrinhalt so konzipiert, dass jeder für sich entscheiden kann, wann sein Beitrag geschrieben wird, und die Arbeit an die persönlichen und beruflichen Bedingungen anpassen kann. Die Planung der Präsenzzeiten hat auch dazu geführt, dass die Studierenden aus ganz Deutschland kommen, ja sogar aus

England, der Schweiz, Belgien, Luxemburg, Österreich, Frankreich, Italien und Spanien, und dadurch im Seminar ein wesentlich breiterer Fachaustausch möglich ist, als wenn die Studierenden alle aus einer Region sind.

Berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungsangebote gibt es viele, vor allem in Berlin, der Stadt der Stiftungen und NGOs. Was ist das Besondere am Studiengang der Akademie, was unterscheidet ihn von anderen Angeboten?

Stephan F. Wagner: Das Besondere ist die Kombination von wissenschaftlicher Ausrichtung und praktischer Erfahrung. Hier gilt ein spezielles Lob der Alice-Salomon Hochschule und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Berlin ausgesprochen werden. Als der Studiengang in den Jahren 1998/1999 konzipiert wurde, haben sie es möglich gemacht, dass die Paritätische Akademie Berlin als gleichberechtigten Partner in die Studienordnung geschrieben wurde. Dies gab uns die Chance, besagtes Gleichgewicht aus Praxis und Wissenschaft herzustellen, das den Studiengang auszeichnet. Die besondere Partnerschaft einer Hochschule mit der Fort- und Weiterbildungseinrichtung eines Wohlfahrtsverbandes schafft ein Klima der Wissensvermittlung, bei dem die praktischen Notwendigkeiten immer im Blick der Lehre sind, gleichzeitig aber sichergestellt wird, dass dies auf wissenschaftlicher Grundlage geschieht.

Information:

Mehr über den Studiengang, die Inhalte und die Anmeldung finden Sie unter akademie.org/bildungsangebote.

Freie Plätze im Master-Fernstudiengang Sozialmanagement

Alice Salomon Hochschule und Paritätische Akademie Berlin ermöglichen erfolgreiche Weiterbildung in Kooperation

Für den XV. Studiendurchgang des Fernstudiengangs Sozialmanagement (Master of Arts) hat die Paritätische Akademie Berlin eine zusätzliche Studiengruppe für 20 Teilnehmende eröffnet. Da in dieser Gruppe aktuell noch einige Studienplätze frei sind, können kurzfristig noch Bewerbungen entgegengenommen werden.

In diesem Studiengang erwerben Studierende Fähigkeiten, um verantwortungsbewusst gegenüber der Gesellschaft und den Klientinnen und Klienten sozialer Arbeit zu handeln. Den Teilnehmenden werden befähigt, Beschäftigte sozialer Einrichtungen auf der Basis fundiert rechtlicher, betriebswirtschaftlicher und umfassender Managementkenntnisse zu führen und zu leiten.

Strukturen, organisatorische Abläufe und Begleitungskonzept im Studium sind optimal auf die Studierbarkeit neben anspruchsvoller Berufstätigkeit ausgerichtet. Davon profitieren (Fern-)Studierende und Arbeitgeber gleichermaßen. Das berufsbegleitende Fernstudium mit kompakten Präsenzwochen, E-Learning-Anteilen und unterstützendem Coaching wurde in den

vergangenen 15 Jahren zum erfolgreichsten Master-Studienangebot Sozialmanagement im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Beginn: 17. November 2014
 Dauer: 5 Semester (4 Studiensemester, im 5. Semester Erstellung der Master Thesis)
 Präsenzzeiten: je Studiensemester zweimal eine Woche in Berlin (Bildungsurlaub: §11 BiUrlG)

Informationen und persönliche Beratung zum Studiengang:

Petra Heinzl
 Paritätische Akademie Berlin
 Tel.: 030 275 82 82 13
 Mail: heinzl@akademie.org

Information:

Weitere Informationen unter akademie.org/bildungsangebote

Paritätische Akademie Berlin

Veranstaltungsinformationen

Informationen zu den aufgeführten Veranstaltungen erhalten Sie bei:

Paritätische Akademie Berlin

Telefon: 030 27 58 282-12, lopez@akademie.org

Der erstgenannte Preis gilt für Seminarteilnehmer aus Mitgliedsorganisationen, der an zweiter Stelle genannte Preis für Seminarteilnehmer aus Nicht-Mitgliedsorganisationen. Soweit nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen in Berlin statt.

November 2014

Facebook, Twitter & Co.

Der Umgang mit Social Media in gemeinnützigen Einrichtungen.

Nr.: 071484 | 03. November 2014

89 Euro / 99 Euro

Umgang mit Widerstand in Arbeitsbeziehungen

Nr.: 091416 | 03. bis 04. November 2014

298 Euro / 345 Euro

Ernährung bei Diabetes.

Grundkurs

Nr.: 071458 | 04. November 2014

80 Euro / 90 Euro

Beziehungsdynamik bei psychischen Störungen

Nr.: 081415 | 05. bis 07. November 2014

390 Euro / 460 Euro

Trauma überwinden

Nr.: 081412 | 05. bis 07. November 2014

390 Euro / 460 Euro

Schmerzmanagement in der Pflege – Der Expertenstandard in seiner praktischen Anwendung

Nr.: 071446 | 06. November 2014

80 Euro / 90 Euro

Rollenwechsel... und morgen

Führungskraft.

Angebot für (angehende) Leitungs- und Führungskräfte

Nr.: 091407 | 06. November 2014,

6 x 3 Stunden, 465 Euro / 498 Euro

Anleitung von Praktikant/innen.

Anleitung und Ausbildungsplan.

Grundlagenseminar

Nr.: 071404 | 10. bis 11. November 2014

215 Euro / 255 Euro

Diplom-Lehrgang Geprüfte Finanzbuchhalterin / Geprüfter Finanzbuchhalter Sozialwirtschaft

Nr.: 081421 | 10.-11. November 2014

Modul 1 von 4

1.560 Euro / 1.872 Euro

Kommunikation und Kontakt in der Pflege. Pflichtfortbildung für Betreuungsassistenten nach § 87b SGB XI

Nr.: 071459 | 10.-11. November 2014

160 Euro / 180 Euro

Zertifikatskurs: Betriebswirtschaft in sozialwirtschaftlichen

Dienstleistungsunternehmen

Nr.: 081422 | 12. bis 14. November 2014

Modul 1 von 4

1.950 Euro / 2.340 Euro

Zertifikatskurs: Suchtberater/in

Nr.: 091462 | 12.-14. November 2014

neuer Beginn

2.820 Euro / 3.000 Euro

Basis Anwenderschulung KiQu Datenbank

Nr.: 081450 | 12. November 2014

145 Euro / 160 Euro

Anleitung von Praktikanten/innen. Aufbau-seminar – Gespräche mit Praktikanten/innen führen

Nr.: 071405 | 17. November 2014

105 Euro / 125 Euro

Hygiene in der stationären Pflege

Nr.: 071445 | 19. November 2014

80 Euro / 90 Euro

Konfliktmanagement in Teams

Nr.: 071412 | 20. bis 21. November 2014

310 Euro / 360 Euro

Grundlagen für die Arbeit mit Ehrenamtlichen

Nr.: 041403 | 21. November 2014

53 Euro / 65 Euro

Pflegedokumentation.

Fortbildung für Pflege(hilfs)kräfte

Nr.: 071460 | 24. bis 26. November 2014

240 Euro / 270 Euro

Zertifikatskurs: Konfliktmanagement und Mediation in Organisationen – Konflikte systemisch betrachtet –

Nr.: 031402 | 26. bis 28. November 2014

Modul 1 von 4

2.040 Euro / 2.280 Euro

Dezember 2014

Arbeitsrecht für Arbeitgeber

Nr.: 071413 | 01. bis 02. Dezember 2014

340 Euro / 385 Euro

Das 1 x 1 für (neue) Führungskräfte

Nr.: 081428 | 03. bis 09. Dezember 2014

ohne das WE

860 Euro / 1.032 Euro

Qualitätsmanagement im Rechnungswesen

Nr.: 081402 | 04. Dezember 2014

170 Euro / 204 Euro

Macht der Worte

Nr.: 091440 | 04. bis 05. Dezember 2014

415 Euro / 495 Euro

Teamentwicklung

Nr.: 071411 | 11. bis 12. Dezember 2014

310 Euro / 360 Euro

Strategische Personalakquise

Nr.: 081429 | 12. Dezember 2014

160 Euro / 190 Euro

Januar 2015

Anleitung von Praktikant/-innen

Nr.: 071501 | 26. bis 28. Januar 2015

339 Euro / 389 Euro

Fortbildung und Vernetzung für Mitglieder

Das Paritätische Personalforum stellt sich vor

Aufgrund zahlreicher Nachfragen – vor allem neuer Mitglieder – zum Angebot des Paritätischen Personalforums stellen wir Ihnen hier kurz unsere Arbeit vor.

Wer wir sind

Das Paritätische Personalforum ist ein Weiterbildungsangebot des Paritätischen Berlin und dient als Forum zur Fort- und Weiterbildung seiner rund 700 Mitgliedsorganisationen. Neben dem Weiterbildungsauftrag dient das Paritätische Personalforum auch der Vernetzung und Kommunikation.

Unsere Zielgruppe

Die Weiterbildungen richten sich je nach Themengebiet an Vorstände, Geschäftsführende, Entscheider, Führungskräfte, Datenschutzbeauftragte sowie an Verant-

wortliche und Mitarbeitende in den Personalabteilungen. Im vergangenen Jahr haben rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unsere Weiterbildungen besucht.

Unsere Themen

Für folgende Themenbereiche bieten wir Weiterbildungen an:

- Arbeitsrecht
- Datenschutz
- Sozialversicherungsrecht
- Lohnbuchhaltung / Personalbüro
- Tarifrecht
- Führungs- und Personalmanagement
- Kommunikation im Personalwesen

Das Paritätische Personalforum arbeitet mit erfahrenen Referentinnen und Referenten unterschiedlicher Fachgebiete zu-

sammen. Gemeinsam bieten wir Ihnen hochwertige Qualifizierungsmöglichkeiten für Ihre fachlichen Herausforderungen. Wir legen großen Wert darauf, dass die Inhalte unserer Weiterbildungen praxisnah vermittelt werden. Individuelle Fragen können während jedes Seminars diskutiert werden. Sollten Sie spezielle Themenwünsche haben, können Sie sich an uns wenden. Stark nachgefragte Themen und aktuelle Fortbildungsbedarfe nehmen wir zum Anlass, zusätzliche Veranstaltungen zu organisieren.

HANS-JÜRGEN WANKE

Information:

Gern stehen wir Ihnen bei Rückfragen zur Verfügung:
030 55 174 102, kontakt@paritaetisches-personalforum.de
Weitere Informationen finden Sie unter paritaetisches-personalforum.de.

Paritätisches Personalforum

Unsere nächsten Weiterbildungen

- 6. Oktober 2014: Konflikte am Arbeitsplatz – Konflikte konstruktiv ansprechen
- 7. Oktober 2014: Geringfügige Beschäftigten, Studenten, Praktikanten & Co.
- 9. Oktober 2014: Von der Stellenausschreibung bis zur Einstellung
- 14. Oktober 2014: Konsequenz führen in der Personalarbeit
- 16. Oktober 2014: Datenschutz übersichtlich (Praxisworkshop)
- 6. November 2014: Auslaufmodell BAT
- 7. November 2014: Künstlersozialkasse
- 13. November 2014: Die ersten 100 Tage als Datenschutzbeauftragter
- 14. November 2014: Betriebsverfassungsrecht / Die Folgen der Betriebsratswahlen 2014

Eine Anmeldung für unsere Veranstaltungen ist erforderlich.

Informationen zu unseren Seminaren erhalten Sie unter paritaetisches-personalforum.de oder 030 55 17 41 02.

Pinnwand

Stellenangebote

Leitung des Bereichs Personalwesen (m/w) in Vollzeit vom Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. gesucht.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unsere Zentralverwaltung einen engagierten Mitarbeiter für die Leitung des Bereichs Personalwesen (m/w) in Vollzeit.

Ihre Aufgaben:

- Beratung der Geschäftsführung und Verwaltungsleitung in Personalfragen

- Begleitung von Personalentwicklungsmaßnahmen
- Organisation und aktive Mitarbeit bei Personalabrechnungen
- Ansprechpartner in allen relevanten personal-, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Angelegenheiten
- Erstellen von Personalstatistiken und Auswertung für das Personalcontrolling
- Unterstützung bei der Personalfindung
- Personalverantwortung für die Mitarbeiter der Personalsachbearbeitung

Wir erwarten:

- Eine erfolgreich abgeschlossene kaufmännische Ausbildung oder ein entsprechendes Studium mit Weiterbildung im Bereich Personalwesen.
- Berufserfahrung im Personalbereich
- Gute Kenntnisse im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht
- Sicheren Umgang mit DATEV / LODAS
- Hohe Sozialkompetenz, Organisationstalent, Verlässlichkeit und Diskretion, selbständige Arbeitsweise, Teamfähigkeit, Eigeninitiative und Engagement ▶

Wir bieten:

- Arbeiten in einem sympathischen und engagierten Team
- Einen sicheren Arbeitsplatz
- Mitarbeit bei der Modernisierung der Unternehmensstruktur
- Leistungsgerechte Bezahlung

Ihre Bewerbung erbitten wir per Mail an bewerbung@tannenhof.de oder per Post an: Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. / Personalabteilung, Meierottostraße 8-9, 10719 Berlin

Der Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. ist ein gemeinnütziger Träger verschiedener Einrichtungen in Berlin und Brandenburg für die Rehabilitation und Beratung von Menschen mit Suchterkrankungen. Außerdem betreibt der Tannenhof mehrere stationäre und teilstationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Aktuell sind beim Tannenhof 250 Mitarbeiter beschäftigt. tannenhof.de

Examierte Pflegefachkraft (m/w) im Schichtsystem von Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. für unbefristete Stelle mit 20 bis 25 Wochenstunden gesucht.

Der Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. sucht für das Haus Schönbirken in Vielitzsee bei Lindow, einer stationären Einrichtung der medizinischen Rehabilitation für Suchtkranke, eine examinierte Pflegefachkräfte (m/w) im Schichtsystem. Die Stelle ist unbefristet, die Arbeitszeit umfasst 20 bis 25 Wochenstunden.

Aufgaben:

Pflegerische und soziotherapeutische Begleitung von Suchtkranken, Unterstützung der ärztlichen Tätigkeit, Terminvereinbarungen, Durchführung ärztlicher Verordnungen, Krisenintervention, Dokumentation

Anforderung:

Belastbarkeit, Teamfähigkeit, (Praxiserfahrungen im Suchtbereich erwünscht), gültige Fahrerlaubnis, gute EDV-Kenntnisse.

Wir bieten:

die Mitarbeit in einem erfahrenen multiprofessionellen Team.

Für erste Anfragen können sich Interessierte gern an Dipl.-Med. Beate Hellfors oder Frau Hoffmann (Tel.: 033933 40 510) wenden.

Ihre Bewerbung erbitten wir per Mail an bewerbung@tannenhof.de oder per Post an: Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V. / Personalabteilung Meierottostraße 8-9, 10719 Berlin tannenhof.de

Kitaleiter/in für die „Kita Villa Flitzsternchen“ von Fipp e.V. zum April 2015 gesucht.

Der Verein sucht ab April 2015 eine/n Kitaleiter/in für die Kita „Villa Flitzsternchen“ in Berlin-Hermsdorf, Schramberger Straße 8 bis 10, 13467 Berlin. Die Kita betreut rund 90 Kinder in altersgemischten Gruppen. Im Januar 2014 wurde ein Anbau mit 30 Krippenplätzen eingeweiht.

Das Recht aller Kinder auf Beteiligung und Selbstbestimmung im Kitaleben wird bei uns groß geschrieben. In der pädagogischen Arbeit pflegen wir das Spielen der Kinder und fördern ihre freie Bewegungsentwicklung. Wesentliche Ziele unserer Bildungsbegleitung liegen in der Unterstützung der kindlichen Phantasie und Kreativität durch Anregungen in Bereichen wie Musik oder auch den Naturwissenschaften.

Aufgabenbereiche:

- fachliche, organisatorische und betriebswirtschaftliche Leitung der Kindertagesstätte
- Konzeptions- und Qualitätsentwicklung
- Teamentwicklung, Personalführung und Personalauswahl
- Planung und Kontrolle des Personaleinsatzes unter Berücksichtigung der Bedarfe von Kindern und Familien; Management der Platzbelegung und des Personalbedarfs
- Mitarbeit an der Finanzplanung und -verwaltung
- Mitarbeit an der Öffentlichkeitsarbeit und dem Fundraising
- Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Träger
- Gewährleistung der Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen

Stellenanforderungen/notwendige Kompetenzen:

- Ausbildung als ErzieherIn mit staatlicher Anerkennung, SozialpädagogIn oder vergleichbarer Qualifikation
- gute Führungskompetenzen und eine Qualifizierung zur Führungskraft
- Erfahrungen und Kompetenzen zur Team- und Konzeptionsentwicklung und in der partnerschaftlichen Arbeit mit Eltern
- Ideen zur Umsetzung des Bildungsprogramms
- Beteiligung an der konzeptionellen Weiterentwicklung des Trägers und an der Verankerung seiner Schwerpunkte in den Kitas, insbesondere auch bezogen auf die vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung und den Early-Excellence-Ansatz
- Vision zur Öffnung der Kita nach außen
- Computerkenntnisse (Word, Excel, Outlook)
- betriebswirtschaftliche Leitungskompetenzen

Es erwartet Sie neben qualifizierter Beratung eine offene Teamarbeit im Kreis der Mitarbeiter/innen und Kitaleiter/innen, flache Hierarchien und eine Unternehmenskultur, in der es Spaß macht, Ideen, Kraft und Initiative einzubringen. Wir freuen uns auf eine engagierte und teamorientierte Mitarbeit und sehen der Zusendung von kompletten schriftlichen Bewerbungsunterlagen gern entgegen. Wenn Rücksendung erwünscht, bitte mit frankiertem Rückumschlag. Diese richten Sie bitte an: Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis, Frau Byk, Sonnenallee 223a, 12059 Berlin

Gern nehmen wir die Zusendung Ihrer Bewerbungsunterlagen auch online entgegen: bewerbung@fippev.de

Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis. fippev.de

Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis ist ein freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit über 50 Einrichtungen und Projekten in neun Berliner Bezirken. Zu den Tätigkeitsfeldern gehören Kindertagesstätten, Ganztagsbereiche, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, schulbezogene Projekte und Berufsorientierungsangebote.

Fachreferent/in für Jugendverbandsarbeit vom Landesjugendring Berlin zum 1. Februar 2015 gesucht.

Der Landesjugendring Berlin e.V. ist die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Jugendverbände mit zur Zeit 34 Mitgliedsorganisationen. Der Landesjugendring Berlin sucht zum 1. Februar 2015 eine/n Fachreferent/in für Jugendverbandsarbeit. In Abstimmung mit Vorstand und Geschäftsführung umfasst die Stelle die Unterstützung der Mitgliedsverbände des Landesjugendrings und die Vertretung der Interessen des Landesjugendrings nach außen.

Dazu gehören:

- fachliche Begleitung der Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen (Juleica) in den Mitgliedsverbänden,
- fachliche Zuarbeit für die Gremien des Landesjugendrings zu Fragen der Jugendverbandsarbeit,
- Mitarbeit in Fachkommissionen des Landesjugendrings,

- Konzeptionierung und eigenverantwortliche Vorbereitung von Fachveranstaltungen,
- Außenvertretung des Landesjugendrings entsprechend der Beauftragung durch die Gremien,
- eigenverantwortliche Presse- und Medienarbeit in Abstimmung mit dem Vorstand,
- eigenverantwortliche Redaktion von Infodiensten, Homepage und Publikationen.

Als Voraussetzungen werden erwartet:

- eine abgeschlossene sozialpädagogische bzw. sozialwissenschaftliche Hochschulqualifikation,
- die Offenheit und Fähigkeit, die Gesamtheit und Bandbreite der Jugendverbände zu repräsentieren,
- einschlägige Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit,
- Sicherheit in Konzeptentwicklung und bei der Vorbereitung und Durchführung von Fachveranstaltungen,
- ausgewiesene fachliche und jugendpolitische Kompetenzen und Erfahrungen,
- Erfahrungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
- Team-, Organisations- und Kooperationsfähigkeit,
- sicherer Umgang mit MS Office, Adobe InDesign und Drupal.

Die Vergütung erfolgt im Rahmen des LJR-Haustarif (Orientierung an TVL 10). Der Stellenumfang beträgt zunächst 80 Prozent, spätestens ab 1. Oktober 2015 100 Prozent.

Bewerbungsschluss ist der 26. Oktober 2014. Bewerbungsgespräche sind für den 13. November 2014 in Berlin geplant. Bewerbungen richten Sie bitte ausschließlich per Mail in einem pdf-Anhang an: weickmann@ljrberlin.de.

Für Fragen steht Ihnen der Geschäftsführer Tilmann Weickmann, Tel.: 030 818 86 103, Mail: weickmann@ljrberlin.de zur Verfügung.

Landesjugendring Berlin Lehrter Str. 26a, 10557 Berlin, ljrberlin.de

Erzieher oder Heilerziehungspfleger von Pfefferwerk Stadtkultur GmbH zum 3. November für Elternzeitvertretung gesucht.

Die Abteilung Kooperation Jugendhilfe – Schule sucht einen Erzieher oder Heilerziehungspfleger (aus paritätischen Gründen männlich) für die Ganztagsbetreuung (Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt Autismus“).

Umfang: 39,5 Stunden/Woche

Zeitraum: ab 3. November 2014 bis 12. Juli 2015 (Elternzeitvertretung)

Vergütung: analog TV-L B

Arbeitsort: Berlin-Friedrichshain

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Unterrichtsergänzende Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote für autistische Schüler/innen in Ganztagskleinklassen
- Begleitung und Unterstützung der Schüler/innen im Unterricht und bei schulischen Veranstaltungen, Ausflügen u. ä.
- Umsetzung von Förderplanungen
- Einzel- und Gruppenarbeit
- Hausaufgabenhilfe
- Freizeitgestaltung
- Hortbetreuung
- intensive Zusammenarbeit mit Lehrer/innen, Team und Eltern

Voraussetzungen:

- staatliche Anerkennung als Erzieher oder Ausbildung als Heilerziehungspfleger (mit Zusatzqualifikation „Fachlehrer für Integration“)

- Berufserfahrung in der Arbeit mit autistischen Kindern und Jugendlichen
- Offenheit, Einfühlungsvermögen, Zuverlässigkeit
- Erfahrung in der pädagogischen Einzel-, Gruppen- und Elternarbeit
- Methodenkompetenz in der Bewältigung von Konflikten
- Team-, Reflexionsfähigkeit, Flexibilität, Belastbarkeit
- ressourcen-, lösungsorientierte und wertschätzende Arbeitsweise

Die Einstellung erfolgt erst nach Vorlage eines aktuellen erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses. Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung besonders berücksichtigt.

Bewerbungen bitte (mit Rückporto) bis 9. Oktober 2014 an: Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH, z. H. Dörte Koch, Abteilungsleiterin Kooperation Jugendhilfe – Schule, Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin oder per Mail an scholze@pfefferwerk.de

Nicht berücksichtigte Bewerbungen ohne Rückporto können leider nicht zurückgesandt, aber im Sekretariat der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Erzieher/in für eine therapeutische Jugendwohngruppe von Der Steg gGmbH ab sofort für eine befristete Stelle gesucht.

Der Steg gGmbH – Gesellschaft zur Förderung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen – sucht einen/ eine Erzieher/in für eine unserer Wohngruppen mit der Bereitschaft zum Schichtdienst in Vollzeit (39 Stunden). Die Stelle ist zunächst befristet auf ein Jahr. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L, EG 9.

Wenn Sie an einem Arbeitsplatz mit Teamarbeit, der Möglichkeit der persönlichen Mitgestaltung, Fortbildung und regelmäßiger Supervision interessiert sind, erwarten wir Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen gern auch online an daniela.hupfer@dersteg.de

Der Steg gGmbH – Therapeutische Jugendwohngruppen
Daniela Hupfer, Alt-Reinickendorf 29, 13407 Berlin
dersteg.de

Diplom Sozialarbeiter/ -pädagog (FH) , Sozialarbeiter/ -pädagoge (B.A.) in der Koordination des Pflegedienstes/ Teamleitung ab sofort für 30 Std. pro Woche von Lebenswege gGmbH für den ambulanten Assistenzpflegedienst, Eingruppierung gemäß RBAV 2011 Vergütungsgruppe 3, gesucht.

Zu Ihren Aufgaben gehört

- die sozialarbeiterische Begleitung von AssistenznehmerInnen des Pflegedienstes, die Koordination der dazugehörigen Teams aus PflegeassistentInnen und die Leitung von Teamsitzungen.
- Sie beraten und begleiten die AssistenznehmerInnen bei der Beantragung von Hilfeleistungen und vertreten den Träger bei Hilfebedarfsfeststellungen.
- Sie arbeiten gerne in einem interdisziplinären Team und beteiligen sich an Qualitätszirkeln zur Weiterentwicklung unseres Leistungsangebots.

Stellenbeschreibung

- sozialarbeiterische Begleitung von Assistenznehmern und Assistentinnen
- Leitung von Teamsitzungen
- Antragswesen
- Koordination von Pflegeassistenzeinsätzen
- Kooperation im interdisziplinären Organisationsteam
- Vertretung des Trägers bei Hilfebedarfsfeststellungen

- interne Qualitätssicherung
- Teilnahme an Arbeitsgruppen
- Mitwirkung bei der Konzeptions- und Leitbildentwicklung,
- Verwirklichung der in der Konzeption und im Leitbild konkretisierten Tendenz

Voraussetzungen

- Diplom SozialarbeiterIn/ -pädagogIn (FH), Sozialarbeiter/ -pädagoge (B.A.) mit staatlicher Anerkennung
- fundierte Kenntnisse im Bereich SGB XI, SGB XII, SGB IX u. angrenzenden Rechtsnormen
- Berufserfahrung in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen in der Sozialarbeit, in Pflegediensten, Sozialstationen oder vergleichbaren Institutionen
- Sicherheit im Umgang mit Kostenträgern
- Erfahrung in der Leitung von Teams
- große Einsatzbereitschaft, Flexibilität und Selbstständigkeit
- Erfahrung in der Assistenz wäre förderlich
- Übereinstimmung mit den ethischen und inhaltlichen Grundsätzen der Lebenswege gGmbH

Die Bewerbung von Menschen mit Schwerbehinderung ist ausdrücklich erwünscht. Bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung werden die Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigt.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung per Mail an silke.anders@lebenswege-berlin.de oder mit einem frankierten Rückumschlag an:

Lebenswege gGmbH – Pflegedienst ‚Normales Leben‘
Frau Anders, Gubener Str. 49, 10243 Berlin

Dipl.-Sozialarbeiter/innen / Dipl.-Sozialpädgog/innen, oder B.A./Master (mit staatlicher Anerkennung) von Freie Hilfe Berlin e.V. für den Bereich „Ambulante Wohnhilfe“ (Betretes Wohnen gem. §§ 67, 68 SGB XII) gesucht.

Sie verfügen über:

- Interesse an der Arbeit mit straffälligen Menschen, innerhalb und außerhalb des Justizvollzugs und Wohnungslosen
- Freude an einer selbständigen, teamorientierten und verantwortungsbewussten Tätigkeit
- Beratungskompetenz
- gute Rechtskenntnisse in den einschlägigen Rechtsgebieten (insbesondere SGB II, III, VIII und XII)
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen und Kooperationspartnern
- ein berufliches Selbstverständnis, das die Entscheidungs- und Handlungsautonomie unserer Klienten fördert und so die nachhaltige Überwindung ihrer Problemlagen ermöglicht

Wir bieten:

- interessante und abwechslungsreiche Aufgaben, die eigenständiges Arbeiten erfordern und viele Gestaltungsmöglichkeiten lassen
- eine angemessene Vergütung
- Supervision und kollegiale Beratung
- regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten

Ihre Bewerbungsunterlagen können Sie uns gerne bis zum 15. Oktober 2014 per Mail an s.haas@freihilfe.de zukommen lassen.

Ein/e engagierte/r Mitarbeiter/in zur Unterstützung des Nachtwachbereiches vom Caroline-von-Heydebrand-Heim e.V. für die Kinderwohngruppen gesucht.

Wir suchen eine/n engagierte/n Mitarbeiter/in, die/der uns im Nachtwachen-Bereich in einer unserer Kinderwohngruppen unterstützt.

Schicken Sie Ihre Unterlagen, inklusive eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses, per Post oder schreiben Sie eine Mail an: bewerbung@heydebrand.waldorf.net

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Caroline-von-Heydebrand-Heim e.V.
Klopstockstraße 36/42, 14129 Berlin

Erzieherin/Erzieher von der GFJ- Gemeinnützige Gesellschaft für Familien- und Jugendhilfe mbH gesucht.

Sie sind Erzieherin/Erzieher mit staatlicher Anerkennung? Sie besitzen ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsstärke und Sie verfügen über ein sicheres Auftreten?

Sie sind sowohl Bezugsperson für die Kinder als auch Ansprechpartner für die Eltern?

Sie sind stressresistent und behalten auch in turbulenten Situationen einen kühlen Kopf?

Sie interessieren sich besonders für alle Bereiche der modernen Kleinkind- und Vorschulpädagogik?

Dann brauchen wir Sie in unserem GFJ-Team und freuen uns auf Ihren Anruf zwecks Terminvereinbarung.

Oder senden Sie uns Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an folgende Adresse: m.zantke@gfj-berlin.de oder GFJ – Gemeinnützige Gesellschaft für Familien- und Jugendhilfe mbH, Linienstr. 146, 10115 Berlin. Die wichtigsten Informationen über uns finden Sie unter: gfj-berlin.de

Auszubildende zur Kauffrau/ Kaufmann für Büromanagement von WIB Weißenseer Integrationsbetriebe gGmbH zum 1. September 2015 gesucht.

Die WIB – Weißenseer Integrationsbetriebe GmbH und ihre Tochtergesellschaften fördern die soziale Integration behinderter und sozial benachteiligter Menschen durch Beratung, Betreuung, Beschäftigung und Arbeit im Verbund von Projekten und Firmen. In zehn Einrichtungen an verschiedenen Standorten werden rund 1.300 Menschen betreut und beraten.

Wir erwarten:

- Abschluss der Realschule oder Abitur mit guten Noten in Deutsch und Mathematik
- Kenntnisse und Spaß an der Arbeit am PC
- Gute Kommunikationsfähigkeit
- Motivation, Neugierde und Lern- und Leistungsbereitschaft
- Zahlenverständnis, Sorgfalt und Genauigkeit
- Teamfähigkeit

Wir bieten:

- Systematische und umfassende Ausbildung und Betreuung
- Arbeiten in den verschiedensten Fachbereichen
- Unterstützung durch unser Team
- Gute Übernahmechance nach Abschluss der Ausbildung

Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung an: WIB – Weißenseer Integrationsbetriebe GmbH, Tassostr. 17, 13086 Berlin oder per Mail an info@wib-verbund.de. Für Fragen steht Ihnen Frau Minge, Tel. 47991129, gern zur Verfügung.

Erzieher/in für eine unserer Wohngruppen (volle Stelle) Kategorie: Stellenangebote-Jugendhilfe von Caroline-von-Heydebrand-Heim e.V. gesucht.

Sie sind ein(e) kompetente(r), freundliche(r) Erzieher(in) mit staatlicher Anerkennung die unseren Kindern Halt und Geborgenheit bietet. Sie nehmen unsere Kinder so, wie sie sind, arbeiten mit ihren Stärken und begleiten sie durch den Alltag. ▶

Weitere Infos unter: heydebrand.waldorf.net

Schicken Sie Ihre Unterlagen per Post oder schreiben Sie eine Mail an bewerbung@heydebrand.waldorf.net

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Caroline-von-Heydebrand-Heim e. V., Klopstockstraße 36 - 42, 14129 Berlin, Tel.: 030 801 60 03 | Fax: 030 801 43 68

Diplom-Psychologin für die Beratungsstelle „Beratung für Männer – gegen Gewalt“ ab sofort vom Landesverband der Volkssolidarität Berlin e.V. zur Durchführung von Sozialen Trainingskursen und Einzelberatungen für Männer, die Gewalt gegen ihre (frühere) Partnerin ausgeübt haben, gesucht.

Aus paritätischen Gründen suchen wir eine Mitarbeiterin. Die Stelle ist wegen einer Schwangerschaftsvertretung vorerst bis zum 31. Mai 2016 befristet.

Mehr Informationen zur Beratungsstelle unter: volkssolidaritaet-berlin.de/beratung/br_mgg_start.html

Aufgabengebiet:

- Durchführung von Sozialen Trainingskursen und Einzelberatungen
- Kooperation mit justiziellen Stellen, Jugendämtern, Frauenberatungsstellen etc.
- Öffentlichkeitsarbeit
- Qualitätsmanagement

Fachliche/Persönliche Voraussetzungen:

- abgeschlossenes Psychologiestudium oder vergleichbare Qualifikation
- Erfahrung in der geschlechtsspezifischen und gewaltfo-kussierenden Beratungsarbeit
- Bereitschaft zur interkulturellen Arbeit, wünschenswert ist eine weitere Sprache (z.B. Russisch, Türkisch oder Arabisch)
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten, zur Supervision und Weiterbildung
- strukturierte und methodische Arbeitsweise sowie professionelles Auftreten

Wir bieten:

- eine vorerst bis zum 31. Mai 2016 befristete Teilzeitstelle
- 30 Wochenstunden (75 Prozent)
- Vergütung nach Haustarifvertrag
- einen Arbeitsplatz mit großer Eigenverantwortung
- eine leistungsgerechte Bezahlung entsprechend Ihrer Ausbildung
- ein angenehmes, freundliches Arbeitsumfeld
- regelmäßige Fort- und Weiterbildung

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte an:

Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V., Personalabteilung, z.Hd. Frau Marx, Alfred-Jung-Straße 17, 10367 Berlin oder per Mail an: bewerbung@volkssolidaritaet.de

SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen oder KollegInnen mit vergleichbarem (Fach-)Hochschulabschluss von Starke Familie e.V. zum nächstmöglichen Zeitpunkt, zunächst auf Honorarbasis mit der Möglichkeit auf eine Teilzeit-Festanstellung gesucht.

Wir machen Familien stark. Von Anfang an. Und Mittendrin. Wir unterstützen getrennt lebende Familien dabei, Konflikte zu klären. Außerdem helfen wir Eltern bei Erziehungsfragen, bei der Förderung ihrer Kinder, mit bewährten Konzepten und Angeboten, professionell, unbürokratisch und schnell. Wir wollen vor allem die Kommunikations-, Erziehungs- und Selbstmanagementkompetenzen in Familien stärken. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass Eltern in die Lage versetzt werden, ihre Kinder zu eigenverantwortlichen

und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Wir brauchen Unterstützung schwerpunktmäßig für Begleiteten Umgang gemäß § 18 Abs. 3 SGB VIII aber auch für die Aufgabenbereiche Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII, Elterntrainings, Beratung zu Erziehungsfragen und Trennung/Scheidung sowie weitere Projekte, zum Beispiel zur Stärkung von Erziehungs-kompetenzen.

Rahmenbedingungen

- Sie können mindestens 10 Stunden/Woche für uns tätig sein.
- Sie sind bereit, auch abends, an Wochenenden und Feiertagen zu arbeiten.
- Sie können entweder die Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick oder Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf gut erreichen.
- Sie haben gute Kenntnisse in MS Office, einen eigenen PC mit Internetanschluss und einen Mail-Account.

Ihr Profil

- Sie haben bereits einen Bachelor-, Master- oder Diplom-Abschluss.
- Sie haben Grundkenntnisse in den Methoden der Sozialarbeit und/oder Psychotherapie, z.B. Genogrammarbeit, Supervision, systemische Ansätze, Entwicklungspsychologie.
- Sie verfügen über Fachverständnis, Kenntnisse der Begrifflichkeiten und Methodenvielfalt.
- Idealerweise kennen Sie die juristischen Hintergründe zum Thema Begleitete Umgänge und die Sprache und Begrifflichkeit der Jugendämter (speziell SGB VIII).
- Sie können selbstständig Termine vereinbaren und sinnvoll koordinieren.
- Sie sind pünktlich, zuverlässig und verantwortungsbewusst.
- Sie haben die Fähigkeit zur Allparteilichkeit und sind empathisch.
- Sie leben idealerweise selbst mit Kindern.
- Belastbarkeit, Pragmatismus und ein gesundes Maß an Humor runden Ihr Profil ab.

Bei Interesse senden Sie uns bitte eine schriftliche Kurzbewerbung mit Angabe Ihrer Verfügbarkeit an mail@starkefamilie.org, z.H. Frau Mohr. Das Honorar pro geleisteter Stunde beträgt je nach Ihrer Qualifikation und beauftragendem Jugendamt zwischen 20 und 24 Euro. Wir freuen uns auf Sie!

TeamleiterIn für den Arbeitsbereich „Sekretariat/Empfang“ für 39 Wochenstunden von FiPP e.V. ab sofort gesucht.

Wir suchen ab sofort eine/n Teamleiter/in für den Arbeitsbereich „Sekretariat/Empfang“ in der Geschäftsstelle von FiPP e.V., Sonnenallee 223a, 12059 Berlin. Die Arbeitszeit umfasst eine Vollzeitstelle mit 39 Stunden wöchentlich.

Die Aufgabenbereiche umfassen im Wesentlichen:

- Leitung und Koordination des Empfangsbereiches mit Personalverantwortung
- Sicherstellung eines optimalen Prozessablaufes innerhalb des Teams inklusive Koordinierung des gesamten Telefon-, Kunden-, Post- und Lieferverkehrs
- Administrative und organisatorische Unterstützung der Geschäftsführung und der Bereichs-leitungen
- Selbstständige und eigenverantwortliche Büroorganisation
- Terminkoordination
- Vorbereiten von Veranstaltungen
- Erledigung von Korrespondenz
- Erstellen von Präsentationsunterlagen

Voraussetzungen sind:

- eine abgeschlossene Ausbildung als Bürokaufmann/-frau oder vergleichbare Qualifikation
- mehrjährige einschlägige Berufserfahrung
- sehr gute Kommunikationsfähigkeiten – sowohl mündlich als auch schriftlich

- detaillierte und absolut sichere Kenntnisse mit Microsoft Office (Word, Excel, Outlook, Access, PPT)
- hohe Flexibilität, Belastbarkeit und Verantwortungsbewusstsein
- Führungskompetenzen und eine sehr gute Teamfähigkeit
- ausgeprägtes Organisationsvermögen und gute Entscheidungsfähigkeit

Es erwartet Sie neben einer verantwortungsvollen und abwechslungsreichen Tätigkeit eine Unternehmenskultur in der es Spaß macht, Ideen, Kraft und Initiative einzubringen. Sie arbeiten in einem positiven Arbeitsumfeld, geprägt durch Teamgeist, flache Hierarchien und offene Kommunikation.

Im Rahmen einer auf Chancengleichheit ausgerichteten Personalpolitik nutzen wir die Vielfalt der Kompetenzen von MitarbeiterInnen. Wir ermutigen ausdrücklich InteressentInnen mit Migrationshintergrund und/oder mit Behinderungen zur Bewerbung.

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige und vollständige Bewerbung per Mail (max. 3 MB) an: bewerbung@fippev.de

Wenn Sie die Briefform wählen, so legen Sie bitte einen ausreichend frankierten Rückumschlag bei, sofern eine Rücksendung erwünscht ist. Bitte senden Sie diese an: FiPP e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis, Frau Byk, Sonnenallee 223a, 12059 Berlin

FiPP e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis ist ein freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit über 50 Einrichtungen und Projekten in neun Berliner Bezirken. Zu den Tätigkeitsfeldern gehören Kindertagesstätten, Ganztagsbereiche, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, schulbezogene Projekte und Berufsorientierungsangebote. Nähere Informationen unter fippev.de

Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagogen/in für Aufgabengebiet mit Zusatzfunktion als Urlaubs- und Abwesenheitsvertretung der Teamleitung für 38,5 Std./Woche und eine/n Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagogen/in für 35,0 Std./Woche für unseren Notdienst Charlottenburg-Wilmersdorf am Standort Brüsseler Straße vom Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e. V. zum nächstmöglichen Zeitpunkt gesucht.

Sie suchen Eigenverantwortung, geregelte Arbeitszeiten und möchten Familie und Beruf miteinander verbinden? Wenn Sie noch folgende berufliche Voraussetzungen mitbringen, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Aufgabengebiet:

Betreuung substituierter drogenabhängiger Menschen in der ambulanten PSB und im betreuten Wohnen

Anforderungen:

- Erfahrungen in der Sucht- und/oder Jugendhilfe, bzw. der Psychiatrie
- Erfahrungen in Einzel- und Gruppenarbeit mit sucht- bzw. psychisch Kranken
- Kenntnisse in Gesprächsführung und Interventionstechniken

Bewerbungen ausschließlich per Mail an bewerbung@notdienstberlin.de. Papierunterlagen können aus technischen Gründen nicht berücksichtigt werden und werden nicht zurückgesandt. Weitere Infos unter notdienstberlin.de

Schwimmlehrer für einen Wochentermin von der Märkischen Kita und Schule gGmbH schnellstmöglich gesucht

Die Bewegte Schule in Köpenick sucht ab sofort einen Schwimmlehrer für 40 Minuten pro Woche für die eigenverantwortliche Durchführung und Sicherstellung des

Schwimmunterrichts. Der Besitz einer Fachübungsleiter- bzw. Trainerlizenz der Fachrichtung Schwimmen, der DLRG- Lehrschein oder eine vergleichbare Qualifikation ist Voraussetzung. Ein polizeiliches Führungszeugnis ist ebenfalls gewünscht. Nach Möglichkeit sollte Erfahrung in der Durchführung von Schwimmunterricht mit Kindern oder Jugendlichen vorhanden sein. Bitte kontaktieren Sie das Sekretariat der Schule unter 030 65 01 54 95. Märkische Kita und Schule gGmbH | Rosenstraße 1 | 12555 Berlin

Gesundheits- und Krankenpfleger (m/w) vom Tannenhof Berlin-Brandenburg ab sofort für 20 Wochenstunden gesucht.

Der TANNENHOF Berlin-Brandenburg e. V. sucht für die ganztägig ambulante Rehabilitation Psychosomatik mit 20 Therapieplätzen in Berlin-Wilmersdorf ab sofort einen Gesundheits- und Krankenpfleger (m/w) für 20 Stunden/Woche.

Aufgaben:

Absicherung der pflegerischen Versorgung psychosomatisch erkrankter im Tagdienst.

Anforderungen:

Berufserfahrungen im Bereich der Psychosomatik wären wünschenswert, sind aber nicht Bedingung.

Der TANNENHOF Berlin-Brandenburg e. V. bietet eine leistungsgerechte Entlohnung und unterstützt Weiter- und Fortbildung. Ihre Bewerbung erbitten wir per Mail an bewerbung@tannenhof.de oder per Post an: TANNENHOF BERLIN-BRANDENBURG E. V., Personalabteilung, Meierottostraße 8 - 9, 10719 Berlin, tannenhof.de

Stellengesuche

Erfahrener Betreuungsassistent/ Demenzbetreuer sucht 30-Wochenstunden-Stelle

Mein Name ist Christian Finkenwirth. Ich bin 54 Jahre alt und habe in den vergangenen 3 Jahren als Betreuungsassistent Demenzzranke in einer gerontopsychiatrischen Tagespflege und zwei Pflegeheimen betreut. Derzeit arbeite ich in einem Pflegeheim in Pankow auf einer 20-Wochenstunden-Stelle. Mein Schwerpunkt liegt im musikalischen Bereich/Musiktherapie. Ich singe, spiele Gitarre, und gebe Gitarrenunterricht.

Ich möchte gern wieder auf einer 30-Wochenstunden-Stelle in Berlin in einer Tagespflege oder in einem »Betreuten Wohnen« als Betreuer oder als Musiktherapeut arbeiten.

Kontakt: Christian Finkenwirth, christian.finkenwirth@gmail.com, mobil: 01573 420 33 91

Rehabilitationspädagogik Student sucht fachnahe Teilzeittätigkeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Im Rahmen meiner beruflichen Neuorientierung beginne ich zum 1. Oktober 2014 ein Teilzeitstudium der Rehabilitationspädagogik an der HU Berlin. Zur Finanzierung meines Studiums in einem fachnahen Bereich suche ich nach einer passenden Teilzeittätigkeit, die zum einen zeitlich mit meinem Studium zu vereinbaren ist, und mir andererseits nach Möglichkeit erlaubt mein neu erlangtes Fachwissen bestmöglich einzusetzen.

Was ich mitbringe:

- Erfahrungen aus der Suchtarbeit
- Ausbildung und Erfahrungen aus der Telefonseelsorge
- mehrjährige Nebentätigkeit im Pflegebereich
- psychologisches Grundwissen
- IHK Abschluss als Luftverkehrskaufmann und Tätigkeit als Flugdienstberater einer großen Airline

- umfangreiche PC Kenntnisse
- Berufserfahrung in verschiedensten Bereichen
- Schichtdienstbereitschaft (abends, nachts, WE.)

Was ich suche:

- Teilzeiteinstellung allgemein im sozialen Bereich
- Stundenumfang 20 bis 30 Stunden
- sozialversicherungspflichtige Tätigkeit

Wenn ich zu Ihrem Team passen könnte lasse ich Ihnen gern meine Bewerbungsunterlagen zukommen. Kontaktieren Sie mich einfach unter: atzler.david@gmail.com

Betriebswirt (Controller), 38, sucht Herausforderung in Teilzeit in Berlin oder Umland

Ich suche eine Tätigkeit als: kaufmännischer Leiter einer überschaubaren sozialen/kreativen/gemeinnützigen Einrichtung, Controller mit Schwerpunkt Projekte (z.B. Profitabilitätsanalysen, Reporting-Automatisierungen) und Planung, Assistent bzw. Referent der Geschäftsleitung, mit der Aussicht, in eine weiterführende Verantwortung hineinzuwachsen.

Ich bringe mit:

- 14 Jahre Berufserfahrung als Controller mit Gesamtplanungsverantwortung für ein mittelständisches Unternehmen
- gute Buchhaltungskennntnisse und Projektleitungserfahrung
- sehr gute Excel, VBA, Datenbank und Prozessmanagement Kenntnisse
- freundliches Auftreten und eine verlässliche Arbeitsweise
- den Wunsch, in einem sozialen/kreativen/gemeinnützigen Umfeld zu arbeiten.

Zur Kontaktaufnahme schreiben Sie mir bitte: gute_neuigkeiten@yahoo.com

Erfahrene Verwaltungsfachangestellte, nach Tätigkeit im öffentlichen Dienst im Ruhestand sucht Beschäftigung für zehn Stunden in der Woche.

Gesucht wird in den Bereichen Haushalt, Finanzen, Zuwendungen, Organisation oder Empfang. Bevorzugt bei freien Trägern der Jugendhilfe in Steglitz oder Schöneberg. Kontakt: 01577 6823731 oder 75543857 oder per Mail: hanna_berlin@yahoo.de

Dienstleistungsmanager (Schwerpunkt Soziale Dienstleistungen) sucht Stelle im Management einer sozialen Institution. Titel: B.A. Dienstleistungsmanager (Schwerpunkt Soziale Dienstleistungen)

... suche eine Stelle im Management einer sozialen Institution. Als junger Universitätsabsolvent suche ich eine herausfordernde Aufgabe im Bereich des Managements einer sozialen Organisation. Damit Sie sich eine Vorstellung von meinem Abschluss machen können, finden Sie folgend eine kurze Zusammenfassung des Studiengangs.

Der universitäre Bachelorstudiengang Dienstleistungsmanagement mit dem Schwerpunkt Soziale Dienstleistungen ist zu Beginn generalistisch aufgebaut, d.h. in der Basisstufe ihres Studiums wurden mir zunächst propädeutische Fähigkeiten sowie unter anderem Kenntnisse der Datenanalyse und -verarbeitung und Wirtschaftsmathematik vermittelt. Parallel ging es bereits um betriebswirtschaftliche Grundzüge und Grundlagen Sozialer Dienstleistungen. In der Profilbildungsstufe wurden insbesondere betriebswirtschaftliche und rechtliche Kompetenzen sowie Kenntnisse in den Bereichen Personal-, Organisations- und Qualitätsmanagement, Marketing, Controlling sowie International Service Management gelehrt. Die Studienbereiche sind darüber hinaus durch Studienelemente der Sozialen Arbeit ergänzt worden.

Neben dem Studium, das ich mit der Note 2,2 abgeschlossen haben, und einem vorherigen Zivildienst konnte ich bereits einige meiner Fähigkeiten in der Praxis anwenden. Zuletzt habe ich als Mitarbeiter für das Kooperationsprojekt »Engagiert im Verein – Neue Wege im Ehrenamt« des Deutschen Olympischen Sportbunds gearbeitet und selbständig Material für Coachings und Broschüren erhoben. In meiner Freizeit biete ich ehrenamtlich Beratungsgespräche zu Engagementmöglichkeiten an. Über Ihr Interesse würde ich mich sehr freuen. Nico Ramsthal, Nico.Ramsthal@gmx.de

Suche neue berufliche Aufgaben und Herausforderungen. Engagement und vielseitige berufliche Erfahrungen sowie Kenntnisse sind vorhanden.

Berufsausbildung:

staatliche anerkannte Erzieherin, Stenokontoristin, Europäische Projektmanagerin

Berufserfahrungen seit 1989:

Assistentin Präsidialamt Freie Universität Berlin, Assistentin GF und Intendanz Rundfunkorchester- und Chöre, Projektarbeit im Senegal/Herberge für Künstler national und international

Erzieherin im Grundschulbereich und Integration.

Meine Fähigkeiten:

schnelle Auffassungsgabe, strukturiertes Arbeiten, vernetztes Denken, gutes Organisieren, Administration, Teamfähigkeit andere mit ins Boot holen, interkulturelle Kompetenzen und Erfahrungen.

Freut mich, wenn ich Ihr Interesse geweckt habe und Sie mir eine Nachricht an meine Mail-Adresse zuschicken.

christinafresenborg@gmail.com

Biete Workshop »Gitarre lernen ohne Noten«

Mein Name ist Christian Finkenwirth. Ich lebe und arbeite als Demenzbetreuer und Gitarrenlehrer in Pankow.

Seit zehn Jahren gebe ich Gitarrenunterricht. Dabei sind keine Notenkenntnisse nötig, ich lehre das Spiel mit der Gitarre als Begleitinstrument zum Gesang. Bei meinem Arbeitgeber, dem Unionhilfswerk, steht mein Kurs nun schon das zweite Jahr auf dem Fortbildungsplan des KPG (Kompetenz Zentrum Palliative Geriatrie).

Mein Kursangebot richtet sich an jene Betreuungskräfte, an Ehrenamtliche und Angehörige, die gern für sich und für andere und mit anderen Lieder singen (Sowohl in der Einzelbetreuung »Musik am Bett«, als auch in der musikalischen Beschäftigung größerer Gruppen).

Singen verbindet, schafft Gemeinschaft (und Selbstbestätigung in der Gruppe) weckt Erinnerungen, macht Freude, ruft positive Gefühle hervor. Die Gitarre verstärkt diese Effekte noch. Um die Gitarre als Begleitinstrument für den Gesang zu erlernen, ist eine Notensprache nicht nötig. Die Kursteilnehmer erschließen sich das Gitarre spielen auf der Grundlage von Akkorden. Die entsprechenden Griffe lassen sich einfach nachvollziehen und nach einiger Übung schnell erlernen. (learning by doing) Schon nach wenigen Übungsstunden sind die Kursteilnehmer in der Lage, sich selbst beim Singen eines Liedes mit der Gitarre zu begleiten. Der Vorteil dieser Methode ist das aktive musikalische Hören. Damit lässt sich zu einer gehörten Melodie schnell die passende Gitarrenbegleitung (Akkorde) heraushören und sofort umsetzen.

Der Workshop umfasst zehn Stunden. Die Kursteilnehmer sollten ein Gitarre mitbringen.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an: christian.finkenwirth@googlemail.com

Telefonverzeichnis des Paritätischen Berlin

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin
Brandenburgische Str. 80
10713 Berlin

Telefon: 030 8 60 01 0
Fax: 030 8 60 01 110

info@paritaet-berlin.de
paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon	Fax	Mail
John, Prof. Barbara	Vorstandsvorsitzende	-182	-260	john@paritaet-berlin.de
Abend, Ronald	Catering	-105	-110	abend@paritaet-berlin.de
Bodrow, Margita	Stiftungsmittel	-125	-210	bodrow@paritaet-berlin.de
Böckel, Sabine vom	Drittmittel	-121	-240	boeckel@paritaet-berlin.de
BuBler, Anett	MO Datenbank	-154	-240	bussler@paritaet-berlin.de
Drees, Heike	Ref. Suchthilfe/Gesundheit/HIV, Aids	-168	-210	drees@paritaet-berlin.de
Drusche, Angelika	Sekr. Geschäftsführung	-103	-260	drusche@paritaet-berlin.de
Engel, Petra	Verbandskommunikation	-107	-140	engel@paritaet-berlin.de
Fischer, Ursula	Verwaltungsleiterin	-111	-240	fischer@paritaet-berlin.de
Gaubert, Sigrid	Sekr. Behindertenhilfe & Werkstätten	-152	-210	gaubert@paritaet-berlin.de
Gaudszun, Claudia	Ref. Kinder und Kitas	-179	-220	gaudszun@paritaet-berlin.de
Grof, Martina	Catering	-105	-110	grof@paritaet-berlin.de
Groß, Heike	Sekr. Soziales/Migration/Familie, Frauen, Mädchen	-172	-220	Gross@paritaet-berlin.de
Hartan, Bärbel	Empfang	-200	-110	hartan@paritaet-berlin.de
Helbig, Christiane	Stiftungsmittel	-145	-210	helbig@paritaet-berlin.de
Herchner, Claudia	Sekr. Geschäftsführung / Aufnahmen	-102	-260	herchner@paritaet-berlin.de
Hoyer, Martin	Ref. Kinder und Kitas / Schule	-161	-220	hoyer@paritaet-berlin.de
Köppe, Brigitte	Empfang	-200	-110	info@paritaet-berlin.de
Kriebel, Elvira	Ref. Schulbezogene Jugendhilfe/Bundeskoordination Jugendsozialarbeit	-166	-220	kriebel@paritaet-berlin.de
Krüger, Elke	Referentin der Geschäftsführung	-101	-260	krueger@paritaet-berlin.de
Lange, Bettina	Zuwendungsberatung	-124	-240	lange@paritaet-berlin.de
Luttmer, Marcus	Ref. Kinder und Kitas	-178	-220	luttmer@paritaet-berlin.de
Lüderitz, Alke	Sekr. Suchthilfe/Gesundheit/HIV, Aids und Psychiatrie/Queere Lebensweisen	-173	-210	luederitz@paritaet-berlin.de
Menninger, Oswald	Geschäftsführer	-104	-260	menninger@paritaet-berlin.de
Mohr, Sabina	Sekr. Jugendhilfe/Schulbezogene Jugendhilfe	-165	-220	mohr@paritaet-berlin.de
Peretz, Nina	Verbandskommunikation, Pressereferentin	-123	-140	peretz@paritaet-berlin.de
Purmann, Reinald	Ref. Behindertenhilfe	-151	-210	purmann@paritaet-berlin.de
Reumschüssel-Wienert, Christian	Ref. Psychiatrie/Queere Lebensweisen	-122	-210	reumschuessel@paritaet-berlin.de
Riesmeier, Yvonne	Finanzbuchhaltung	-113	-240	riesmeier@paritaet-berlin.de
Schaar, Miguel-Pascal	Leiter Verbandskommunikation, Pressesprecher	-175	-140	schaar@paritaet-berlin.de
Schlimper, Dr. Gabriele	Stv. Geschäftsführerin	-108	-260	schlimper@paritaet-berlin.de
Schmid, Rita	Verbandskommunikation	-183	-140	schmid@paritaet-berlin.de
Schödl, Regina	Ref. Soziales	-171	-220	schoedl@paritaet-berlin.de
Schulz, Andreas	Ref. Jugendhilfe	-162	-220	schulz@paritaet-berlin.de
Selinger, Evelyn	Ref. Familie, Frauen, Mädchen	-176	-220	selinger@paritaet-berlin.de
Spöhr, Holger	Ref. Migration	-177	220	spoehr@paritaet-berlin.de
Stoll, Sandra	Sekr. Kinder & Kitas/Schule	-163	-220	stoll@paritaet-berlin.de
Wachholz, Chris	Drittmittel / Praktikanten	-127	-240	wachholz@paritaet-berlin.de
Wanke, Hans-Jürgen	Personal / Organisationsberatung	-186	-260	wanke@paritaet-berlin.de
Personalbüro	Personalverw. (Sprecht. Mi)	-135	-240	personalbuero@paritaet-berlin.de
Tagungsraum E.04: -117 Tagungsraum E.05: -118 Tagungsraum E.06: -119 Tagungsraum 1.14 -274 Tagungsraum 5.04: -115 Keller: -198				

Referate
Ambulante Pflege und Hospize
Stationäre Pflege und Altenhilfe

Telefon: 030 8 60 01 0
Fax: 030 8 60 01 550

Kollwitzstraße 94–96
10435 Berlin

Name	Bereich / Funktion	Telefon 030 8 60 01 0	Mail
Kalla, Karina	Sekr. Stationäre Pflege und Altenhilfe, Sekr. Ambulante Pflege und Hospize	-500	kalla@paritaet-berlin.de
Mettin, Beate	Ref. Amb. Pflege und Hospize	-503	mettin@paritaet-berlin.de
Schilling, Arne	Pflegequalität	-502	a.schilling@paritaet-berlin.de
Zobel, Dr. Oliver	Ref. Stationäre Pflege und Altenhilfe	-501	zobel@paritaet-berlin.de

Geschäftsstelle Bezirke

Telefon: 030 8 60 01 0
Fax: 030 8 60 01 660

Kollwitzstraße 94–96
10435 Berlin

Name	Bereich / Funktion	Telefon 030 8 60 01 0	Mail
Friebe, Melanie	Bezirksbeauftragte für Neukölln, Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick	-613	friebe@paritaet-berlin.de
Hilla-zur Horst, Renate	Bezirksbeauftragte für Steglitz-Zehlendorf, Pankow und Spandau	-619	hilla@paritaet-berlin.de
Kelp, Angelika	Bezirksbeauftragte für Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Reinickendorf und Friedrichshain-Kreuzberg	-617	kelp@paritaet-berlin.de
Pleyer, Markus	IT-Verantwortlicher, Bezirksbeauftragter für Lichtenberg-Hohenschönhausen und Marzahn-Hellersdorf	-623	pleyer@paritaet-berlin.de
Rose-Kotsch, Petra	Sekretariat	-600	rose-kotsch@paritaet-berlin.de
Schlimper, Dr. Gabriele	Stv. Geschäftsführerin, Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke	-601	schlimper@paritaet-berlin.de

Telefonverzeichnis der Paritätischen Akademie

Paritätische Akademie Berlin gGmbH | Tucholskystr. 11 | 10117 Berlin

Standort	Name	Telefon / Fax	Mail
Brandenburgische Str. 80, 10713 Berlin		FAX: 030 8 60 01 240	
	Brosk, Ariane	030 8 60 01 126	brosk@akademie.org
Tucholskystr.11, 10117 Berlin	Wanke, Hans-Jürgen (Geschäftsführung)	030 8 60 01 186	wanke@paritaet-berlin.de
		FAX: 030 27 59 41 44	
	Dreyer-Weik, Heidemarie	030 27 58 282 15	dreyer-weik@akademie.org
	Fischer, Claudia	030 27 58 282 27	fischer@akademie.org
	Gallander, Stefanie	030 27 58 282 26	gallander@akademie.org
	Heinzel, Petra	030 27 58 282 13	heinzel@akademie.org
	Kant, Ina	030 27 58 282 28	kant@akademie.org
	López, Isabel (Sekretariat)	030 27 58 282 12	paritaetische@akademie.org lopez@akademie.org info@akademie.org
	Scattolon, Nathalie	030 27 58 282 18	raumbuchung@akademie.org
	Steinmetz, Susanne	030 27 58 282 14	steinmetz@akademie.org
	Strittmatter, Viola	030 27 58 282 25	strittmatter@akademie.org
Thurner, Rudi	030 27 58 282 16	thurner@akademie.org	
Tiemann, Kristina	030 27 58 282 18	raumbuchung@akademie.org	
Wagner, Stephan (Geschäftsführung)	030 27 58 282 29	wagner@akademie.org sfw@sozkult.de	
Yüksel, Dilek	030 27 58 282 17	yueksel@akademie.org	

